

PERSPEKTIVE UND AUSBLICK BMFJ

Perspektive und Ausblick BMFJ „Einstieg in den Beruf erleichtern“

Die Bestandaufnahme der Umsetzung der Jugendstrategie sowie die zuvor dargestellte Sichtweise der Jugendforschung eröffnet für das Jugendressort im Hinblick auf das Rahmenziel „Beschäftigung und Bildung“ folgende wesentliche Perspektiven:

Als jugendpolitisch zentrales Ziel gilt es, den Einstieg in den Beruf zu erleichtern. Die ausgeführten Zusammenhänge und Wechselwirkungen sind dabei ebenso zu so berücksichtigen, wie bereits bestehende und bewährte Maßnahmen weiterzuführen auszubauen sind.

Verstärkt ist künftig jedenfalls auf die Bedeutung von Migrationserfahrungen einzugehen.

Hier kommt insbesondere der Arbeit der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit eine wichtige Aufgabe zu. Deren Beiträge zur Integration und Inklusion wirken auch in den formalen Bildungssektor hinein. Anzustreben ist dabei eher eine Stärkung der Kernangebote der Kinder- und Jugendarbeit und erst sekundär die Übertragung von konkreten zusätzlichen Aufgaben. Professionelle Jugendarbeit, sowohl von Freiwilligen im Feld der verbandlichen Angebote, wie auch von angestellten Fachkräften der offenen Jugendarbeit, stärkt junge Menschen und bietet Jugendlichen mit Migrationserfahrung oder -Hintergrund eine Verankerung in der Gesellschaft. Darauf aufbauen können die Heranwachsenden realistische Vorstellungen für die eigene Bildungs- und Berufskarriere entwickeln. Darüber hinaus steht ihnen die soziale Verankerung in der Jugendarbeit als Netz und Unterstützung zur Verfügung, wenn in Krisensituationen eben diese Bildungs- und Berufsperspektive zu schwinden droht.

In den spezifischen Angeboten der öffentlichen Hand im Feld der Jugendarbeit wäre darüber hinaus eine verstärkte Ausrichtung an dieser Zielgruppe erforderlich. Die „Übersetzung“ der Angebote, wie WIK:I oder Jobtalks, in die Herkunftssprachen der jungen Flüchtlinge kann dabei ein erster, wichtiger Schritt sein. Wesentlich wir es jedoch auch darum gehen, neue didaktische Konzepte zu entwickeln und diese umzusetzen. Insbesondere Peer-Ansätze sind hier vielversprechend und könnten zunächst den Zugang in Communities ermöglichen und dann in weiterer Folge die Segregation in integrative Maßnahmen überführen.

Als weitere, mittelfristig zu verfolgende und auszubauende Strategie wird die Bereitstellung von zielgruppensensiblen Informationen erkannt. Auch hier wird eine Kernaufgabe der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit zu stärken sein: Kinder- und Jugendarbeit als qualifizierter Multiplikator der Jugendinformation. Das bedeutet, dass die Zusammenarbeit von Jugendinformation und Jugendarbeit auszubauen ist und zwar im Sinne eines offenen und dialogischen Prozesses. Nur so kann sichergestellt werden, dass das Vorhaben, zielgruppensensible Informationen bereitzustellen, auch ohne überbordenden Aufwand realisierbar wird.

Das gesamtgesellschaftliche und leitende Ziel der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist auch hier von großer Bedeutung. Es gilt, bestehende geschlechterspezifische Angebote noch weiter auszubauen und dabei zunehmend auch für jüngere Heranwachsende Maßnahmen zu entwickeln.

Querschnittspolitisch wird in diesem Feld vor allem eine Stärkung eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses anzustreben sein. Es gilt, formales, non-formales und informelles Lernen zusammenzudenken und zusammen zu bringen. Dazu bieten sich einerseits konkrete Ansätze, wie beispielsweise im Setting ganztägiger Schulformen an. Dort können Strukturen und Mitarbeiter/innen der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit aktiv mitwirken und deren Expertise und Grundsätze einbringen. Damit profitieren zunächst die jungen Menschen selbst ganz direkt, indem beide Bereiche – Schule und Jugendarbeit – die jungen Menschen bei der Entwicklung von persönlichen und sozialen Kompetenzen unterstützen sowie die Persönlichkeitsentfaltung ermöglichen. Die durch diese Kooperation geschaffene größere Vielfalt an (neuen) Lernformen und Lernerfahrungen wirken in diesem Sinne förderlich, für die Entwicklung und das Verfolgen der individuellen Perspektiven.

Darüber hinaus bietet diese Kooperation in der Freizeitbetreuung einen Einstieg für das gegenseitige Lernen der pädagogisch Tätigen hinsichtlich der Wahrnehmung der Jugendlichen, insbesondere auch in ihrer auch jugendkulturellen Verankerung. In weiteren Schritten ist anzustreben, dass die Expertise

PERSPEKTIVE UND AUSBLICK BMFJ

der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit auch in der Aus- und Weiterbildung für den formalen Bildungssektor verstärkt Platz findet.

Hinsichtlich der Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven junger Menschen kommt eine weitere wichtige Rolle auch den Familien zu. Zum einen leisten die finanziellen Unterstützungen für Familien einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion des Risikofaktors Armutsgefährdung. Darüber hinaus wird es weitere Anstrengungen bedürfen, durch entsprechende Angebote der Elternbildung Familien – insbesondere Familien mit Migrationshintergrund – zu stärken. Ziel muss es sein, das Wissen über die Möglichkeiten und die Vielfalt des österreichischen Bildungssystems in die familialen Netzwerke zu bringen.

Schließlich werden auch die Zusammenhänge von Bildungs- und Beschäftigungssituation (beziehungsweise -perspektive) junger Menschen, Armut- und Ausgrenzungsgefährdung sowie Gesundheit näher zu untersuchen und Maßnahmen in diesem Feld zu entwickeln. Speziell das Rahmen-Gesundheitsziel 3, „Gesundheitskompetenz der Bevölkerung stärken“, könnte hierfür aus jugendpolitischer und querschnittspolitischer Sicht einen zielführenden Ansatz bieten.

RAHMENZIEL BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Rahmenziel Beteiligung und Engagement

„Engagement zahlt sich aus“

Eine lebendige Demokratie braucht engagierte Menschen, die sich beteiligen und mitbestimmen wollen. Dazu braucht es aber auch Rahmenbedingungen, die dieses Engagement ermöglichen und fördern. Vor allem junge Menschen sollen bei Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, bestmöglich mitreden, mitgestalten und mitbestimmen können um gemeinsam mit Politik ihre Zukunft zu gestalten.

Österreich ist mit einem Wahlalter von 16 Jahren nach wie vor Vorreiter und Vorzeigbeispiel bei der politischen Partizipation junger Menschen. Umso wichtiger ist es die Bereitschaft an Wahlen teilzunehmen zu fördern und zu begleiten, um einer Grundhaltung zur „Nicht-Wahl“ vorzubeugen. Dazu sind ebenfalls begleitende, vorbereitende, informative und fördernde Maßnahmen notwendig, um junge Menschen auf das Wählen vorzubereiten.

Die Bereitschaft zur politischen Mitbestimmung ist beeinflusst von politischem Interesse und fördernden Aktivitäten. Dieses Zusammenspiel wirkt wechselseitig: Politische Aktivitäten steigern politisches Interesse, welches wiederum zur verstärkten Teilnahme an Aktivitäten führt.

Neben der Beteiligung an Wahlen gibt es in Österreich jedoch eine Fülle von Beteiligungsprozessen, in denen junge Erwachsene in Entscheidungen eingebunden werden. Da persönliches Engagement meist im unmittelbaren Lebensumfeld stattfindet, finden sich gerade auf lokaler Ebene vielfältige Angebote. Mit der Initiative „die Stimme der Jugend verstärken“ wurde ein erster Schritt unternommen um die Ergebnisse dieser Bottom-Up Prozesse sichtbar zu machen und thematisch zu clustern.

Junge Menschen engagieren sich in hohem Maße freiwillig und eignen sich dabei auf nicht-formalem bzw. informellem Weg Kompetenzen an, die zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit, der Stärkung ihrer Talente und Potentiale beitragen. Die außerschulische Jugendarbeit, insbesondere die verbandliche Jugendarbeit, wird vorwiegend von ehrenamtlich engagierten Jugendarbeiter/innen getragen. Es gilt dieses freiwillige Engagement auch dementsprechend wertzuschätzen, anzuerkennen und darzustellen.

Auf internationaler Ebene wird dieses Rahmenziel in unterschiedlichen Bereichen aufgegriffen.

Beispielsweise wurde unter der lettischen Ratspräsidentschaft Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung des Zugangs junger Menschen zu ihren Rechten, um ihre Autonomie und ihre Teilhabe an der Zivilgesellschaft zu begünstigen (**Amtsblatt 2015/C 18/01**) verabschiedet. In dieser Schlussfolgerung betonen die EU- Jugendminister/innen auszugsweise die Förderung der Einbeziehung junger Menschen in die Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen durch die Anerkennung von Jugendorganisationen als wichtiger Kanal für die Teilhabe und die Entwicklung einer aktiven Bürgerschaft. Darüber hinaus kommen sie überein, dass Teilhabemöglichkeiten und Beiträge zum Gemeinschaftsleben, auch mit Hilfe der Medien und der Informationstechnologie, insbesondere in Bezug auf Entscheidungen, die junge Menschen direkt betreffen gesteigert werden sollten. Die Anerkennung der Jugendarbeit als Instrument zur Förderung der Teilhabe und des Erwerbs von Fähigkeiten und Kompetenzen, die eine wichtige Voraussetzung für Autonomie sind, soll fortgesetzt werden.

Die luxemburgische Ratspräsidentschaft verabschiedete eine Entschließung des Rates zur Förderung der politischen Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa (**Amtsblatt 2015/C 417/02**). Diese Entschließung schlägt besonders die Entwicklung einer bereichsübergreifenden Kooperation zwischen der formellen Bildung und dem informellen Lernen vor, die Förderung alternativer Formen der politischen Teilhabe, die Steigerung der Anzahl an Möglichkeiten für die örtliche und regionale Teilhabe und die Unterstützung der Jugendarbeit und der Jugendorganisationen in der Integrationsförderung der Jugendlichen in die Gesellschaft.

STRATEGISCHES ZIEL „WAHLBETEILIGUNG“

Strategisches Ziel „Wahlbeteiligung“

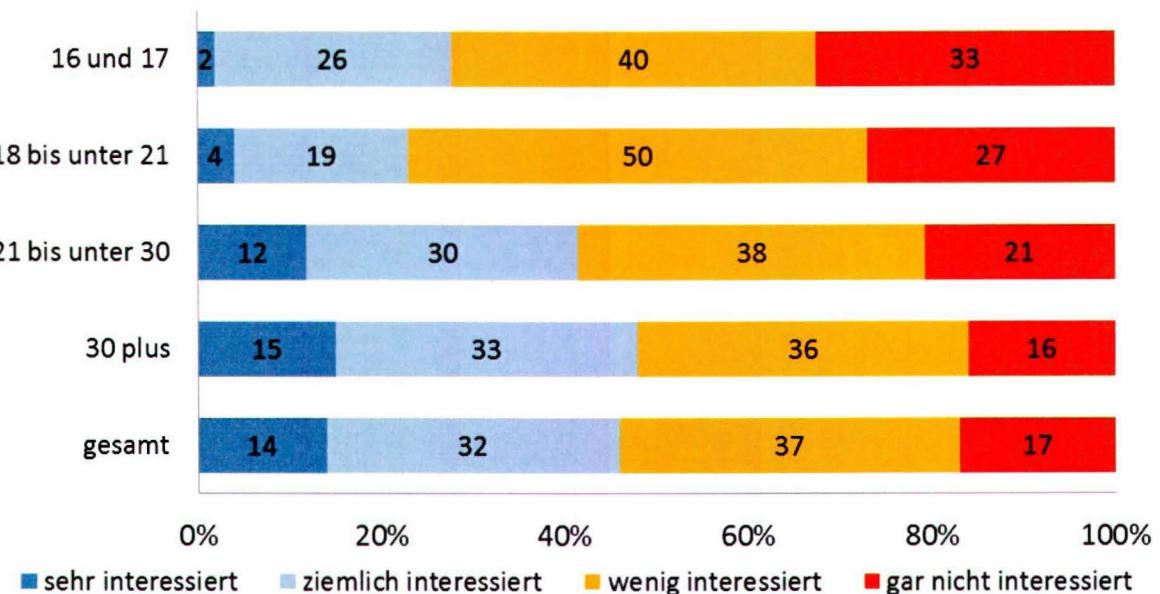
Erstwähler/innen haben die höchste Wahlbeteiligung

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf eine Studie zu „Wählen mit 16“ zur Nationalratswahl 2013. Die Studie wurde als Aufstockung und Ergänzung der Österreichischen Nationalen Wahlstudie (AUTNES), genauer gesagt als Teil des Vorwahl-Nachwahlpanel von AUTNES durchgeführt (Kritzinger et al., 2013) (www.autnes.at).

Politisches Interesse und Wissen gelten als wichtige Einflussgrößen auf die Wahlteilnahme und gleichzeitig als Indikatoren, wie gut junge Menschen auf Wahlen vorbereitet sind.

Das politische Interesse der Jungen liegt klar unter jenem der älteren Wähler/-innengruppen (siehe Abbildung 1). Es gibt jedoch interessanterweise keinen nennenswerten Unterschied zwischen den 16- bis 17-Jährigen und den 18- bis 21-Jährigen – also jenen, die ungeachtet der Wahlaltersenkung in jedem Fall an Wahlen teilnehmen dürfen (Kritzinger et al., 2013; Glantschnigg et al., 2013). Es scheint, als ob die jüngsten Wähler/-innengruppen nach „erfolgreicher“ Umsetzung der Wahlaltersenkung bei der Nationalratswahl 2008 wieder etwas aus dem Blickfeld der Politik und ihrer Maßnahmen (z.B. gezielte Kampagnen) verschwunden sind.

ABBILDUNG 1: POLITISCHES INTERESSE (NACH ALTERSGRUPPEN, VOR DER NRW 2013)



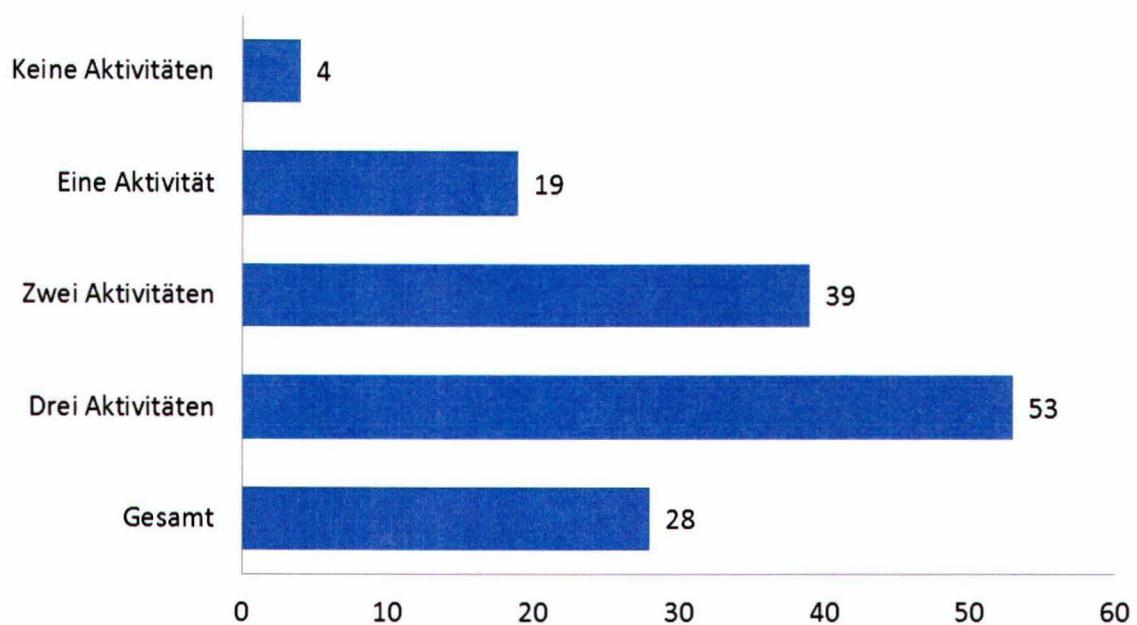
Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=3.266 Befragte in AUTNES-Vorwahlerhebung (Kritzinger et al., 2014)

Quelle: Kritzinger, Sylvia und Zeglovits, Eva (2015): *Wählen mit 16 in Österreich*. Wien

Wie wichtig jedoch begleitende Vorbereitungsmaßnahmen zum „Erlernen“ von Politik sind, zeigen weitere Ergebnisse zur Nationalratswahl 2013 (siehe Abbildung 2). Jene Wähler/-innen, die schulischen Vorbereitungsmaßnahmen zu Wahlen ausgesetzt waren, wiesen ein höheres politisches Interesse auf (Kritzinger et al., 2013). Dabei ist die Beziehung zwischen Interesse und Maßnahmen eine wechselseitige: politische Aktivitäten an den Schulen können das Interesse steigern. Zugleich führt das Interesse auch zu mehr Aktivitäten. Gerade für junge Menschen ist der Einfluss der von außen (z.B. von Schulen) gesetzten Aktivitäten auf das politische Interesse zentral (Quintelier und Hooghe, 2012).

STRATEGISCHES ZIEL „WAHLBETEILIGUNG“

ABBILDUNG 2: ANTEIL DER JUGENDLICHEN, DIE SICH ALS „SEHR“ ODER „ZIEMLICH“ AN POLITIK INTERESSIERT BEZEICHNEN, NACH ANZAHL DER AKTIVITÄTEN (VOR DER NRW 2013)



Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=225 Schüler/-innen und Lehrlinge aus der AUTNES-Vorwahlerhebung, Unterschiede statistisch signifikant (Kritzinger et al., 2014)

Quelle: Kritzinger, Sylvia und Zeglovits, Eva (2015): Wählen mit 16 in Österreich. Wien

Die durchgeführten Maßnahmen scheinen also durchaus den gewünschten positiven Effekt auf Jungwähler/-innen zu haben und sollten somit fortgesetzt werden. Um zu verhindern, dass sich eine Gewohnheit zur Nicht-Wahl schon im jüngsten Alter ausbildet, könnte man auch soweit gehen, eine Verstärkung dieser Aktivitäten und Maßnahmen zu fordern.

Neben politischem Interesse wurde auch immer wieder das politische Wissen⁴⁰ der jüngsten Alterskohorte herangezogen, um zu überprüfen, ob eine Wahlaltersenkung sinnvoll ist. Für Österreich sind die Ergebnisse diesbezüglich durchwachsen: Jungwähler/-innen verfügten sowohl 2009 als auch 2013 über weniger politisches Wissen als die älteren Wahlkohorten (Wagner et al., 2012). Auch ein Wissenszuwachs während des Wahlkampfs 2013 konnte nicht beobachtet werden (Kritzinger et al., 2013). Innerhalb der Erstwähler/-innen gab es weder einen Unterschied zwischen Männern und Frauen, noch zwischen 16- und 17-jährigen im Vergleich zu älteren Erstwähler/-innen. Der Unterschied zwischen Schüler/-innen (52%) und Lehrlingen (41%) betrug jedoch mehr als zehn Prozentpunkte und ist auch statistisch signifikant.

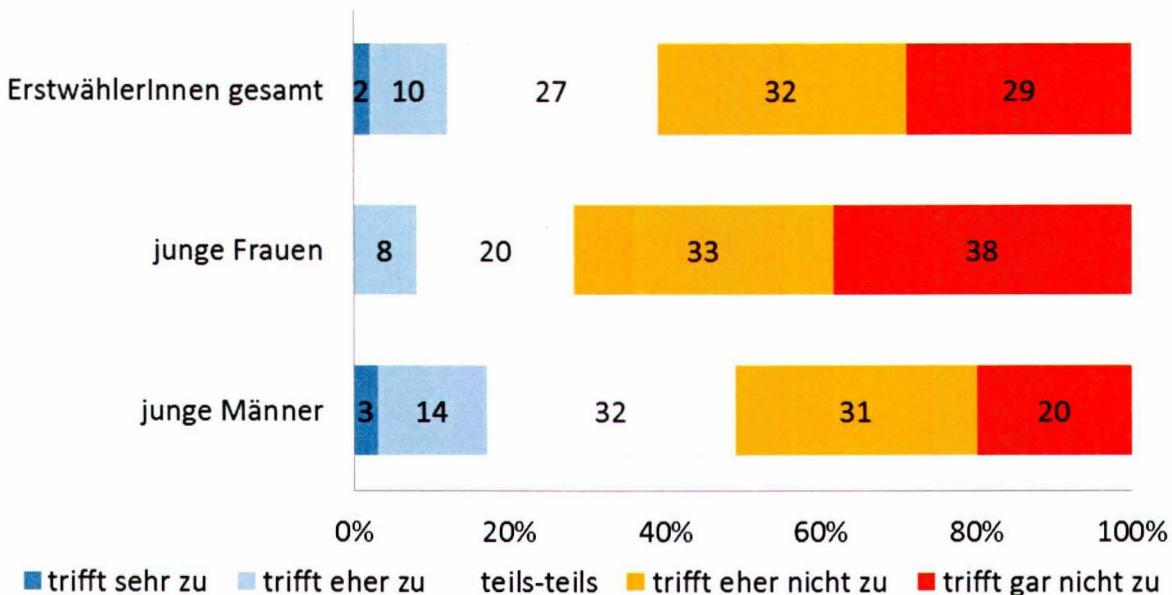
⁴⁰ Insgesamt wurden sieben Fragen zum politischen Wissen gestellt: Drei Fragen betreffen die Zuordnung von Minister/-innen zu ihren Parteien (Maria Fekter, Rudolf Hundstorfer und Alois Stöger), drei das politische System (Wahlalter, Hürde für den Einzug in den Nationalrat, Ernennung des Bundeskanzlers). Eine Frage ist eine Verständnisfrage zu Politik („In einigen Ländern gibt es Gesetze, die es den Bürgern erlauben, Einsicht in Akten und Dokumente der Regierung und Verwaltung zu nehmen, die zeigen, was diese tun. Warum ist es in einer Demokratie wichtig, dass man sich diese Unterlagen ansehen kann?“ Antwortmöglichkeiten: (1) „damit die Bürger sich ein begründetes Urteil über die Entscheidungen der Regierung bilden können“, (2) „damit die Regierung nur Entscheidungen trifft, mit denen alle einverstanden sind“, (3) „damit kein Bürger die Entscheidungen der Regierung kritisiert“)

STRATEGISCHES ZIEL „WAHLBETEILIGUNG“

Eine weitere Voraussetzung für politische Beteiligung ist auch die Selbsteinschätzung darüber, ob man sich selbst zutraut, über Politik Bescheid zu wissen. Wer das Gefühl hat, nicht ausreichend Bescheid zu wissen, wird eher nicht an der Wahl teilnehmen. Interessant ist hierzu das Ergebnis für die Nationalratswahl 2013. Obwohl sich junge Männer von jungen Frauen im tatsächlichen Anteil korrekt beantworteter Wissensfragen nicht unterscheiden, fiel die Selbsteinschätzung junger Frauen wesentlich schlechter aus. 70% der Erstwählerinnen, aber nur die Hälfte der Erstwähler waren der Meinung nicht gut über Politik Bescheid zu wissen (Kategorien „trifft eher nicht zu“ und „trifft gar nicht zu“, vgl. Abb. 3).

Die Studienautor/innen beobachten hier einen enormen Gender-Gap innerhalb der Gruppe der Erstwähler/innen. Nach der Theorie, dass die Selbsteinschätzung des politischen Wissens für die Wahlteilnahme entscheidend ist, ist davon auszugehen, dass junge Frauen seltener an der Wahl teilnehmen werden als junge Männer, aber nicht, weil sie tatsächlich schlechter Bescheid wissen, sondern weil ihre Selbsteinschätzung kritischer ausfällt (Kritzinger, Sylvia und Zeglovits, Eva (2015): *Wählen mit 16 in Österreich*. Wien).

ABBILDUNG 3 ZUSTIMMUNG VOR DER WAHL ZUR AUSSAGE „IM ALLGEMEINEN WEIß ICH RECHT VIEL ÜBER POLITIK“, ERSTWÄHLER/-INNEN (VOR DER NRW 2013)



Anmerkung: Daten gewichtet; in Prozent, gerundet, n=378 Erstwähler/-innen der AUTNES-Vorwahlerhebung (Kritzinger et al., 2014)

Quelle: Kritzinger, Sylvia und Zeglovits, Eva (2015): *Wählen mit 16 in Österreich*. Wien

Betrachtet man nun die Wahlbeteiligung der unter 21-jährigen Wähler/-innen, so finden sich für Österreich inkonsistente Ergebnisse. Für die Gemeinderatswahlen in Wien (2010) und Krems (2012) konnte durch Auszählung der Wähler/-innenlisten festgestellt werden, dass 16- und 17-jährige eine höhere Wahlbeteiligung als ältere Erstwähler/-innen haben (Zeglovits und Aichholzer, 2014). Auch wenn die Wahlteilnahme der 16- und 17-jährigen unter dem Gesamtschnitt lag, war sie doch deutlich höher als bei anderen Jungwähler/-innen.

Auch für die Wahl zum Europäischen Parlament 2009 lässt sich feststellen, dass die Wahlteilnahme der Erstwähler/-innen unter dem Niveau der älteren Wähler/-innengruppen lag. Innerhalb der Gruppe der unter 21-Jährigen finden sich jedoch nur marginale Unterschiede. D.h. Jüngere gehen in der Tat seltener zu Wahl, es macht jedoch keinen Unterschied, ob sie bereits 18 Jahre alt sind oder nicht (Wagner et al., 2012).

Bei der Nationalratswahl 2013 ließ sich ein Bild beobachten, das eher den Ergebnissen der Europawahl 2009 als dem der beiden Gemeinderatswahlen entspricht. Die Wahlteilnahme der Erstwähler/-innen lag bei der Nationalratswahl 2013 unter dem Niveau der älteren Wähler/-innengruppen. Die allgemeine

STRATEGISCHES ZIEL „WAHLBETEILIGUNG“

Wahlbeteiligung lag bei 74,9%. Von den 16- und 17-Jährigen gaben 63% an, zur Wahl gegangen zu sein. Von den 18- bis unter 21-Jährigen gaben 59% an zur Wahl gegangen zu sein. Innerhalb der Gruppe der unter 21-Jährigen finden sich jedoch nur marginale Unterschiede. Auffallend ist jedoch, dass jene Wähler/-innen und Wähler, die über hohes politisches Interesse verfügen und ihr politisches Wissen als hoch einstufen, sehr wohl signifikant öfter zur Wahlurne schreiten, als es die desinteressierten Jungwähler/-innen oder jene tun, die ihr politisches Wissen als niedrig einschätzen. Auch geben jene Jungwähler/-innen eher ihre Stimme ab, die oft mit der Familie über politische Themen diskutieren, als jene, die dies kaum tun

Maßnahmen, die dazu beitragen, das politische Interesse zu steigern, können somit durchaus einen positiven Effekt auf die Wahlteilnahmewahrscheinlichkeit haben. Aber es sollte auch Aufgabe sein politisches Wissen – und hier insbesondere das subjektive politische Wissen – langfristig zu steigern. Eine Aufgabe wird es daher sein, diese Alterskohorte mit Politikangeboten in verschiedensten Formen zu versorgen und ihnen so Politik nahezubringen (Kritzinger et al., 2013)

STRATEGISCHES ZIEL „JUGENDBETEILIGUNG“

Strategisches Ziel „Jugendbeteiligung“

50% der Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren haben an einem Beteiligungsprojekt teilgenommen

Beteiligungsprojekte finden vielerorts und in unterschiedlichen Formen statt. Projektbezogene Formen sind Beteiligungsmodelle mit eingrenzbarem Zeit- und Planungshorizont, wie beispielsweise Beteiligungswerkstätten, Leitbildentwicklungen oder Gestaltung von öffentlichen Räumen.

Bei offenen Beteiligungsformen sind Kinder und Jugendliche eingeladen ihre Meinung und Bedürfnisse gegenüber Entscheidungsträgern zu artikulieren und darzustellen. Es besteht aber keine Verpflichtung zur Regelmäßigkeit. Hierzu zählen beispielsweise Diskussionsrunden, Open Space oder persönliche Gespräche.

Parlamentarische und ähnliche Beteiligungsmodelle kennzeichnen sich durch Kontinuität und formale Strukturen wie zum Beispiel Kinder- und Jugendgemeinderäte, Jugendlandtage, Kinder- und Jugendbeauftragte (vgl. [beteiligung.st](#)).

So gibt es auch österreichweit eine Vielzahl von Beteiligungsprojekten. Bei „Mitmischen im Landhaus“ nahmen seit 2009 über 3.600 junge Menschen an Werkstätten zu Medien, Politik und Partizipation teil (http://mitmischen.steiermark.at/cms/dokumente/12320844_44451440/710e5baf/Dokumentation%20Mitmischen%20im%20Landhaus%202014-15.pdf)

Die Plattform „Die Stimme der Jugend verstärken“ (www.stimme-der-jugend.at) sammelt Ergebnisse aus Beteiligungsprozessen und clustert diese thematisch. Im Fokus stehen somit die spezifischen Anliegen von jungen Menschen, die in unterschiedlichen Beteiligungsprozessen in ganz Österreich formuliert wurden. Dies bietet einerseits die Möglichkeit inhaltlich ähnliche Forderungen und Ideen thematisch zu bündeln und grafisch hervorzuheben, andererseits den einzelnen Beiträgen in Summe somit mehr Gewicht zu verleihen. Für Multiplikator/innen, die Beteiligungsprojekte mit jungen Menschen durchführen, kann „Die Stimme der Jugend“ sowohl Anregung für weitere Aktivitäten in Kooperation mit bereits beitragenden Organisationen sein, als auch auf die eigenen Ergebnisse durchgeföhrter Beteiligungsprojekte hinzuweisen. Für Entscheidungsträger/innen kann die Plattform als Orientierungshilfe über erarbeitete Anliegen im eigenen Wirkungskreis dienen.

Durch den Strukturierten Dialog auf europäischer Ebene (<http://www.jugend-politik-dialog.at/>) soll ein kontinuierlicher Austausch zwischen jungen Menschen und politischen Entscheidungsträger/innen angeregt werden. Dabei werden von der Triopräsidenschaft vorgegebene Generalthemen im jeweiligen Mitgliedsstaat unterschiedliche bearbeitet. Im Rahmen des 4. Zyklus zum Thema „Empowerment“ fanden dazu in Österreich auf regionaler Ebene Dialogtrainings in Kooperation mit der Bundes-Jugendvertretung und dem bundesweiten Netzwerk Offene Jugendarbeit sowie 2 Dialogkonferenzen statt, bei denen junge Menschen gemeinsam mit Politik und Verwaltung Ideen erarbeiteten, wie Jugendbeteiligung im Bundesland weiter forciert werden kann. Alle Landesjugendreferate, sowie das BMFJ, BJV, bOJA und BÖJI erklärten sich bereit die entstandenen Projekte weiter zu begleiten und mit den Jugendlichen weiter zu verfeinern.

Um dieses Ziel zu quantifizieren, bedarf es vorab einer Definition von Kriterien, die ein Beteiligungsprojekt ausmachen.

STRATEGISCHES ZIEL „FREIWILLIGES ENGAGEMENT“

Strategisches Ziel „Freiwilliges Engagement“

50% der Jugendlichen engagieren sich freiwillig

Laut 2. Freiwilligenbericht des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz⁴¹ beläuft sich die Beteiligungsquote bei der österreichischen Bevölkerung ab 15 Jahre auf rund 46%. 28% leisten formelle Freiwilligentätigkeit, 31% informelle Freiwilligentätigkeit. Sowohl formell als auch informell engagieren sich rund 13% der Österreicher/innen.

Betrachtet man die Beteiligungsquote der freiwillig Aktiven an der Gesamtbevölkerung nach Alter, so engagieren sich bereits 43% der 15- bis 29-Jährigen in Österreich (S. 20). Dabei wird jedoch keine Unterscheidung zwischen formalen und informellen freiwilligem Engagement getätigt.

Betrachtet man die Beteiligungsstruktur der freiwillig Aktiven nach Alter, so fällt auf, dass sowohl der formelle, als auch der informelle Freiwilligenbereich, eine durchmischte Altersstruktur aufweist. Von all jenen, die sich freiwillig engagieren, sind 21% der 15- bis 29-Jährigen freiwillig Aktiven, im formellen Freiwilligenbereich tätig und 19% im informellen Bereich (S.24). Insgesamt sind 21% derjenigen, die sich freiwillig engagieren, Personen zwischen 15 und 29 Jahre.

Für den kommenden, 3. Freiwilligenbericht, ist eine weitere Datenerhebung im Jahr 2016 geplant. Die Ergebnisse werden der Öffentlichkeit voraussichtlich 2017 zur Verfügung stehen.

Als besondere Formen des freiwilligen Engagements gelten laut dem Bundesgesetz zur Förderung von freiwilligem Engagement⁴² (Freiwilligengesetz) das Freiwillige Sozialjahr, das Freiwillige Umweltschutzjahr, der Gedenkdienst, Friedens- und Sozialdienst im Ausland sowie das Freiwillige Integrationsjahr.

Ziele des Freiwilligen Sozialjahrs (§6) sind insbesondere die Vertiefung von schulischer Vorbildung, das Kennenlernen der Arbeit in der Einsatzstelle, die Persönlichkeitsentwicklung, die Erweiterung und Anwendung von Kenntnissen zum Erwerb von Fertigkeiten für soziale Berufsfelder, die Berufsorientierung, die Stärkung sozialer Kompetenzen und die Förderung des freiwilligen sozialen Engagements der Teilnehmer/innen.

Ziele des Freiwilligen Umweltschutzjahres (§23) sind insbesondere die Vertiefung von schulischer Vorbildung, das Kennenlernen der Arbeit in der Einsatzstelle, die Persönlichkeitsentwicklung, die Erweiterung und Anwendung von Kenntnissen zum Erwerb von Fertigkeiten für Berufsfelder im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz, die Berufsorientierung, die Stärkung der Kompetenzen im Umwelt- Natur- und Klimaschutzbereich und die Förderung des Engagements für Umweltschutz der Teilnehmer/innen.

Ziele des Gedenkdienstes, sowie des Friedens- und Sozialdienstes im Ausland (§26) sind die Vertiefung von schulischer Vorbildung, das Kennenlernen der Arbeit in der Einsatzstelle, die Persönlichkeitsentwicklung, die Erweiterung und Anwendung von Kenntnissen zum Erwerb von Fertigkeiten für soziale Berufsfelder, die Berufsorientierung, die Stärkung sozialer und interkultureller Kompetenzen und die Förderung des sozialen Engagements der Teilnehmer/innen. Spezielles Ziel des Gedenkdienstes ist die Förderung des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und die damit zusammenhängende Bewusstseinsbildungs- und Aufklärungsarbeit. Spezielle Ziele des Friedens- und

⁴¹ BMASK (2015): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des Freiwilligen Engagements in Österreich -2. Freiwilligenbericht“

⁴² Bundesgesetz zur Förderung von freiwilligem Engagement [Freiwilligengesetz – FreiWG]; BGBl. I Nr. 144/2015

STRATEGISCHES ZIEL „FREIWILLIGES ENGAGEMENT“

Sozialdienstes im Ausland sind Beiträge zur Sicherung des Friedens im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten oder zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eines Landes.

Ziele des Freiwilligen Integrationsjahrs (§27c) sind die Integration im Sinn einer Einbeziehung in das österreichische gesellschaftliche Leben und der Vermittlung der österreichischen Werteordnung und der deutschen Sprache, die Verbesserung der Chancengleichheit durch die Berufsorientierung von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten, die Vertiefung von schulischer Vorbildung, das Kennenlernen der Arbeit in der Einsatzstelle, die Persönlichkeitsentwicklung, die Erweiterung und Anwendung von Kenntnissen zum Erwerb von Fertigkeiten für verschiedene Berufsfelder, die Stärkung sozialer und interkultureller Kompetenzen und die Förderung des sozialen Engagements der Teilnehmer/innen.

Als weitere Initiative zur Förderung des sozialen Engagements haben Österreichs Bundesministerinnen und Bundesminister Bediensteten Sonderurlaub (in unterschiedlichem Ausmaß) gewährt, um sich freiwillig bei Hilfsorganisationen zu engagieren.

Hierzu ist anzumerken, dass das aktuelle Engagement der Bevölkerung aufgrund der Flüchtlingslage noch nicht im 2. Freiwilligenbericht berücksichtigt werden konnte.

DER STRUKTURIERTE DIALOG IN ÖSTERREICH

Exkurs: Der Strukturierte Dialog in Österreich

WAS IST JUGEND & POLITIK IM DIALOG?

Der Strukturierte Dialog ist ein europaweiter Prozess zur systematischen Einbeziehung junger Menschen in die (Jugend-)Politik. Seit 2014 ist die Koordinierungsstelle Strukturierter Dialog mit der Umsetzung und Weiterentwicklung in Österreich beauftragt. Die Koordinierungsstelle wird vom BMFJ finanziell unterstützt und ist in der Bundesjugendvertretung (BJV) angesiedelt.

An der Umsetzung unter dem Titel „Jugend & Politik im Dialog“ – des Österreichischen Modells des Strukturierten Dialogs – sind neben BJV und BMFJ weitere bundesweite Einrichtungen aus den Bereichen Jugendarbeit, Jugendinformation und Jugendforschung sowie die Jugendreferate der Bundesländer beteiligt.

www.jugend-politik-dialog.at

WELCHEN ZWECK VERFOLGT JUGEND & POLITIK IM DIALOG?

Der Strukturierte Dialog soll als Instrument sicherstellen, dass bei der Umsetzung der Themen der Europäischen Jugendstrategie auch die Meinungen und Anliegen junger Menschen einbezogen werden. Als solcher findet er sich im Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013-2018 (S.26), wo er als Maßnahme zu mehr Mitbestimmung von Jugendlichen in Politik und Gesellschaft sowie zur Stärkung ihrer Anliegen in politischen Prozessen genannt wird.

Mit der Umsetzung verfolgt die Koordinierungsstelle die Vision, dass der kontinuierliche Informations- und Meinungsaustausch mit jungen Menschen schlichtweg Teil des modernen Politik- und Verwaltungsverständnisses wird. Bestehende Beteiligungsprozesse sollen im Rahmen von Jugend & Politik im Dialog gestärkt und vernetzt werden.

Jugend & Politik im Dialog zeichnet sich dadurch aus, dass es einen vorgegebenen Rahmen dafür gibt, wie Ergebnisse aus der Beteiligung in politische Prozesse einfließen: Der gemeinsame Bezugspunkt für den Beteiligungsprozess ist die EU-Jugendstrategie. 18-monatige Arbeitsphasen stellen den zeitlichen Rahmen dar. Der Prozess an sich ist transparent gestaltet, wodurch Verbindlichkeit, Kontinuität und Ermächtigung sichergestellt werden.

WELCHEN NUTZEN BRINGT JUGEND & POLITIK IM DIALOG?

Mit Jugend & Politik im Dialog verfolgen die involvierten Institutionen das Ziel, eine Beteiligungskultur zu etablieren, die Freude macht und Energie dafür gibt, eine inklusive Gesellschaft gemeinsam zu gestalten.

Zu dieser Kultur gehört eine Haltung, zu der Wertschätzung und Anerkennung für alle Beteiligten gehört:

- Jugendliche und ihr Recht auf Beteiligung werden ernst genommen.
- Politiker/innen und ihre Erfahrung und Expertise werden ernst genommen.
- Ein Dialog auf Augenhöhe wird ermöglicht, bei dem die Beteiligten voneinander lernen und gemeinsam Verbesserungen für junge Menschen in ganz Europa schaffen.

Strukturierter Dialog schafft Verständnis

Aufgrund der Tatsache, dass politische Prozesse für junge Menschen durch den Dialog nachvollziehbar werden, kommt es zu einer Förderung von Politikverständnis und – idealerweise – zu einem Abbau von Politikverdrossenheit. Jedenfalls entwickeln die teilnehmenden Personen mehr Verständnis für Verwaltungsabläufe und Entstehung von Politiken.

DER STRUKTURIERTE DIALOG IN ÖSTERREICH

Für die Ebene der Politik und Verwaltung gewährleistet der Strukturierte Dialog gleichzeitig die Herstellung eines Realitätsbezugs: Wie kommt etwas an? Was denken junge Menschen darüber? Was denken andere relevante Anspruchsgruppen darüber? Der Strukturierte Dialog trägt somit dazu bei, das Verständnis zwischen Politik bzw. Verwaltung, Betroffenen und Beteiligten zu stärken; er macht Werte und Werthaltungen der Beteiligten sichtbar, ihre Interessen und Bedürfnisse werden klar.

Strukturierter Dialog verdeutlicht Zusammenhänge über Grenzen hinweg

Durch die Auseinandersetzung mit Fragestellungen, die europaweit diskutiert werden, entwickelt sich das Verständnis auch über Landesgrenzen hinaus. Politische Prozesse auf europäischer Ebene rücken somit ins Bewusstsein der Beteiligten, punktuell kommt es auch zu einem konkreten persönlichen Austausch zwischen jungen Menschen europäischer Länder (zum Beispiel im Rahmen der Europäischen Jugendkonferenzen, die halbjährlich im Land der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft stattfinden).

Strukturierter Dialog schafft Wissen und Erkenntnisse

Die Herangehensweise im Projekt gewährleistet einen breiten Zugang zur Meinungsbildung, insgesamt kommt es zu mehr Klarheit über Situation und Lebenslage der beteiligten Jugendlichen. Deren Sorgen, Bedürfnisse und Wünsche können transparent gemacht werden. Hierbei können auch innovative und unkonventionelle Zugänge entstehen, weil Themen aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet werden. Die Erkenntnisse des Strukturierten Dialogs können nicht nur bei der Entwicklung von Politiken, Plänen, Programmen oder Rechtsakten Eingang finden, sondern auch die Konzeption der Informations- und Serviceangebote von Jugendarbeit oder die Positionen der Interessenvertretungen beeinflussen (wissensbasierte Jugendpolitik).

Strukturierter Dialog eröffnet Möglichkeiten und ist Motor für Entwicklung

Die Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Österreich schafft für alle interessierten Einzelpersonen und Institutionen eine langfristige Beteiligungsmöglichkeit an politischen Prozessen. Gerade junge Menschen werden oft weniger gehört und ernst genommen. Die Möglichkeit zum Meinungsaustausch weckt das Interesse an Teilhabe und fördert eine lebensnahe Demokratie. Durch den Strukturierten Dialog kann es – unter Einhaltung wichtiger Prinzipien – nicht nur zu einer theoretischen Diskussion eines Themas, sondern zur tatsächlichen Ermächtigung junger Menschen kommen.

Strukturierter Dialog öffnet neue Wege

Im Sinne einer Jugendpolitik als Querschnittsmaterie öffnet der Strukturierte Dialog neue Informations- und Kommunikationskanäle. Jugendrelevante Inhalte werden über Ebenen und Systeme hinweg diskutiert und es kommt zu einem verbesserten Informationsfluss.

Strukturierter Dialog schafft Netzwerke und Synergien

Strukturierter Dialog verbessert die jugendpolitische Vernetzung über Systeme und Ebenen hinweg. Dadurch wird relevantes Know-How ausgetauscht, mögliche Synergieeffekte sichtbar und neue Kooperationen können entstehen.

Strukturierter Dialog stärkt die Rolle der Jugendarbeit

Jugendarbeit ist in Österreich eine wichtige Partnerin von Jugendpolitik. Einerseits als Ort der Umsetzung jugendpolitischer Zielsetzungen, andererseits als Vermittlerin von Interessen junger Menschen an die Politik. Der Strukturierte Dialog kann dazu beitragen, Jugendarbeit in ihrer Vielfalt und Komplexität darzustellen und auch für andere Politikbereiche als vollwertige Partnerin zu etablieren.

Strukturierter Dialog schafft bessere Lösungen und höhere Akzeptanz

Wirkungsanspruch des Strukturierten Dialogs ist, die Qualität von Entscheidungen zu erhöhen. Durch die Beeinflussung jugendrelevanter Entscheidungsprozesse durch Betroffene kommt es zu einer

DER STRUKTURIERTE DIALOG IN ÖSTERREICH

breiteren Diskussion und in Folge zu besseren Lösungen sowie zu einer höheren Akzeptanz für gefundene Lösungen.

WIE FUNKTIONIERT JUGEND & POLITIK IM DIALOG?

28 Länder, 18 Monate, 1 Schwerpunktthema

Vor Beginn des Arbeitszyklus

Alle 18 Monate wird EU-weit eine neue Arbeitsphase des Strukturierten Dialogs ausgerufen. Vor dem Beginn dieses 18-monatigen Dialogprozesses wird ein gemeinsames Schwerpunktthema festgelegt.

Schritt 1: Ein gemeinsames Verständnis

Was? EU-Jugendkonferenz

Wer? Jugendliche und Verantwortliche der Jugendpolitik aus den EU-Mitgliedsstaaten und aus internationalen Jugendorganisationen

Ergebnis: Gemeinsamer inhaltlicher Rahmen des Zyklus wird festgeschrieben und Leitfragen für die Befragung von jungen Menschen in der EU

Schritt 2: Beteiligungsphase: Mitmachen in Österreich

Was? Lokale, regionale und nationale Mitmach-Möglichkeiten (Dialogtrainings, Dialogplattform, Lokale Dialoge etc.)

Wer? Jugendliche, Jugendarbeiter/innen, Menschen aus Politik und Verwaltung

Ergebnis: Inhaltlicher Input und Beantwortung der Leitfragen

Schritt 3: Gemeinsame Empfehlungen

Was? EU- Jugendkonferenz

Wer? EU-Jugenddelegierte und Vertreter/innen aus Ministerien und Bundesländern

Ergebnis: Gemeinsame Empfehlungen aller EU-Länder basierend auf den Ergebnissen der Beteiligungsphase (Antworten auf Leitfragen)

Schritt 4: Regionale Dialogkonferenzen

Was? Dialogkonferenzen mit je fünf Bundesländern (bzw. vier plus Südtirol)

Wer? Alle mit Interessen in der Jugendpolitik (Jugend, Politik, Verwaltung, Jugendarbeit)

Ergebnis: Konkretisierung der EU-weiten Empfehlungen für Österreich. Dabei können Projektideen entstehen oder auch spezifische Empfehlungen dafür formuliert werden, was in den Bundesländern und in Österreich verbessert werden soll.

Schritt 5: Umsetzung planen

Was? Abschließende EU-Jugendkonferenz zum Schwerpunktthema

Wer? Jugendliche und Entscheidungsträger/innen

Ergebnis: Der Grundstein für Follow-up & Feedback wird gelegt, Maßnahmen zur Implementierung der Ergebnisse werden geplant.

Schritt 6: Beschluss des Rats der EU-Jugendminister/innen

DER STRUKTURIERTE DIALOG IN ÖSTERREICH

Was? EU-Ratsbeschluss

Wer? JugendministerInnen der EU-Mitgliedsstaaten

Ergebnis: Gemeinsame Richtung der EU-Jugendpolitik, die in die Mitgliedsstaaten wirkt.

Ende des Arbeitszyklus

Der gemeinsame europäische Arbeitszyklus endet. Die beteiligten Institutionen sind dafür verantwortlich, dass die politische Wirkung darüber hinaus geht.

Link zum Ablauf des Strukturierten Dialogs: www.jugend-politik-dialog.at/info/ablauf/

SCHWERPUNKTTHEMEN DES STRUKTURIERTEN DIALOGS IM RÜCKBLICK

5. Zyklus: 2016-2017 – Zusammenleben in Vielfalt in Europa

4. Zyklus: 2014-2015 – Empowerment junger Menschen

3. Zyklus: 2013-2014 – Soziale Inklusion

2. Zyklus: 2011-2012 – Jugendbeteiligung

1. Zyklus: 2010-2011 – Jugendbeschäftigung

METHODENVIELFALT

Im Rahmen von „Jugend & Politik im Dialog“ werden vielfältige Methoden und innovative Formate verwendet, um junge Menschen, Entscheidungsträger/innen aus Politik und Verwaltung sowie Multiplikator/innen einzubinden. Die BJV hat unter dem Titel „Toolbox Jugend Europa Politik“ ein Handbuch für die Arbeit mit jungen Menschen und den Dialog mit der Politik erstellt, in dem viele der verwendeten Methoden zu finden sind. Die Broschüre liefert Hintergrund-Infos, praxiserprobte Methoden, Erfahrungswerte und Projektbeispiele. Die Toolbox Jugend Europa Politik steht auch als PDF-Download (700 KB) zur Verfügung.

www.jugend-politik-dialog.at/ressourcen/methoden/

Zugänge zur Moderation und Prozessbegleitung, wie „The Art of Hosting Conversations that Matter“, „Theory U“ und „Council“, inspirieren die Umsetzung der Veranstaltungen und des gesamten Beteiligungsprozesses. Diese neuen Zugänge stoßen bei den Beteiligten durchwegs auf positive Resonanz und fördern einen konstruktiven Dialog, der zu mehr Kooperation, Vernetzung und Austausch führen kann.

ARBEITSPHASE „GEMEINSCHAFT MITGESTALTEN!“ 2014-15

Im Rahmen des EU-weiten Schwerpunktthemas „Youth Empowerment“ von Mitte 2014 bis Ende 2015 verfolgten die beteiligten Organisationen in Österreich das Ziel, Jugendbeteiligung einen Schritt voranzubringen.

Dialogkonferenzen

Im Zentrum des Österreichischen Prozesses standen zwei Dialogkonferenzen, die in Velden und Bregenz stattfanden. Ziel der Dialogkonferenzen war es, junge Menschen und Verantwortliche aus Politik und Verwaltung aus jeweils fünf Regionen zusammenzubringen. Drei Tage lang tauschten sich

DER STRUKTURIERTE DIALOG IN ÖSTERREICH

im Juni und September 2015 junge und ältere Dialogteilnehmer/innen auf Augenhöhe aus und konnten so Beteiligungskultur erleben und gestalten.

Die Ergebnisse: www.jugend-politik-dialog.at/empowerment/dialogkonferenzen2015/

Lokale Dialoge

Junge Menschen an politischen und gesellschaftlichen Prozessen teilhaben lassen, das war das gemeinsame Ziel der 27 Jugendorganisationen und -gruppen, die im Laufe des Jahres 2015 zwischen Dornbirn und Wien Diskussionen und Aktionen zu unterschiedlichen Themen durchführten und damit 442 Jugendliche (278 männlich und 164 weiblich) direkt erreichten.

Eine interaktive Österreich-Karte mit den 2015 durchgeführten Lokalen Dialogen findet sich auf: <http://www.jugend-politik-dialog.at/empowerment/lokaledialoge2015/>

Online-Dialog

Zu jedem Schwerpunktthema des Strukturierten Dialogs findet eine EU-weite Befragung junger Menschen statt. In Österreich wurden die Antworten online über eine neu entwickelte Dialogplattform gesammelt. Dieser Online-Dialog ist als Fortführung der direkten Gespräche bei den Lokalen Dialogen angelegt. Die Dialogplattform ist offen für alle Interessierten und ermöglicht die weitere Diskussion von Vorschlägen und Ideen über die lokale und regionale Ebene hinaus. Die Ergebnisse der Diskussionen zum Schwerpunktthema stehen weiterhin zur Verfügung – das ist ganz im Sinne des Strukturierten Dialogs, bei dem es auch immer darum geht, transparent und nachvollziehbar darzustellen, wodurch welche Vorschläge und Forderungen entstanden sind.

Die Dialog-Plattform ist unter <http://mitmachen.jugend-politik-dialog.at> zu finden.

Trainings für Multiplikator/innen

In Wien, Salzburg und Graz fanden im Herbst 2014 drei Trainings statt, die über 60 Multiplikator/innen mit dem Strukturierten Dialog vertraut machten. Bei den Trainings tauschten sich die Teilnehmer/innen, die u.a. in Jugendorganisationen, -zentren und -informationsstellen arbeiten, auch über ihre praktischen Erfahrungen mit Jugendbeteiligung aus. Sie planten Lokale Dialoge, um mit Jugendlichen die Leitfragen zum Thema Gemeinschaft mitgestalten! Aber wie? auf der Dialogplattform zu diskutieren.

fremdsein: Dialogtraining

Mit dem fremdsein: Dialogtraining schuf die Koordinierungsstelle des Strukturierten Dialogs mit Hilfe einer Finanzierung durch das BMFJ auf Basis aktueller Entwicklungen ein weiteres Trainingsangebot für Multiplikator/innen zum Thema Flucht und Asyl. Diese Weiterbildung wurde an zwei Terminen im September 2015 und Januar 2016 in Veitsch bzw. Salzburg von Trainer/innen des Vereins United Games durchgeführt.

In den mehrtägigen Trainings wurde eine – gemeinsame und verständnisvolle – Basis für Dialog und für gesellschaftliche Teilhabe geschaffen. Bei den beiden Dialogtrainings befassten sich die Teilnehmer/innen damit, wie das Thema Flucht und Asyl in der Kinder- und Jugendarbeit spielerisch bearbeitet werden kann. Die Teilnehmer/innen wurden dazu ausgebildet, das Planspiel „fremdsein“ mit Jugendgruppen durchzuführen.

www.jugend-politik-dialog.at/empowerment/fremdsein-dialogtraining/

Website des Vereins United Games: <http://unitedgames.at>

DER STRUKTURIERTE DIALOG IN ÖSTERREICH

Debatte im Ministerrat der Europäischen Union

Im Mai 2015 debattierten die für Jugend zuständigen Minister/innen der EU miteinander, wie politische Beteiligung EU-weit verbessert werden soll. Unter anderem ging es darum, wie andere EU-Mitgliedsstaaten dem Beispiel Österreichs folgen können und das Wahlalter auf 16 Jahre senken können.

Zusammenfassung der Debatte : <http://ljp.lv/wp-content/uploads/2015/06/High-level-Policy-debate-Summary-2.0.pdf>

Ergebnisse und Wirkung

Die in Bregenz formulierten Gemeinsamen Empfehlungen wurden an die für Jugendpolitik zuständigen Personen aus Politik und Verwaltung geschickt und alle Bundesräte/innen wurden vom amtsführenden Präsidenten gebeten, die Empfehlungen in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Als Folge der ersten Dialogkonferenz setzten sich die Landtagspräsident/innen auf ihrer Konferenz mit dem Thema Politische Bildung auseinander. In mehreren Bundesländern wird seit den Dialogkonferenzen verstärkt daran gearbeitet, Jugendgemeinderäte/innen einzuführen.

Die Gemeinsamen Empfehlungen zum Download: www.strukturierter-dialog.at/wp-content/uploads/2015/06/Bregenz_GemeinsameEmpfehlungen_final.pdf

Einige Projekte von Dialogkonferenz-Teilnehmer/innen konnten durch die Jugendreferate der Bundesländer sowie durch das BMFJ unterstützt werden. So wurden beispielsweise Ideen von Jugendlichen zur Verbesserung der Jugendinformation in mehreren Workshops im BMFJ und mit Beteiligung des Bundesnetzwerks Österreichischer Jugendinfos (BÖJI) konkretisiert. Auch die Aktivitäten im Bereich „No Hate Speech“ konnten aufgrund der Anregung von jungen Teilnehmer/innen intensiviert werden.

Alle Projektideen finden sich zum Download unter: www.jugend-politik-dialog.at/wp-content/uploads/2015/06/Projektideen_GESAMT.pdf

Im EU-Jugendministerrat wurde am 23.11.2015 ein Entschluss zur „Förderung der politischen Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa“ angenommen, der sich direkt auf die Ergebnisse dieser Arbeitsphase des Strukturierten Dialogs stützt. Erstmals wird in einem solchen Dokument die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre empfohlen. Nicht erst seit dem Entschluss interessieren sich Verantwortliche in ganz Europa für die österreichischen Erfahrungen. Unterstrichen wird im Entschluss aber auch die Politische Bildung – ein Bereich, in dem Österreich aus der Perspektive dieser Entschließung Nachholbedarf hat.

Die im Ratsentschluss genannten Merkmale wirksamer und echter politischer Teilhabe sind zukunftsweisend – bisher erfüllen die allerwenigsten Beteiligungsprozesse diese Qualitätskriterien.

Zur Ratsentschließung: www.jugend-politik-dialog.at/wp-content/uploads/2014/11/151123_Ratsentschlie%C3%9Fung_Empowerment.pdf

ARBEITSPHASE „ZUSAMMENLEBEN MITGESTALTEN!“ 2016-17

Wie wollen wir in einem vielfältigen und vernetzten Europa zusammenleben?

Wirtschaftskrise, Fluchtbewegungen etc. fordern Europa und insbesondere junge Menschen heraus. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Jugendliche mit ihren Bedürfnissen, Ideen, Ängsten und Sorgen ernst genommen werden und Mitgestaltung möglich wird.

Wie stellen wir uns das Zusammenleben in Europa vor? Welche Visionen von Europa haben wir? Mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigt sich die fünfte Arbeitsphase des Strukturierten Dialogs, die von Jänner 2016 bis Juni 2017 läuft.

DER STRUKTURIERTE DIALOG IN ÖSTERREICH

Infos dazu: www.jugend-politik-dialog.at/zusammenleben/

TABELLE 2: DIE PHASEN DES AKTUELLEN ZYKLUS

Phasen	Umsetzungsschritte
Phase 1: ein gemeinsames Verständnis	Anfang April 2016 diskutierten 200 Jugend- und Ministeriumsvertreter/innen aus allen EU-Ländern in Amsterdam über die Herausforderungen für junge Menschen in einem inklusiven, vielfältigen und vernetzen Europa. Das Ergebnis ist ein Orientierungsrahmen. Dieser bildet die inhaltliche Grundlage für die europaweite Konsultation mit Jugendlichen, die zwischen April und August 2016 gelaufen ist
Phase 2: gemeinsame Empfehlungen	Die Ergebnisse der Beteiligungsphase in Österreich werden mit den Ergebnissen der anderen EU-Mitgliedsstaaten zusammengeführt. Parallel dazu wird in Österreich auf den regionalen Dialogkonferenzen mit den Ergebnissen weiter gearbeitet.
Phase 3: Wirkung entfalten	Auf der zweiten EU-Jugendkonferenz zum Schwerpunktthema – Anfang Oktober 2016 in der Slowakei – formulieren die Delegierten gemeinsame Empfehlungen für Verbesserungen bei diesem Thema. Die dritte und letzte EU-Jugendkonferenz zum Schwerpunktthema steht im Zeichen der Umsetzung. Im Anschluss daran beschließt der EU-Jugendministerrat ein gemeinsames Dokument zum Schwerpunktthema. In Österreich arbeiten die Beteiligten daran, Verbesserungen zu erwirken. Das geschieht durch kleinere oder größere Vorhaben – Aktionen, Projekte, Gesetze etc.

Darstellung: Koordinierungsstelle Strukturierter Dialog

DIALOGKONFERENZEN

Dialogkonferenz West: 31.8.-3.9.2016, Innsbruck

Auf der Dialogkonferenz wurde das Thema Zusammenleben von der lokalen bis zur europäischen Ebene diskutiert. Dazu kommen Jugend und Politik aus Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Südtirol zusammen. Ausgangspunkt für den Austausch sind die österreichweit gesammelten Beiträge, die an den europäischen Lenkungsausschuss zur Gesamtkoordination des Strukturierten Dialogs übermittelt wurden:

www.jugend-politik-dialog.at/wp-content/uploads/2015/04/ZusammenlebenMitgestalten-Beiträge_Oesterreich.pdf

Die Teilnehmenden widmeten sich den Fragen eines gelingenden Zusammenlebens (Wie gestalten wir Zusammenleben in unseren Bundesländern?), dem Status Quo (Wo stehen wir und wo wollen wir hin?), neuen Wegen (was braucht es auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene?) und den Überlegungen welche Empfehlungen und Projekte uns voranbringen? Abschließend fand ein Dialogcafé statt, bei dem diskutiert wurde, wie Politik und Jugend besser zusammenarbeiten können.

Im Zentrum der Konferenz stehen Vernetzung und Austausch zwischen den Teilnehmenden und den Regionen. Aus diesem Austausch sollen konkrete Schritte erarbeitet werden, die im eigenen

DER STRUKTURIERTE DIALOG IN ÖSTERREICH

Wirkungsfeld, in der Region, im Bundesland oder auf nationaler Ebene umgesetzt werden können, entstehen. Zusätzlich zu diesen konkreten Schritten (Projektideen) werden auch gemeinsame Empfehlungen formuliert, die Politiker/innen als Unterstützung für Entscheidungen dienen können.

Dialogkonferenz Ost, 15. – 18.2.2017, Niederösterreich

Es wird zum Thema "Zusammenleben in Europa" auch eine zweite regionale Dialogkonferenz für die "östlicheren" Bundesländer geben, die von 15.-18. Februar 2017 in Niederösterreich stattfindet.

ÜBERBLICK ARBEITSPHASE ZUSAMMENLEBEN 2016-2017

Beginn der Arbeitsphase, Anfang 2016

Was? Von Jänner 2016 bis Juni 2017 geht es ums Zusammenleben. Das Thema wurde vor dem Beginn der EU-weiten 18-monatigen Arbeitsphase gemeinsam festgelegt.

Schritt 1: Ein gemeinsames Verständnis

Was? EU-Jugendkonferenz in Amsterdam, April 2016

Wer? Vertreter/innen aus Jugend und Politik aus der EU

Ergebnis: Gemeinsamer inhaltlicher Rahmen, Leitfragen des Zyklus

Schritt 2: Beteiligungsphase: Mitmachen in Österreich

Was? Lokale, regionale und nationale Mitmach-Möglichkeiten: Online-Dialog und Lokale Dialoge, April 2016 bis Jänner 2017

Wer? Jugendliche, Jugendarbeiter/innen, Menschen aus Politik und Verwaltung

Ergebnis: Inhaltlicher Input und Beantwortung der Leitfragen

Schritt 3: Gemeinsame Empfehlungen

Was? EU-Jugendkonferenz in der Slowakei, Oktober 2016

Wer? EU-Jugenddelegierte und Vertreter/innen aus Ministerien und Bundesländern

Ergebnis: Gemeinsame Empfehlungen aller EU-Länder

Schritt 4: Regionale Dialogkonferenzen

Was? Konferenzen mit je fünf Bundesländern, 31.8.-3.9.2016 in Innsbruck, Feb. 2017 in NÖ

Wer? Alle mit Interessen in der Jugendpolitik (Jugend, Politik, Verwaltung, Jugendarbeit)

Ergebnis: In Österreich können Jugendliche gemeinsam mit Politiker/innen auf den Dialogkonferenzen an konkreten Verbesserungsvorschlägen arbeiten.

Schritt 5: Umsetzung planen

Was? Abschließende EU-Jugendkonferenz zum Schwerpunktthema in Malta, 2017

Wer? Jugendliche und Entscheidungsträger/innen

Ergebnis: Eine Implementierungs-Toolbox mit Vorschlägen zur EU-weiten Umsetzung

DER STRUKTURIERTE DIALOG IN ÖSTERREICH

Schritt 6: Beschluss des Rats der EU-Jugendminister/innen

Was? EU-Ratsbeschluss im Mai 2017

Wer? Jugendminister/innen der EU-Mitgliedsstaaten

Ergebnis: Gemeinsame Richtung der EU-Jugendpolitik, die in die Mitgliedsstaaten wirkt.

Ende der Arbeitsphase, Beginn der nächsten Arbeitsphase – Mitte 2017

Ab dann wird ein neues Thema aus der EU-Jugendstrategie im Dialog bearbeitet. Österreich wird hier federführend mitarbeiten, da es die EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2018 innehat.

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN - BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Maßnahmen der Bundesministerien

Wie an anderer Stelle erwähnt, ist es Anliegen der Österreichischen Jugendstrategie, Politik für junge Menschen (Jugendpolitik) als Querschnittspolitik – und somit als Aufgabe aller Politikbereiche – zu etablieren. Um diesen Querschnitt und auch die Vielfältigkeit schon bestehender Maßnahmen aufzuzeigen wurden die Bundesministerien eingeladen entsprechende exemplarische Beispiele der Umsetzung des Rahmenziels für den Jugendbericht einzumelden.

Die nachfolgende Übersicht ist somit natürlich nicht vollständig. Sie bietet aber einen ersten Einblick über die Breite der auf Bundesebene gesetzten Aktivitäten.

Soweit als möglich wurden einzelne Maßnahmen und Aktivitäten direkt den Strategischen Zielen dieses Rahmenziels zugeordnet. Einige Maßnahmen - und dies ist durchaus positiv zu sehen - sind mit mehreren Zielen verknüpft. Im Sinne der Übersichtlichkeit – und im Hinblick nur exemplarische Beispiele aufzuzeigen – wird jede Maßnahme nur einmal aufgeführt.

Die Reihung der exemplarischen Maßnahmen stellt keine Wertung dar, sondern ergibt sich nach der alphabethischen Auflistung der Kurzbezeichnungen der Bundesministerien. Innerhalb der Auflistung je Bundesministerium werden die gemeldeten Maßnahmen alphabethisch nach ihrem Titel gereiht.

STRATEGISCHES ZIEL WAHLBETEILIGUNG

Verankerung von Politischer Bildung in der Sekundarstufe 1 (BMB)

Als wesentliche Voraussetzung für eine hohe Beteiligung von Jugendlichen an Wahlen und politischen Prozessen sowie dem aktuellen Regierungsprogramm entsprechend, wird Politische Bildung im Rahmen von Modulen als Pflichtlehrstoff im Gegenstand „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ der Sekundarstufe I verankert. Damit soll gewährleistet werden, dass Jugendliche kontinuierlich aufbauend politische Kompetenzen erwerben und durch die Verknüpfung mit historischem Lernen Zusammenhänge vermögen herzustellen. Ziel ist es, dass Jugendliche bei Erreichung des gesetzlichen Wahlalters in der Lage sind, ihrer Lebenswelt gemäß politisch mündig handeln zu können.

Inkraftsetzung des Lehrplanes mit Beginn des Schuljahres 2016/17 aufsteigend.

www.politik-lernen.at/gskpb

STRATEGISCHES ZIEL JUGENDBETEILIGUNG

ideas4future – die Verwaltung von morgen. Studentischer Wettbewerb im Rahmen der Verwaltungsmesse 2016 (BKA)

Der Ideenwettbewerb richtete sich an Studierende der Fachrichtung Public Management und bot ihnen die Möglichkeit, ihre Vorstellungen einer modernen Verwaltung einer breiten Öffentlichkeit präsentieren zu können. Dabei war die Realisierbarkeit der Projekte nicht vorrangig, d.h. Ideen und Vorschläge durften – aus heutiger Sicht – durchaus utopischen Charakter haben.

Gewinner war ein Team der FH Oberösterreich mit dem Projekt zentraler Servicestellen für Bürger/innen. Eine Gemeinde. Oberösterreich. Alle Behörden und Institutionen, die in Oberösterreich Verwaltungsaufgaben erfüllen, sind organisatorisch unter ein Dach zusammengefasst. Bürger/innen-Kontakte werden über »Shared Service Centers« abgewickelt, die verschiedene Kontaktaufnahmemöglichkeiten bieten. Die eigentliche Verwaltungsarbeit wird in spezialisierten Kompetenzzentren, die dezentral auf das Bundesland verteilt sind, verrichtet.

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Kooperationspartner/innen:

- FH Campus Wien – Studiengang Public Management und Studiengang Tax Management
- FH Kärnten – Studiengang Public Management
- FH Oberösterreich – Studiengang Public Management

www.bundeskanzleramt.at/verwaltungsmesse

Österreichisches Jugendportal (BMFJ)

Das Österreichische Jugendportal bietet einen Einstieg ins Web speziell für Jugendliche. Von Arbeit bis Zivildienst fasst es Informationen, Links und Online-Dokumente (wie Folder und Broschüren) zum jeweiligen Thema aus Europa, Österreich und den Bundesländern zusammen. Es wird vom Bundesnetzwerk Österreichische Jugendinfos im Auftrag des BMFJ betrieben.

www.jugendportal.at

Stimme der Jugend verstärken (BMFJ)

Auf Ebene der Gemeinden, der Bundesländern, der Regionen und bei (Bundes-)Jugendorganisationen finden laufend unterschiedliche Partizipationsprozesse statt. Ob Jugendlandtage, Regionalforen, Jugendresolutionen oder andere Beteiligungsprojekte – Jugendliche äußern bei diesen Projekten ihre Wünsche, stellen Forderungen und entwickeln Ideen.

„Stimme der Jugend verstärken“ ist eine Initiative des Bundesministeriums für Familien und Jugend zur Sichtbarmachung der Anliegen von jungen Menschen in Österreich. Wünsche und Ideen von Jugendlichen, die im Rahmen von Jugendbeteiligungsprozessen entstanden sind, werden dazu unter www.stimme-der-jugend.at gesammelt, gebündelt und grafisch aufbereitet dargestellt. Das Projekt stellt eine digitale (online) Plattform bereit, die Anliegen und Forderungen von Jugendlichen, die österreichweit in Partizipationsprojekten entstanden sind, strukturiert sichtbar macht.

Die digitale „Karte“ visualisiert den Nutzer/innen welche Themen von jungen Menschen häufiger genannt werden, ob Themen eine regionale Bedeutung haben oder aus welchem Partizipationsprojekt ein Anliegen stammt. Somit können u.a. politische Entscheidungsträger/innen, Jugendliche und Organisationen im Bereich der Jugendarbeit sich mit Hilfe der öffentlich zugänglichen Online-Plattform über bereits formulierte Anliegen bzw. Forderungen orientieren und diese in ihrer jeweiligen Arbeit berücksichtigen.

www.stimme-der-jugend.at

Youth Reporter am Österreichischen Jugendportal (BMFJ)

Durch die finanzielle Unterstützung des BMFJ schreiben seit 2016 21 Jungjournalist/innen für das Österreichische Jugendportal. Aus knapp 100 Bewerber/innen haben es die 21 Besten ins Redaktionsteam des Österreichischen Jugendportals geschafft, um nicht nur an einem Wochenende ein journalistisches Basistraining zu absolvieren, sondern künftig auch ihre Sicht der Welt in Form von Artikeln, Podcasts und Videos zu veröffentlichen.

www.jugendportal.at/youth-reporter

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Sondergesandte des OSZE-Vorsitzes für Jugend und Sicherheit (BMEIA)

Nach Vorbereitungen durch den CH Vorsitz wurden Milena Stošić und Anna-Katharina Deininger vom SER OSZE Vorsitz im Februar 2015 zu Sondergesandten für Jugend und Sicherheit für die Dauer des Vorsitzes ernannt. Sie wurden damit beauftragt, der Stimme der Jugend in Sicherheitsfragen der OSZE Gehör zu verschaffen. Die beiden Sondergesandten werden bei Fragen, die Jugend und Sicherheit betreffen, eingebunden. So erarbeiteten sie z.B. gemeinsam mit dem SER Vorsitz einen Jugendaktionsplan zur verstärkten Einbringung von Jugend im Sicherheitsbereich, von dem der SER Vorsitz hoffte ihn beim MR in Belgrad annehmen zu können. Obwohl dies nicht zustande kam, waren Deininger und Stošić bisher sehr aktiv, u.a. durch Teilnahme an und Organisation von speziellen Events für Jugend, wie z.B. ein Seminar in Belgrad zur politische Beteiligung von Jugend, an dem über 30 Aktivist/innen aus Südosteuropa teilnahmen, oder einer OSZE Konferenz zum Kampf gegen Jugendradikalisierung im September d.J., ebenfalls in Belgrad. Sowohl der kommende DE Vorsitz, als auch der darauf folgende AT Vorsitz wollen diese Initiative weiterführen um die Rolle der Jugend weiterhin zu unterstreichen. Ein dritter Sondergesandter, um dem Troika-Format zu entsprechen, wird von DE nächstes Jahr ernannt werden.

Kooperationspartner/innen: CH, SER, DE Vorsitze, sowie weitere OSZE tS (z.B. US, CA)

Finanzierung der Bundesjugendvertretung gemäß Bundes-Jugendvertretungsgesetz (BMFJ)

Das BMFJ finanziert die Bundesjugendvertretung (BJV) als gesetzlich verankerte Interessensvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich. Gemäß dem Bundes-Jugendvertretungsgesetz (B-JVG, BGBI. I Nr. 127/2000) übernimmt das BMFJ die Sicherstellung für die Finanzierung der Geschäftsführung. In Gleichstellung mit den anderen Sozialpartnern erfolgt die weitere Finanzierung der BJV über deren Mitglieder. Sämtliche Mitgliedsorganisationen der BJV (Organisationen, die Basisförderung erhalten) wird – unabhängig von deren Organisationsgröße – eine gleich hohe zusätzliche Sonderfördersumme (€9.000) zuerkannt, die für den Mitgliedsbeitrag bei der BJV verwendet werden soll und nur mit einem einzigen Beleg abgerechnet werden kann, um den Organisationen keinen zusätzlichen Abrechnungsaufwand zu verursachen.

STRATEGISCHES ZIEL FREIWILLIGES ENGAGEMENT

Freiwilliges Engagement Jugendlicher (BMASK)

Sowohl im 1. als auch im 2. Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des freiwilligen Engagements in Österreich, die vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz 2009 und 2015 veröffentlicht wurden, stehen drei Zielgruppen im Vordergrund: Junge Menschen, ältere Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Nachwuchsförderung spielt in der Gewinnung von neuen Freiwilligen eine besondere Rolle. Gemäß IFES Erhebung zum freiwilligen Engagement, die im Auftrag des Sozialministeriums 2012 durchgeführt und 2013 veröffentlicht wurde, beteiligen sich rund 43% der 19 – 29-Jährigen an der Freiwilligenarbeit, wobei es zwischen formellem und informellem Engagement kaum Unterschiede gibt. Die höchsten Beteiligungsquoten im formellen Bereich verzeichnen Sport und Bewegung (rd. 29%), Katastrophenhilfs- und Rettungsdienste (rd 27%) sowie Umwelt, Natur und Tierschutz (rd. 22%). Im Bereich der Nachbarschaftshilfe engagieren sich 18 Prozent regelmäßig, 41 Prozent zeitlich begrenzt und 40 Prozent sowohl regelmäßig als auch zeitlich begrenzt.

Anderen zu helfen, etwas Nützliches für das Gemeinwohl beizutragen, Freunde/Freundinnen zu treffen und Spaß zu haben sind die Hauptbeweggründe für das Freiwilligenengagement Jugendlicher. Vier Fünftel betonen auch, dass ihnen solch ein Engagement die Möglichkeit bietet, Erfahrungen zu teilen, selbst Fähigkeiten und Kenntnisse einzubringen und dazuzulernen. Dabei dient der Nachweis über freiwillige Tätigkeiten, der im Rahmen des Österreichischen Freiwilligenrates entwickelt wurde, zur Dokumentation der ausgeführten Tätigkeiten und der dabei erworbenen Kompetenzen. Er gibt damit Jugendlichen bei Stellenbewerbungen eine zusätzliche Qualifikation in die Hand.

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Nach einer Onlinebefragung, die Public Opinion im Auftrag des Ressorts im Jahr 2014 durchgeführt hat, erachten rund 71% der befragten Organisationsverantwortlichen Maßnahmen zur Gewinnung von jugendlichen Freiwilligen als besonders wichtig. Insbesondere in den Bereichen Katastrophenhilfs- und Rettungsdienste (rd. 79%) sowie Sport und Bewegung (rd. 68%) wird großer Wert auf Angebote zur Gewinnung der Mitarbeit von Jugendlichen gelegt.

Seitens der nicht engagierten Jugendlichen verwiesen rund 73 Prozent darauf, dass sie niemals gefragt oder gebeten wurden. 68 Prozent gaben an, nie über ein freiwilliges Engagement nachgedacht zu haben. Besondere Bedeutung erlangen diese Zahlen vor allem dadurch, dass sich knapp die Hälfte dieser Personengruppe über Möglichkeiten einer Freiwilligentätigkeit zu wenig informiert fühlte. Die Freiwilligenplattform im Internet www.freiwilligenweb.at wurde daher zu einer umfassenden Informations- und Vernetzungsdrehscheibe für Jung und Alt ausgebaut. Dort wird, neben den Informationen über das Freiwillige Sozialjahr (FSJ), das Freiwillige Umweltschutzjahr (FÜJ) sowie über die sog. Auslandsfreiwilligendienste (Gedenkdienst, Friedens- und Sozialdienst im Ausland), die vor allem von Jugendlichen absolviert werden, seit Kurzem auch ein Leitfaden für intergenerative Projekte zur Begegnung der Generationen angeboten.

Um die besondere Bedeutung der Gewinnung von Jugendlichen für freiwillige Tätigkeiten zu unterstreichen, zeichnete der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz in einem Festakt am 4. Dezember 2015, anlässlich des Internationalen Tages der Freiwilligen, besonders engagierte Jugendliche der Landesberufsschule Pinkafeld und der Berufsschule Mattersburg aus.

Eine spezielle Aufwertung der Freiwilligentätigkeit von Jugendlichen erfolgte durch das Bundesgesetz zur Förderung von freiwilligem Engagement, welches unter anderem die besonderen Formen des freiwilligen Engagements regelt und diese sozialrechtlich absichert. Zu diesen besonderen Formen zählen das Freiwillige Sozialjahr, das Freiwillige Umweltschutzjahr, der Gedenkdienst und Friedens- und Sozialdienst im Ausland.

Personen (Jugendliche) ohne einschlägige abgeschlossene Berufsausbildung können nach Vollendung des 17. Lebensjahr einmalig, unter Einhaltung bestimmter Rahmenbedingungen, eine praktische Tätigkeit im Sozial- oder Umweltbereich in der Dauer von sechs bis zwölf Monaten bei einem anerkannten Träger, der sich durch besondere Qualitätsmerkmale auszeichnet, ableisten. Der Einsatz orientiert sich an Lernzielen und erfolgt unter pädagogischer Begleitung und fachlicher Anleitung, Beaufsichtigung und Verantwortung der jeweiligen Einsatzstelle.

Neben der Persönlichkeitsentwicklung zielen diese Formen des freiwilligen Engagements darauf ab, schulische Vorbildung sowie Kenntnisse, Kompetenzen und Fähigkeiten von Jugendlichen zu vertiefen und das Arbeitsleben den Jugendlichen näher zu bringen bzw. ihnen einen Einblick zu gewähren.

Die Jugendlichen profitieren dadurch nicht nur selbst, beispielsweise durch Bildungsmaßnahmen, Weiterbezug der Familienbeihilfe, Taschengeld, sozialrechtliche Absicherung etc., sondern leisten auch einen großen Beitrag zum gesellschaftlichen Gemeinwohl und Zusammenhalt. 90% der Teilnehmer/innen eines Freiwilligen Sozialjahres oder Freiwilligen Umweltschutzjahres üben in späterer Folge einen Beruf in diesem Bereich aus oder engagieren sich ehrenamtlich bzw. freiwillig.

Diese besonderen Formen des freiwilligen Engagements, die als Sonderformen von Ausbildungsverhältnissen konzipiert sind, haben in Österreich lange Tradition und erfreuen sich seit Einzug in das Freiwilligengesetz steigender Beliebtheit. Seit in Krafttreten des Freiwilligengesetzes konnte eine Steigerung an Teilnehmer/innen am Freiwilligen Sozialjahr von nahezu 90% erzielt werden; Tendenz steigend. Nähere Informationen siehe unter www.freiwilligenweb.at

Um über die Möglichkeit eines freiwilligen Engagements von Jugendlichen zu informieren und das Interesse daran zu wecken wird es 2016 erstmals speziell für diese Zielgruppe eine Freiwilligenmesse geben. Die Young volunteers fand am 11./12. April 2016 an der Wirtschaftsuniversität Wien statt. Veranstaltet wird diese Messe vom Verein Freiwilligenmessen. Das Sozialministerium fördert als Kooperationspartner diese Young volunteers Messe. Nähere siehe unter www.freiwilligenmesse.at.

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Erhöhung des Freiwilligenengagements (BMB)

Die seit vielen Jahrzehnten bestehende Kooperation mit dem Österreichischen Jugendrotkreuz stellt einen inhaltlichen wie organisatorischen Rahmen zur Erhöhung des Freiwilligenengagements dar. Insbesondere die Auseinandersetzung in der aktuellen Frage von „Flucht und Asyl“ und damit verbundenen Integrationsleistungen der Schule, sind Schülerinnen und Schüler in pädagogische und soziale Projekte eingebunden. Darüber hinaus gibt es eine breite Palette von Aktivitäten, bei denen Jugendliche im Rahmen des ÖJRK sowohl einen Zugewinn an Selbstkompetenzen erwerben, aber auch als peers eine zentrale Rolle in der Jugendarbeit einnehmen können.

Fortbildungsangebote an den Pädagogischen Hochschulen für JRK-Schulreferent/innen im Studienjahr 2015/16 zu „Flucht und Asyl“. Laufendes Projekt zu Freiwilligenengagement des ÖJRK mit Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2015/16 („Willkommenspakete für junge Flüchtlinge an Schulen“).

www.jugendrotkreuz.at

Ausbau von bundesweiten Buddy-Systemen im Sport-, Freizeit und Bildungsbereich; 50 Punkte – Plan zur Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich (BMEIA)

Der Bildungs- sowie der gesamte Sport- und Freizeitbereich bieten vielfältige Möglichkeiten, durch freiwilliges Engagement Begegnungsmöglichkeiten zwischen Asylberechtigten bzw. subsidiär Schutzberechtigten und der Mehrheitsbevölkerung zu schaffen und besitzen daher hohes integratives Potenzial. So könnten bspw. durch die Übernahme von Patenschaften für Flüchtlinge, Werte lebensnah vermittelt und das freiwillige Engagement von jungen Menschen früh gestärkt werden. Außerdem könnten solche Buddy-Systeme auch dazu genutzt werden, das Bildungsniveau der Flüchtlinge zu heben und ihnen beim Lernen der neuen Inhalte zu helfen.

Vereine könnten wiederum Buddy-Systeme einführen, um die Zielgruppe mit Fluchthintergrund an Freizeitaktivitäten heranzuführen und ihnen dabei zu helfen, soziale Kontakte zu knüpfen. Bildungsinstitutionen oder Vereine, die sich hierbei besonders engagieren, könnten auch durch finanzielle Prämien oder Preise belohnt werden. Von gezielten Begegnungen zwischen jüngeren und älteren Personen könnten beide Seite profitieren. Einerseits lernen Ältere dadurch Verantwortung für Andere zu übernehmen, andererseits könnten die Jüngeren durch die älteren Vorbilder Vertrauen fassen und lernen, an wen sie sich bei Fragen wenden können. Außerdem sollten Buddy-Systeme nicht nur innerhalb einer Institution, sondern auch in Form von Kooperationen zwischen verschiedenen Einrichtungen angedacht werden, indem gemeinsame Aktivitäten geschaffen werden, die den Gemeinschaftssinn fördern.

Umsetzungsstand/Perspektive: Verhandlungen geplant

Kooperationspartner: BMB, BMLVS, Zivilgesellschaftliche Organisationen

www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Publikationen/Integrationsplan_final.pdf

Jugendpolitische Handlungsfelder der ADA/OEZA; Förderung der Freiwilligeneinsätze in Entwicklungsländern (BMEIA)

Wer den Blick auf die Welt verändern und sich sozial engagieren sowie globale Zusammenhänge und Entwicklungszusammenarbeit besser verstehen möchte, findet Informationen über Volontariate in Entwicklungsländern. Die Austrian Development Agency, fördert Volontariatseinsätze in Entwicklungsländern. Es ist ein besonderes Anliegen der ADA/OEZA, Entwicklungspolitik in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und das ehrenamtliche Engagement insbesondere der Jugend zu fördern, um Verantwortungsbewusstsein zu stärken. Die ADA/OEZA wird die Möglichkeit für qualitätsvolle Freiwilligeneinsätze in Entwicklungsländern weiter ausbauen und fördert diesen Bereich 2016 mit rund 400.000 Euro. Dadurch wird rund 160 Jugendlichen ein Einsatz ermöglicht.

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Kooperationspartner/innen:

WeltWegWeiser – Servicestelle für Internationale Freiwilligeneinsätze (für 18-26-Jährige)

Dreikönigsaktion (LernEinsätze in Entwicklungs- oder Schwellenländern)

Volontariat bewegt (Einsätze für 18-35-Jährige)

FH Campus Wien (Berufspraktika für FH-Studierende)

Deeper Travel (Vernetzungs- und Bildungsplattform für Volunteer Reisende)

www.entwicklung.at/mitmachen/berufs-und-freiwilligeneinsaetze/

Jugendpolitische Handlungsfelder der ADA/OEZA; „MITMACHEN! Österreich weltweit engagiert“ (BMEIA)

Globale Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs): jeder Beitrag zählt und kann zur globalen Veränderung beitragen! Die Initiative zeigt auf, dass der Staat allein ohne die aktive Beteiligung der Bevölkerung die Ziele nicht erreichen kann.

Die Austrian Development Agency (ADA) und das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) haben mit Herbst 2015 eine neue Initiative ins Leben gerufen, die verschiedenen Zielgruppen die Möglichkeit bietet, sich zu engagieren. Die ADA/OEZA möchte die Möglichkeiten gerade für junge Menschen ausbauen, sich zu engagieren und die eigenen Konsummuster zu überdenken.

Einzelpersonen

- Berufs- und Freiwilligeneinsätze → weltweit engagiert Einsatz zeigen
- Mitreden, Mitdenken und Teilnehmen → Dialog führen und EZA mitgestalten
- Jeder Beitrag zählt → mit persönlichem Verhalten globale Anliegen mittragen
- Brücken bauen → Migrationshintergrund positiv nutzen und EZA fördern

Schulen, Universitäten

- Schule gestaltet Zukunft → globale Bildungsarbeit Generationen der Zukunft

Städte, Gemeinden

- Regional engagiert → Entwicklungspolitik beginnt vor Ort

Vereine, Stiftungen, Organisationen, Institutionen

- Weltweit zusammenarbeiten → zivilgesellschaftliche Kooperationen weltweit
- Bewusstsein schaffen → Entwicklungspolitische Anliegen in der Heimat vertreten
- Geld sinnvoll stiften → neues Stiftungsgesetz schafft neue Möglichkeiten

Unternehmen

- Wirtschaft schafft Entwicklung
- Wirtschaftspartnerschaften

Die Initiative wurde am 01. Oktober 2015 vorgestellt und wird längerfristig als Anlaufstelle für Engagement im Entwicklungspolitischen Bereich dienen.

Kooperationspartner/innen: u.a. Schulen/Universitäten, Unternehmen, NGOs, z.B.: Vereinte Nationen, Hilfswerk Austria, Institut der Regionen Europas, Sonnentor

www.entwicklung.at/mitmachen

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Informationsbroschüre: „Vereine und Steuern – inklusive Registrierkasseninformationen. Ein Service für Vereine und ihre Mitglieder“ (BMF)

Das BMF informiert in der neuen Broschüre „Vereine und Steuern“ über die Gründung von Vereinen (Vereinsgesetz), abgabenrechtliche Begünstigungen, Vereinstätigkeiten, Körperschaftssteuer, Unternehmertum, Einkünfte, Sozialversicherung, Haftung und weitere zu entrichtenden Abgaben wie beispielsweise Grundsteuer, Werbeabgaben etc.

Obgleich sich die Informationsbroschüre nicht exklusiv an junge Menschen richtet, so ist das freiwillige Engagement unter Österreichs Jugendlichen groß⁴³. Betrachtet man die Beteiligungsquote der freiwillig Aktiven an der Gesamtbevölkerung nach Alter, so engagieren sich bereits 43% der 15- bis 29-Jährigen in Österreich⁴⁴.

Die Broschüre bietet nicht nur einen Überblick über grundlegende steuerrechtliche Fragen für junge Menschen, die beispielsweise bereits in verbandlichen Jugendorganisationen und Jugendgruppen - sofern als Verein konstituiert - tätig sind, sondern auch für jene junge Menschen, die sich zukünftig in Vereinen engagieren möchten.

www.bmf.gv.at/services/publikationen/BMF-BR-ST_Vereine_und_Steuern_201608_12.pdf?5jp4c7

aufZAQ (BMFJ)

aufZAQ zertifiziert in Österreich und Südtirol Lehrgänge für Personen, die in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit tätig sind. Damit bestätigen das Bundesministerium für Familien und Jugend, die österreichischen Landesjugendreferate und das Amt für Jugendarbeit Südtirol, dass es sich bei den zertifizierten Lehrgängen um qualitativ hochwertige Bildungsangebote im non-formalen Bereich handelt.

Das Ziel von aufZAQ ist es, die Qualität von Lehrgängen sichtbar zu machen, vergleichbar zu machen und anzuerkennen. In der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit tätige Personen erhalten somit Orientierung bei der Auswahl eines Aus- oder Weiterbildungsangebotes. Für Lehrgangsträger/-innen ist die aufZAQ-Zertifizierung ein Nachweis für die hohe Qualität ihres Bildungsangebotes. Für Arbeitgeber/-innen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit ist aufZAQ die Garantie, dass es sich beim jeweiligen Lehrgang um eine fachlich-qualitativ hochwertige Aus- oder Weiterbildung handelt, die sich stark an der beruflichen Praxis orientiert.

Seit 2003 wurden insgesamt 43 Lehrgänge der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit zertifiziert.

www.aufzaq.at

Bundes-Jugendförderung gemäß Bundes-Jugendförderungsgesetz (BMFJ)

Die finanzielle Förderung von Jugendorganisationen, Jugendinitiativen, Vereinen bzw. Jugendprojekten ist ein wichtiges Instrument der Jugendpolitik des BMFJ. Geregelt ist die Jugendförderung im Bundes-Jugendförderungsgesetz (Bundesgesetz über die Förderung der außerschulischen Jugenderziehung und Jugendarbeit, BGBl. I Nr. 126/2000 vom 29. Dezember 2000).

⁴³ Das BMFJ förderte 2015 38 Bundes-Jugendorganisationen, die nach dem Bundes-Jugendförderungsgesetz anspruchsberechtigt waren und zusammen über 1.6 Millionen Mitglieder zählten. www.bmfj.gv.at/jugend/jugendforschung/jugendkennzahlen/mitgliederanzahl.html abgerufen am 29.9.2016

⁴⁴ BMASK (2015): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des Freiwilligen Engagements in Österreich -2. Freiwilligenbericht“

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Ziel dieses Gesetzes ist die „Finanzielle Förderung von Maßnahmen der außerschulischen Jugenderziehung und Jugendarbeit, insbesondere zur Förderung der Entwicklung der geistigen, psychischen, körperlichen, sozialen, politischen, religiösen und ethischen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen.“

Die wichtigsten Förderungsarten bzw. Förderungsempfänger gemäß Bundes-Jugendförderungsgesetz sind:

- Basis- und Projektförderung für die parteipolitischen Bundes-Jugendorganisationen
- Basisförderung für andere verbandlichen Bundes-Jugendorganisationen
- Projektförderung (sowohl für verbandlichen Bundes-Jugendorganisationen, als auch andere)
- Förderung für besondere Anliegen der Kinder- und Jugendarbeit

Im Jahr 2015 wurden seitens des BMFJ insgesamt € 7.385.863,84 gemäß Bundes-Jugendförderungsgesetz zur Verfügung gestellt.

Jahr der Jugendarbeit 2016 (BMFJ)

Die Landesjugendräte/innen und Jugendministerin Dr. Sophie Karmasin haben das Jahr 2016 zum Jahr der Jugendarbeit erklärt. Im Jahr der Jugendarbeit werden die vielfältigen Aktivitäten und Themen von Jugendarbeit und Jugendpolitik gemeinsam kommuniziert. Bei allen entsprechenden Veranstaltungen und Aktivitäten wird stets das „Jahr der Jugendarbeit“ und dessen Botschaft vermittelt: Jugendarbeit leistet großartige und wichtige Beiträge, junge Menschen zu fördern und zu stärken! In Österreich profitieren über 1,5 Millionen junge Menschen von den Angeboten der Jugendarbeit. Diese reichen von Gruppenstunden, offenen Jugendzentren und Kreativ-Camps bis zur individuellen Begleitung am Weg zur Beschäftigungsfähigkeit. Mehr als 160.000 Freiwillige und Fachkräfte engagieren sich in Österreich in der Jugendarbeit. Jugendarbeit ist gemeinsame Kompetenz der Jugendministerin und der Jugendlandesräte/innen und -räte. Mit dem Jahr der Jugendarbeit setzen sie ein gemeinsames Zeichen für die wachsende Bedeutung von Jugendarbeit und Jugendpolitik.

www.jahrderjugendarbeit.at

Jahr der Jugendarbeit 2016 – Jugendpreis (BMFJ)

Erstmals wird im Jahr 2016 vom Bundesministerium für Familien und Jugend (BMFJ) der Österreichische Jugendpreis vergeben. Damit sollen herausragende Projekte und Initiativen der außerschulischen Jugendarbeit in Österreich geehrt werden. Neben Projekten aus dem EU-Programm „Erasmus+: Jugend in Aktion“ sowie Aktivitäten junger Menschen, die im Rahmen des Fördertopfes „Eure Projekte“ realisiert wurden, werden auch Initiativen der nationalen Jugendarbeit ausgezeichnet.

Die Preisverleihung findet am 6. Dezember 2016 statt.

Kooperation Schule – Jugendarbeit (BMFJ)

Die Aufgabe von außerschulischer Jugendarbeit wie auch der Schule ist, junge Menschen bei der Entwicklung von persönlichen und sozialen Kompetenzen zu unterstützen sowie deren Persönlichkeitsentfaltung zu ermöglichen.

Daher können sich beide Angebote in einigen Bereichen gut ergänzen, insbesondere im Rahmen der ganztägigen Schulformen.

Zu dieser Thematik wurde eine Fachtagung „Ganztägige Schule und Jugendarbeit: Gemeinsam mehr Chancen“ 2015 in Salzburg ausgerichtet. Im Verlauf dieser Fachtagung wurden Rahmenbedingungen für eine gelingende Kooperation, Visionen der Kinder und deren Eltern, aber auch internationale Modelle unter Einbindung verschiedener Expert/innen diskutiert.

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

ÜBERGREIFENDE MASSNAHMEN ZUM RAHMENZIEL BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

In diesem Abschnitt finden sich jene Maßnahmen wieder, die nicht explizit auf ein Strategisches Ziel abzielen, sondern gesamtübergreifend zum Rahmenziel Beteiligung und Engagement inklusive mehreren Strategischen Zielen einen wertvollen Beitrag leisten.

Die Maßnahmen stellen einen exemplarischen Auszug dar. Die Reihung der Maßnahmen stellt keine Wertung dar, sondern ergibt sich nach der alphabethischen Auflistung der Bundesministerien. Innerhalb der Auflistung je Bundesministerium werden die gemeldeten Maßnahmen alphabethisch nach ihrem Titel gereiht.

edugov.gv.at und handysig@school; IKT-STRATEGIE DES BUNDES; E-Government Aktivitäten mit Fokus auf Jugendliche (BKA)

Schüler/innen sind ab einem Alter von 14 Jahren bereits beschränkt geschäftsfähig und daher vom Thema E-Government unmittelbar betroffen. Im Auftrag des Bundeskanzleramts und des (damaligen) Bundesministeriums für Bildung und Frauen entstand daher rund um das Thema E-Government ein schulisches Angebot, das an allen berufs- und allgemeinbildenden Schulen ab der 8. Schulstufe umgesetzt werden kann. Zahlreiche Anwendungen – vom Antrag bis zum elektronischen Vertrag – können den Schülerinnen und Schülern anschaulich näher gebracht werden.

Überdies besteht die Möglichkeit, die Handy-Signatur im Rahmen der Initiative handysig@school an einer österreichischen Schule aktivieren zu lassen. Die kostenlosen Unterrichtsmaterialien stehen zum Download zur Verfügung. Die Handy-Signatur kann an den Schulen aktiviert werden.

Kooperationspartner/innen: Bundesministerium für Bildung

Informationen zu edugov.gv.at sind online unter <http://edugov.bildung.at/edugov/learning/Unterrichtsmaterialien> verfügbar. Die Aktivierung über handysig@school ist ebenfalls online abrufbar unter <http://handysig.bildung.at/>.

Mädchen und die Handy-Signatur; IKT-STRATEGIE DES BUNDES; E-Government Aktivitäten mit Fokus auf Jugendliche (BKA)

Die entwickelte Arbeitsunterlage ist zur Verwendung im Schulunterricht ab der 9. Schulstufe und als Unterrichtsmaterial im Rahmen von Workshops und Kursen zur Förderung der digitalen Kompetenz in Mädchenberatungsstellen vorgesehen. Der Fokus liegt auf der Nutzung der qualifizierten elektronischen Signatur in Form der Handy-Signatur sowie deren Einsatzmöglichkeiten bei elektronischen Amtswegen, aber auch in privatwirtschaftlichen Anwendungsfällen. Die Unterlagen sind kostenlos online verfügbar.

Kooperationspartner/innen: Die Aktivität wurde in Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung und Frauen und der Initiative ef!t 21 durchgeführt.

www.digitales.oesterreich.gv.at/handy-signatur/maedchen

#open4data challenge 2016; IKT-STRATEGIE DES BUNDES; E-Government Aktivitäten mit Fokus auf Jugendliche (BKA)

Daten suchen Ideen, Ideen suchen Daten - Unter diesem Motto lud das Bundeskanzleramt ein, die innovativsten, nützlichsten und benutzerfreundlichsten Beiträge zu den Kategorien Ideen, Datensätze und Lösungen auf Basis von Open Data (OD) einzureichen. Die innovativsten und kreativsten Ansätze im Umgang mit offenen Daten wurden mit einem Preis prämiert. Die österreichweite open4data.at – challenge 2016 hatte das Ziel, die Datenbereitstellung zu fördern, den Kompetenzerwerb bei der Nutzung offener Daten zu unterstützen und das Management offener Daten zu optimieren. Dieses Themenfeld hat sich in den vergangenen 2 bis 3 Jahren rasch weiterentwickelt.

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Veranstalter der open4data.at - challenge 2016 war die Plattform Digitales:Österreich (Informations- und Kommunikationstechnik-Strategie (IKT) des Bundes im Bundeskanzleramt).

Es gab bei open4data.at parallel eine Expertenjury sowie eine Online-Bewertung (Crowd judgement). Für beide Bewertungsformen wurden für alle Einreichungen 4 generelle Bewertungsbereiche in Kriterien aufgegliedert und zwar in Nutzen, Originalität, Qualität, Umsetzbarkeit und Marktpotential.

Zusätzlich sind pro Kategorie beziehungsweise Sonderpreis weitere themenspezifische Kriterien zur Anwendung gekommen.

Die Challenge wandte sich auch an Jugendliche, Schülerinnen und Schüler sowie an Studierende.

In der Kategorie Ideen wurden folgende Projekte ausgezeichnet:

- 23° - Die Welt in Zahlen. (Beste Einreichung)
- Visualisierung der Flüchtlingsdaten (Auszeichnung)
- Wienbibliothek iOS-App-Konzept (Auszeichnung)

In der Kategorie Datensätze wurden folgende Projekte ausgezeichnet:

- Bedarfsverkehre in Österreich (Beste Einreichung)
- Klimareferenzkarten 1961-1990 Österreich (Auszeichnung)
- Tiroler Berge (Auszeichnung)

In der Kategorie Lösungen wurden folgende Projekte ausgezeichnet:

- Wave (Beste Einreichung)
- Lösung zur kontextorientierten Echtzeit-Abfrage von Parkraum-Informationen (Auszeichnung)
- Steirische Vielfalt visualisiert - Web-App zur Visualisierung offener sozio-demographischer Daten (Auszeichnung)

Den Sonderpreis data4people - Smart Vienna Data erhielt "Wave" und der Sonderpreis ODP-Connect ging an "Tiroler Berge".

Die Auszeichnung des Top-Themas Verkehr ging an "Wave" und die Auszeichnung für das Top-Thema Open Data im Energiesystem der Zukunft ging an "Digitaler Energie Ausweis".

Mehr Informationen zu den Siegerprojekten finden Sie unter:

www.digitales.oesterreich.gv.at/web/digitales-osterreich/preistragerinnen-und-preistrager

Veranstalter der open4data.at - challenge 2016 war die Plattform Digitales:Österreich (Informations- und Kommunikationstechnik-Strategie (IKT) des Bundes im Bundeskanzleramt). Kooperationspartner sind das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, die Stadt Wien, die Wirtschaftsuniversität Wien (Department of Strategy and Innovation, Institute for Strategy, Technologie and Organization, Department of Information Systems and Operations, Institute for Information Business) und die Donauuniversität Krems (Department für E-Governance in Wirtschaft und Verwaltung). Weitere Themenpartner und Unterstützer aus dem "Open data"-Umfeld trugen zum Gelingen der Challenge bei.

www.open4data.gv.at

„Politische Bildung“ als eigenes Unterrichtsfach; 50 Punkte – Plan zur Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich (BMEIA)

Durch die derzeitigen Fluchtbewegungen hat und wird unser Schulsystem auch zukünftig vermehrt mit Schüler/innen zu tun haben, die aus Gebieten mit teils sehr divergierenden Grundvorstellungen zum gesellschaftlichen Zusammenleben kommen. Eine pluralier werdende Gesellschaft wirft viele Fragen des Zusammenlebens auf. Daher erscheint es notwendig, auch im Bildungsbereich frühzeitig Werthaltungen zu Demokratie, Menschenrechten und zu einem Zusammenleben in Freiheit und

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

gegenseitiger Verantwortung zu vermitteln. Diese neue Schwerpunktsetzung soll durch ein eigenes Pflichtfach „Politische Bildung“ erfolgen.

Elemente der „Politischen Bildung“ sind darüber hinaus in die Maßnahmen der Basisbildung sowie in den Maßnahmen zum Nachholen eines Pflichtschulabschlusses integriert angeboten.

Umsetzungsstand/Perspektive: Verhandlungen geplant

Kooperationspartner: BMB, Bundesländer

www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Publikationen/Integrationsplan_final.pdf

Bundes-Jugendförderungsgesetz – Förderschwerpunkt 2015/2016: Digitalisierung/Medienkompetenz (BMFJ)

Medien stellen die Gesellschaft seit jeher vor Herausforderungen. Die Digitalisierung der medialen Angebote bringt dabei einmal mehr neue Anforderungen an die Medienkompetenz der Menschen mit sich. Speziell Kindern und Jugendlichen fällt es bei manchen Aspekten der Medienkompetenz leicht, wahre „Profis“ zu werden und die medialen und digitalen Chancen und Möglichkeiten für sich nutzbar zu machen. In anderen Aspekten sind sie jedoch umgekehrt besonderen Risiken ausgesetzt und bedürfen der Unterstützung, um mit diesen Risiken umgehen zu können oder Chancen zu erkennen. Unter diesem Förderschwerpunkt sind daher Projekte zurechenbar, die darauf abzielen, die Medienkompetenz in einem breiten und umfassenden Sinn zu stärken. Zielgruppe können dabei sowohl die Heranwachsenden wie auch Multiplikator/innen sein.

Das BMFJ förderte im Jahr 2015 insgesamt 34 Projekte zu diesem Förderschwerpunkt in einer Gesamthöhe von € 531.537,13.

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE - BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Maßnahmen der Bundesjugendvertretung und Bundesnetzwerke

Die Bundesjugendvertretung – als gesetzlich eingerichtete Kinder- und Jugendvertretung – und die beiden Bundesnetzwerke für Offene Jugendarbeit und für Jugendinformation sind gemeinsam die zentralen Säulen der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit in Österreich. In dieser Funktion waren sie von Anfang an in die Entwicklung und Umsetzung der Österreichischen Jugendstrategie eingebunden.

Die nachfolgende Übersicht bietet eine Auswahl von exemplarischen Beispielen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) der Maßnahmen und Aktivitäten die seitens der Bundesjugendvertretung, der Netzwerke und ihrer jeweiligen Mitgliedsorganisationen gesetzt werden. Sie zeigen auch auf, welchen Beitrag die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit für die Umsetzung des Rahmenziels leistet.

Die Auswahl der Beiträge für diesen Bericht stammt von den Organisationen selbst. Die Reihung der exemplarischen Maßnahmen stellt keine Wertung dar, sondern ergibt sich nach der alphabethischen Auflistung der Kurzbezeichnungen der Bundesjugendvertretung sowie den beiden Bundesnetzwerken. Innerhalb der Auflistung je Organisation werden die Maßnahmen alphabethisch nach ihrem Titel gereiht.

STRATEGISCHES ZIEL WAHLBETEILIGUNG

Demokratiewerkstatt des Parlaments (BJV)

Im Auftrag der Parlamentsdirektion erarbeitete die Bundesjugendvertretung 2015 in einem kollaborativen Prozess ein Konzept für ein Lehrlingsmodul der Demokratiewerkstatt. Es wurden Expert/innen der politischen Bildung, Berufsschullehrer/innen und Lehrlinge selbst interviewt. Die Ergebnisse der Gespräche flossen in das Konzept für mehrere Workshops ein: Drei Workshops für Lehrlinge, ein Workshop für Multiplikator/innen sowie ein Workshop für Gäste von Workshops (insbesondere Politiker/innen). Um die Ergebnisse der Workshops sowohl den Teilnehmer/innen als auch allen Interessierten zur Verfügung stellen zu können, wurde auch eine Website für das Lehrlingsmodul konzipiert und umgesetzt. Die Workshops werden ab 2016 regelmäßig von der Demokratiewerkstatt des Parlaments durchgeführt.

Fachbeirat Politische Bildung der Bundesregierung (BJV)

Zur Umsetzung des Regierungsvorhabens, ein neues Modul für Politische Bildung an Schulen zu implementieren, wurde ein Fachbeirat im Bundesministerium für Bildung und Frauen eingerichtet, in dem auch die Bundesjugendvertretung (BJV) intensiv mitarbeitete. Schwerpunktthemen waren die Erarbeitung des neuen Grundsatzes und eines neuen Lehrplans im Bereich Politische Bildung.

Info- und Motivationskampagnen der BJV (BJV)

Zu allen bundesweit stattfindenden Wahlen und sogar zur Wehrpflicht-Volksbefragung 2013 setzte die BJV in den letzten Jahren Maßnahmen, die junge Wähler/innen informierten und sie motivierten, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Neben Kurzportraits der Spitzenkandidat/innen und einem Jugend-Check zu den unterschiedlichen Positionen der Parteien gab es im Rahmen aller Kampagnen Veranstaltungen, bei denen sich junge Wähler/innen mit Politiker/innen austauschen und sich so ein Bild machen konnten. Die umfangreichsten und nachhaltigsten Aktivitäten fanden im Rahmen von [junge.stimmen.für.europa](#) im Vorfeld der EU-Parlamentswahlen 2014 statt: in Kombination mit vier interaktiven Dialogveranstaltungen für junge Wähler/innen in Salzburg, Feldkirch, Graz und Wien organisierte die BJV Trainings für Multiplikator/innen aus der außerschulischen Jugendarbeit. Als Follow-up zu diesen Trainings entstand die Toolbox "Jugend - Europa - Politik", die in einer Auflage von 1.500 Stück gedruckt werden konnte und mittlerweile vergriffen ist. Als Download steht die Toolbox aber nach wie vor kostenlos zur Verfügung: www.bjv.at/activities/toolbox-jugend-europa-politik/

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Initiative BILDUNG.MACHT.POLITIK (BJV)

Aus Sicht der BJV hinkt die Politische Bildung in Österreich der Wahlaltersenkung, die 2007 umgesetzt wurde, massiv hinterher. Die BJV initiierte daher im Herbst 2013 ein breites Bündnis, in dem 34 Organisationen aus dem Bereich der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit mehr und bessere sowie flächendeckende, qualitätsvolle Politische Bildung forderten. Neben einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der Bundesschulsprecherin und dem Vorsitzenden der Österreichischen Hochschüler/innenschaft zeigte vor allem auch das Video zur Initiative den akuten Handlungsbedarf auf und erläutert konkrete Maßnahmen für Verbesserungen. Zahlreiche Forderungen der Initiative sind nach wie vor aufrecht und so wie auch das Video unter www.bildungmachtpolitik.at zu finden.

Positionspapier der BJV zum Thema Politische Bildung (BJV)

Politische Bildung ist der Grundstein für Partizipation. Nur wenn junge Menschen über demokratisches Bewusstsein, die entsprechenden Kompetenzen und das nötige Wissen verfügen, ist es ihnen auch möglich, sich an politischen Prozessen und Entscheidungen zu beteiligen. Für eine lebendige Demokratie ist es daher unerlässlich, adäquate Bildungsangebote für junge Menschen zur Verfügung zu stellen. Neben der Einführung von Politischer Bildung als eigenes Unterrichtsfach ab der 5. Schulstufe fordert die BJV u.a. Verbesserungen bei der Aus- und Fortbildung von Lehrer/innen, die Entwicklung neuer und die Überarbeitung bestehender Unterrichtsmaterialien sowie die Förderung von außerschulischer politischer Bildung und die Kooperation von non-formalem und formalem Bildungssektor.

Vorbereitungsworkshop Jugendlandtag „I-Part“ (Österreichische Jugendinfos, akzente Jugendinfo Salzburg)

Damit Jugendliche gut informiert am Salzburger Jugendlandtag teilnehmen können, bietet die akzente Jugendinfo Salzburg allen Teilnehmer/innen einen freiwilligen Demokratie- und Mitbestimmungsworkshop. Hier geht es um Wahlen, Grundrechte, selbst aktiv werden und welche Entscheidungen unser demokratisches Miteinander bestimmen.

Termin in 2016: 5. Februar 2016, 10–12 Uhr in der akzente Jugendinfo

Kooperationspartner/innen: Land Salzburg

<http://jugendlandtag.jimdo.com>

STRATEGISCHES ZIEL JUGENDBETEILIGUNG

Jugenddelegierten-Programme der BJV (BJV)

Die BJV hat in den letzten Jahren drei Jugenddelegierten-Programme eingerichtet, denen auf europäischer und internationaler Ebene eine zentrale Rolle bei der Vertretung der Interessen von jungen Menschen zukommt.

Alle Delegiertenprogramme werden offen ausgeschrieben werden und die Auswahl erfolgt transparent und nach im Vorhin festgelegten Kriterien, wie bspw. inhaltliche und sprachliche Kompetenzen.

Die Europäischen Jugenddelegierten nehmen ihre Aufgaben im Regelfall für zwei Jahre wahr und vertreten Österreich bei den EU-Jugendkonferenzen und in den Gremien des Europäischen Jugendforums, bei dem die BJV als nationale Jugendvertretung Mitglied ist.

Jedes Jahr entsendet die BJV auch eine bzw. einen UN-Jugenddelegierte/n zur Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York.

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Das Internet Youth Delegate Programm ist 2015 im Rahmen eines transnationalen Erasmus+ Projektes entwickelt worden und zunächst auf zwei Jahre ausgelegt. Zentrales Ziel ist es, junge Menschen in nationale, europäische und globale Internet Governance Foren (IGFs) und netzpolitische Prozesse einzubinden und die Interessen junger Menschen bspw. zu Fragen wie Datenschutz, Medienbildung/kompetenz oder Schutz vor Diskriminierung im Netz einzubringen.

Detaillierte Informationen zu allen Jugenddelegierten-Programmen sowie Blog-Posts der Jugenddelegierten sind unter www.bjv.at/politik/internationales/ zu finden.

Positionspapier der BJV zum Thema Beteiligung (BJV)

Beteiligung bedeutet aus Sicht der BJV, dass sich Kinder und Jugendliche bei Entscheidungen und Prozessen, die sie betreffen, beteiligen und aktiv ihre Lebensbereiche mitgestalten können müssen. Das bedeutet auch, dass dabei Erwachsene einen Teil ihrer Einflussmöglichkeiten abgeben und Kinder und Jugendliche damit vermehrt über die eigene Lebensgestaltung bestimmen können.

Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit ist ein wichtiger Lernort für Beteiligung: die in diesem Bereich tätigen Vereine, im Speziellen Jugendorganisationen, bieten für viele Kinder und Jugendliche geeignete Formen der Beteiligung an und ermöglichen das Kennenlernen von demokratischen Prozessen. Der Förderung der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit kommt daher eine besondere Bedeutung zu, wenn es um die Förderung der Beteiligung von jungen Menschen geht.

Die BJV setzt sich in allen Bereichen für mehr Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ein und fordert u.a. den Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, Politische Bildung als eigenes Unterrichtsfach ab der 5. Schulstufe, die Einführung des Wahlrechts für Nicht-Staatsbürger/innen sowie Maßnahmen gegen Partizipationshemmer wie Armut und geringe Bildung.

Dialogkonferenzen; Beteiligung von jungen Menschen im Rahmen des Strukturierten Dialogs (BJV)

Jugendbeteiligung in Österreich einen Schritt voranbringen - das war das Motto der beiden Dialogkonferenzen, die 2015 in Velden und Bregenz stattfanden.

Ziel der Dialogkonferenzen war es, junge Menschen und Menschen aus Politik und Verwaltung aus jeweils fünf Regionen zusammenzubringen. Drei Tage lang tauschten sich im Juni und September junge und ältere Dialogteilnehmer/innen auf Augenhöhe aus und konnten so Beteiligungskultur erleben und gestalten. Insgesamt nahmen an den Dialogkonferenzen rund 150 Personen teil, von denen 90 unter 30 Jahren alt waren (siehe dazu auch Exkurs: Der Strukturierte Dialog in Österreich, S. 111)

Die Ergebnisse der beiden Dialogkonferenzen reichen von konkreten Projektideen über Vernetzung und Projektpartnerschaften bis hin zu Gemeinsamen Empfehlungen für die Umsetzung von Beteiligungskultur in Österreich.

Lokale Dialoge; Beteiligung von jungen Menschen im Rahmen des Strukturierten Dialogs (BJV)

Von Januar bis September 2015 fanden in ganz Österreich sogenannte Lokale Dialoge statt. Ziel war es, junge Menschen an politischen und gesellschaftlichen Prozessen im lokalen Kontext teilhaben lassen. 27 Jugendorganisationen und -gruppen organisierten Diskussionen und Aktionen zu unterschiedlichen Themen und erreichten so insgesamt damit 442 Jugendliche im direkten Kontakt. Die Ergebnisse dieser Lokalen Dialoge sind in den Online-Dialog eingeflossen (siehe dazu auch Exkurs: Der Strukturierte Dialog in Österreich, S. 111)

Online-Dialog; Beteiligung von jungen Menschen im Rahmen des Strukturierten Dialogs (BJV)

Zu jedem Schwerpunktthema des Strukturierten Dialogs findet eine EU-weite Befragung von jungen Menschen statt. In Österreich werden die Antworten über eine Dialogplattform im Internet gesammelt.

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Zum Thema „Gemeinschaft gestalten! Aber wie?“ gab es 2015 erstmals einen solchen Online-Dialog. Dieser Online-Dialog ist als Fortführung der direkten Gespräche bei den Lokalen Dialogen angelegt. Die Dialogplattform ist offen für alle Interessierten und ermöglicht die weitere Diskussion von Vorschlägen und Ideen über die lokale und regionale Ebene hinaus (siehe dazu auch Exkurs: Der Strukturierte Dialog in Österreich, S. 111).

Partizipation als Handlungsprinzip der Offenen Jugendarbeit (bOJA)

Offene Jugendarbeit sieht Partizipation als eines ihrer wesentlichen Arbeitsprinzipien. Die Beteiligung junger Menschen an Gestaltungsprozessen, die Unterstützung ihrer Selbstorganisationsfähigkeit und der Artikulation ihrer Interessen in unterschiedlichen Zusammenhängen (persönliche Interessen, lebensweltsspezifische Interessen, gesellschaftliche und politische Interessen) stellt als Förderung ihrer Partizipation ein wichtiges Handlungsprinzip der Offenen Jugendarbeit dar.

www.boja.at/fileadmin/download/bOJA/1_Handbuch_Qualitaet_OJA_Onlineversion.pdf

Salzburger Schulsprecher/innentreffen (Österreichische Jugendinfos, akzente Jugendinfo Salzburg)

Sechs Mal im Jahr werden gemeinsam von akzente Jugendinfo und der Landesschüler/innenvertretung Treffen für die Schulsprecher/innen des ganzen Landes Salzburgs organisiert. Ziel ist es, Schulsprecher/innen, Klassensprecher/innen und interessierten Schüler/innen eine Diskussionsplattform zu bieten, um sich kennenzulernen, sich auszutauschen und über aktuelle Themen zu diskutieren. Zwei der sechs Treffen sind landesweite Treffen und finden zentral in Salzburg Stadt statt. Weitere vier Treffen, "Bezirksbrunch" genannt, finden im kleineren Rahmen in den Bezirken statt.

Kooperationspartner/innen: Landesschüler/innenvertretung

http://jugendinfo.akzente.net/bildung/schule/vertretung_der_schuelerinnen/treffen_der_schulsprecherinnen

aha Jugendinfo Vorarlberg Jugendteams (Österreichische Jugendinfos, Jugendinfo Vorarlberg aha)

Jugendliche gestalten und arbeiten aktiv im Jugendinformationszentrum Vorarlberg mit: Berichterstattung, Videos, Fotos, Moderation, Recherche, peer-to-peer Tätigkeiten an Schulen. Das peer-to-peer Projekt/Angebot wird laufend ausgebaut: derzeit sind 39 Jugendliche in verschiedenen Tätigkeiten involviert.

www.aha.or.at/ueber-aha/team/jugendteams

Internationale Projekte als Beitrag zu Jugendbeteiligung (Nationalagentur Erasmus+: Jugend in Aktion)

Die aktive Beteiligung junger Menschen, sowohl in ihrem direkten Umfeld als auch auf politischer Ebene, ist der Europäischen Kommission ein großes Anliegen. Bei internationalen Projekten, die durch das EU-Programm „Erasmus+: Jugend in Aktion“ gefördert werden, ist der partizipative Ansatz daher ein zentrales Element. Die Jugendlichen sollen aktiv in die Projektgestaltung und -umsetzung eingebunden werden. Auch Jugendarbeiter/innen können in internationalen Weiterbildungsmaßnahmen Methoden erfahren, wie sie ihre Angebote partizipativ gestalten können und sich von Kollegen und Kolleginnen aus dem Ausland inspirieren lassen.

Kooperationspartner/innen: BJV

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Jugendbegegnung Therapeutische Gemeinschaft: Settle 2.0; Internationale Projekte als Beitrag zu Jugendbeteiligung (Nationalagentur Erasmus+: Jugend in Aktion)

Die Jugendbegegnung Settle 2.0 fand vom 9. bis zum 16. August 2014 in Tragöß/Steiermark statt. Die 25 Jugendlichen aus Österreich, den Niederland und Estland setzten sich gemeinsam mit dem Thema Demokratie auseinander. Mit Hilfe unterschiedlicher kreativer Methoden und Übungen erarbeiteten sie all jene Punkte, die ihnen zum Thema Demokratie wichtig waren. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung konnten die Jugendlichen zugleich ihre sozialen und sprachlichen Kompetenzen ausbauen und ihr Verständnis für die kulturelle Vielfalt und das Leben in der europäischen Union wurde gestärkt.

Ziel des Projektes war es, die Teilnehmer/innen für politisches Denken zu sensibilisieren, ihr Wissen über Demokratie zu erweitern und zu festigen sowie auch andere politische Regierungsformen kennenzulernen. Neben der gemeinsamen Erarbeitung des Hauptthemas, wurde den Jugendlichen viel Raum für die Stärkung interkultureller Kompetenzen geboten. Dies konnte unter anderem durch die Vermittlung der eigenen Kultur sowie die Reflexion in der Gruppe ermöglicht werden.

Den Teilnehmer/innen wurde die Möglichkeit geboten, die Vorteile einer inklusiven Gemeinschaft auf internationaler Ebene zu verstehen und in ihrer Heimat weiterzuleben. Viele der teilnehmenden Jugendlichen haben aufgrund ihres sozialen Hintergrunds nicht die Möglichkeit, mit anderen Nationen in Kontakt zu treten. Bei der Jugendbegegnung „Settle 2.0“ hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Chance neue internationale Freundschaften aufzubauen und dadurch Vorurteile abzubauen. Das dies geschah lässt sich daran beobachten, dass viele der Jugendlichen nach wie vor auf diversen Social Media Plattformen miteinander in Kontakt stehen. Da die Sprache im Camp Englisch war, konnten die Jugendlichen ihre sprachlichen Kompetenzen im geschützten Rahmen ausprobieren und dadurch auch verbessern. In den Reflexionszeiten wurde den Jugendlichen ein Gefühl für demokratische Gesprächsführung vermittelt und somit ihre Reflexionsfähigkeit gestärkt.

Die Förderung der Kreativität während der gesamten Jugendbegegnung hatte einen großen Stellenwert. In den einzelnen Aktivitäten konnten die Jugendlichen Materialien und Techniken des kreativen Gestaltens kennenlernen. Durch das gemeinsame Erarbeiten eines Liedes mit einer heimischen Band sowie die Produktion eines Videos über die Jugendbegegnung wurde die Kreativität der Teilnehmerinnen und Teilnehmer angeregt. Ganz konkret wurden outdoor- und theaterpädagogische Maßnahmen eingesetzt. Außerdem hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, theoretisches Wissen zum Thema Demokratie, welches sie sich im Verlauf des Projektes aneigneten, praktisch, in einer selbsterrichteten Kartonstadt, zu erproben.

Fachkräfteaustausch : Art Attack - künstlerische Formen zur Förderung gesellschaftlicher Partizipation; Internationale Projekte als Beitrag zu Jugendbeteiligung (Nationalagentur Erasmus+: Jugend in Aktion)

Das Projekt „ArtAttack“ von vom 17.8.2014. bis 31.08.2014 in St. Pölten statt. Ziel dieses Fachkräfteaustausches war es, die Kompetenzen von Fachkräften in der Jugendarbeit an der Schnittstelle von gesellschaftspolitischem Engagement und künstlerischem Ausdruck zu fördern. Der Fokus lag dabei auf der Vermittlung von emanzipatorischen, partizipativen und selbstorganisierten Formaten.

ArtAttack leistete somit einen Beitrag zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe junger Menschen, indem den Jugendarbeiter/innen verschiedene Methoden und Handreichungen vermittelt wurden, die um Jugendliche zu befähigen ihre Anliegen über kreative Kommunikation zum Ausdruck zu bringen. ArtAttack ermöglichte einen transnationalen und transkulturellen Austausch über theoretische Hintergründe partizipativer und emanzipatorischer Jugendarbeit, über Möglichkeiten der Sensibilisierung für gängige Diskriminierungsmuster und deren Abbau, über Methoden zur Übertragung gesellschaftspolitischer Anliegen durch kreative Ausdrucksformen und Aktionismus sowie über Strategien zur Unterstützung von Jugendlichen, die ihre Anliegen künstlerisch sichtbar machen und selbstständig Ideen verwirklichen möchten.

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Die Teilnehmer/innen von ArtAttack erweiterten außerdem ihre Kenntnisse an kreativen Ausdrucksformen und handwerklich-technischen Fähigkeiten, die sie in der Jugendarbeit einsetzen können.

Themen der Fortbildung waren u.a. Feminist Street Art, Theater der Unterdrückten, Radiosendungen selber machen, LGBT* als widerständige Praxis, Siebdruckwerkstatt, Elektrotechnisches Basteln

Kooperationspartner/innen: Lithuanian Gay League (LGL) in Litauen, Culture of Tolerance Foundation aus Polen/Krakau, Radio Unerhört Marburg e.V in Deutschland, Fundacja na Rzecz Wspierania Kultur Alternatywnych i Ekologicznych (FnRWKAiE - Stiftung zur Unterstützung von Alternativen und ökologischen Kulturen) Polen/Wolimierz und bottom@up, eine informelle Gruppe aus Österreich/Innsbruck.

Fachkräfteaustausch: Acting Youth-Connecting Europe; Internationale Projekte als Beitrag zu Jugendbeteiligung (Nationalagentur Erasmus+: Jugend in Aktion)

Das Projekt „Acting Youth-Connecting Europe“ ist ein Trainingskurs, der von 6.10.2014 bis 14.10.2014 in Linz/ Gallneukirchen stattgefunden hat. 20 Teilnehmer/innen, die in ihrer Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen zu tun haben, konnten sich Wissen über kreativen Methoden aneignen, die die Partizipation von Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben – insbesondere auf der lokalen Ebene – fördern.

Inhalte des Kurses waren: Theatermethoden, Soziales Theater, Community Projects planen

Kooperationspartner/innen: Partnerorganisationen aus Großbritannien, Italien, Spanien, Bulgarien, Griechenland, Frankreich, Litauen Rumänien, Mazedonien

STRATEGISCHES ZIEL FREIWILLIGES ENGAGEMENT

Lobbying für junge Freiwillige (BJV)

Anlässlich des Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeiten veranstaltete die BJV auf Einladung der damaligen Nationalratspräsidentin Barbara Prammer eine Enquête mit dem Titel „Umsonst - und sonst?“, die im November 2011 in den Räumlichkeiten des Parlaments stattfand. Bei der Veranstaltung wurden verschiedene Aspekte des freiwilligen Engagements von zahlreichen jungen Freiwilligen, Expert/innen sowie Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung diskutiert.

Als konkreter Erfolg der Veranstaltung konnte die BJV die Tatsache verbuchen, dass durch das neu geschaffene Freiwilligengesetz die lang geforderte gesetzliche Absicherung von etablierten Freiwilligendiensten erreicht werden konnte.

Nach wie vor gilt es jedoch aus Sicht der BJV an förderlichen Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement von jungen Menschen zu arbeiten. Aus diesem Grund vernetzt sich die BJV mit jungen Freiwilligen und Freiwilligendiensten und bringt sich kontinuierlich im Rahmen des Freiwilligenrats, bei Arbeitstreffen mit dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz sowie über Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen konstruktiv ein.

Positionspapier der BJV zum Thema Freiwilliges Engagement (BJV)

Das Thema Freiwilliges Engagement ist von vitalem Interesse für die BJV: alle Organisationen, die in der BJV vertreten sind, leben von freiwilligem Engagement junger Menschen. So unterschiedlich die Mitgliedsorganisationen sind, so vielfältig engagieren sich junge Menschen. Die BJV setzt sich in ihrem Positionspapier Freiwilliges Engagement (2010) dafür ein, dass dieses Engagement eine adäquate gesellschaftliche und politische Wertschätzung erfährt. Dabei geht es zum einen um Sichtbarmachen und Bewusstseinsbildung, zum anderen aber konkret um die Verbesserung der Situation von

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

jungen Freiwilligen, bspw. durch rechtliche Absicherung, Abgeltung von finanziellem Aufwand und der Anrechnung von non-formal erworbenen Kompetenzen.

aha Info-Folder „Aktiv werden - Freiwilligentätigkeit in Vorarlberg“ (Österreichische Jugendinfos, Jugendinfo Vorarlberg aha)

Der Folder der aha Jugendinfo Vorarlberg listet Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement und Beteiligung in Vorarlberg auf.

www.aha.or.at/freizeit/freiwillig-engagieren

Auslandscheck-Veranstaltungen (Österreichische Jugendinfos, akzente Jugendinfo Salzburg)

Die akzente Jugendinfo Salzburg bietet unter dem Motto „Auslandscheck“ Infoabende zum Thema „Auslandserfahrungen“ in der Jugendinfo an. Neben den Themenabenden in der Stadt Salzburg werden auch Termine in die Regionen angeboten, um kostenlos & unverbindlich über die verschiedenen Auslandsaufenthalte zu informieren!

7 Veranstaltungen von Jänner-März 2016

http://jugendinfo.akzente.net/international/mach_den_auslands-check

Informationsberatung zur Förderung freiwilliger sozialer Einsätze (Österreichische Jugendinfos, Jugendinfo Vorarlberg aha)

Information und Beratung über Fördermöglichkeiten des Landes Vorarlberg für junge Menschen, die freiwillige soziale Einsätze planen. Das Angebot besteht bereits seit mehreren Jahren.

Kooperationspartner/innen: Amt der Vorarlberger Landesregierung

www.aha.or.at/freizeit/freiwillig-engagieren

Europäischer Freiwilligendienst (Nationalagentur Erasmus+: Jugend in Aktion)

Der Europäische Freiwilligendienst (EFD) bietet seit 1996 jungen Menschen die Möglichkeit, für einige Zeit ins Ausland zu gehen und sich dort Vollzeit in einem gemeinnützigen Projekt oder in einer Organisation zu engagieren. Für eine Teilnahme sind keinerlei Vorkenntnisse erforderlich und die Liste der möglichen Einsatzstellen ist vielfältig. Die Freiwilligeneinsätze dauern in der Regel zwei bis zwölf Monate, können jedoch für benachteiligte Zielgruppen oder besondere Projekte auch lediglich zwischen zwei Wochen und zwei Monaten dauern.

Der EFD fördert das freiwillige Engagement junger Menschen, stärkt ihr Europäisches Bewusstsein und ermöglicht den Teilnehmer/innen wichtige Arbeitserfahrung und Sprachkenntnisse zu erwerben.

Aktuell nehmen jährlich rund 200 junge Österreicher/innen am EFD teil. Im Gegenzug absolvieren etwa 120 junge Erwachsene aus ganz Europa ihren Freiwilligendienst in Österreich und bereichern den Alltag von (Jugend)Organisationen hier mit ihrem Engagement. Es gibt österreichweit rund 100 Einsatzstellen, die Freiwillige aufnehmen und ihre Zahl steigt stetig an. Interessierte (Jugend)organisationen, die gerne Freiwillige bei sich aufnehmen möchten, können sich beim Interkulturellen Zentrum – Nationalagentur Erasmus+: Jugend in Aktion bewerben.

Der EFD feiert im Jahr 2016 sein 20jähriges Bestehen. Gefördert wird dieser Freiwilligendienst durch die EU im Rahmen des Programms „Erasmus+: Jugend in Aktion“. Die bereitgestellten Fördermittel werden erfreulicherweise im Jahr 2017 stark ansteigen, die Nationalagentur sucht daher verstärkt Organisationen in Österreich, die gerne Freiwillige engagieren wollen. Die Nationalagentur bietet

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

gemeinsam mit ihren Regionalstellen in den Bundesländern Informationen und Schulungen für interessierte Organisationen an.

Kooperationspartner/innen: Regionalstellen für Erasmus+: Jugend in Aktion in allen Bundesländern, Kontakt: www.jugendinaktion.at/regionalstellen

www.jugendinaktion.at/europaeischer-freiwilligendienst

www.jugendinaktion.at/europaeischer_freiwilligendienst_download

http://europa.eu/youth/EU/voluntary-activities/european-voluntary-service_en

ÜBERGREIFENDE MASSNAHMEN ZUM RAHMENZIEL BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

In diesem Abschnitt finden sich jene Maßnahmen wieder, die nicht explizit auf ein Strategisches Ziel abzielen, sondern gesamtübergreifend zum Rahmenziel Beteiligung und Engagement inklusive mehreren Strategischen Zielen einen wertvollen Beitrag leisten.

Die Maßnahmen stellen einen exemplarischen Auszug dar. Die Reihung der exemplarischen Maßnahmen stellt keine Wertung dar, sondern ergibt sich nach der alphabethischen Auflistung der Kurzbezeichnungen der Bundesjugendvertretung sowie den beiden Bundesnetzwerken. Innerhalb der Auflistung je Organisation werden die Maßnahmen alphabethisch nach ihrem Titel gereiht.

Jährlicher Tag der Offenen Jugendarbeit (bOJA)

Die Bandbreite des Handlungsfelds der Offenen Jugendarbeit wird einmal pro Jahr gebündelt an einem Tag, den 3. Freitag im Juni, bundesweit sichtbar gemacht.

Ziel des Tages ist das Sichtbarmachen der Vielfalt, der Originalität, der Bandbreite an Themen, der Professionalität (Qualität) und des Potentials von Offener Jugendarbeit.

Weitere Ziele sind:

- Information über Offene Jugendarbeit - konkret und realitätsbezogen
- Sensibilisierung und Meinungsbildung für die Bedeutung von Offener Jugendarbeit - Lust machen auf Offene Jugendarbeit
- Verankerung von Offener Jugendarbeit und deren Aktivitäten in den Köpfen der Menschen – nachhaltig und einfühlsam
- Legitimation von Offener Jugendarbeit – Erläuterung, dass Bundesländer und Gemeinden die Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit zu Recht mit zeitgemäßer, jugendgerechter und gesellschaftsfördernder Jugendarbeit beauftragen
- Vernetzung, Bestätigung, Ansporn

Als primäre Zielgruppe des Tages der OJA gilt die breite Öffentlichkeit, die über Aktionen und die OJA allgemein informiert wird. Außerdem ist der Tag der OJA ein besonderer Tag für die Fachkräfte der Offenen Jugendarbeit, denen die Möglichkeit gegeben wird ihre facettenreichen Tätigkeiten sichtbar zu machen.

www.boja.at/im-fokus/tag-der-oja/

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Projektunterstützungen zur Offenen Jugendarbeit (bOJA)

Im Jahr der Jugendarbeit 2016 richtete bOJA mit Unterstützung des BMFJ einen Kleinprojektetopf ein, der Maßnahmen, Aktivitäten und Initiativen unterstützt, die dazu beitragen, die gesellschaftliche Bedeutung der Offenen Jugendarbeit in Österreich sichtbar zu machen. Projekte ordnen sich inhaltlich einem der 3 Rahmenziele der Nationalen Jugendstrategie des BMFJ zu. Eine einreichende Stelle (aus der Offenen Jugendarbeit) kann mit bis zu € 5.000.- unterstützt werden.

www.boja.at/im-fokus/jahr-der-jugendarbeit/projektetopf/

Workshops „Safer Internet“ (Österreichische Jugendinfos, akzente Jugendinfo Salzburg)

Neue Medien und das Internet sind aus den Lebenswelten junger Menschen nicht mehr wegzudenken. Umso wichtiger ist es, Jugendliche auf die möglichen Gefahren hin, zu sensibilisieren. Mit dem Workshop zum Thema „Sicher im Netz“ will u.a. die akzente Jugendinfo Salzburg die Medienkompetenz von Jugendlichen stärken und zu einem kritischen Umgang mit den Neuen Medien anregen.

Workshops für Jugendgruppen und Schulklassen auf Anfrage

Kooperationspartner/innen: Safer Internet

<http://jugendinfo.akzente.net/bildung/workshops>

MASSNAHMEN BUNDESLÄNDER - BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Maßnahmen der Landesjugendreferate

Im Rahmen der „Jugendoffensive 2020“ (siehe Jugendoffensive 2020, S.42) haben die für Jugendfragen zuständigen Landesräte und Landesrätinnen beschlossen, ihrerseits die Umsetzung der Österreichischen Jugendstrategie zu unterstützen.

Nachfolgende Übersicht bietet eine Auswahl von exemplarischen Beispielen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) der Maßnahmen und Aktivitäten der jeweiligen Landesjugendreferate, die im Rahmen ihrer Tätigkeit gesetzt werden und die einen Beitrag zur Umsetzung des Rahmenziels leisten.

Die Auswahl der Beiträge für diesen Bericht stammt von den Landesjugendreferaten selbst. Die Reihung der exemplarischen Maßnahmen stellt keine Wertung dar, sondern ergibt sich nach der alphabethischen Reihung der Bundesländer. Innerhalb der Auflistung je Bundesland werden die Maßnahmen alphabethisch nach ihrem Titel gereiht.

STRATEGISCHES ZIEL WAHLBETEILIGUNG

Refresh Politics (Niederösterreich)

Refresh Politics macht Politik interessant und greifbar, von der Gemeindeebene bis zum Europaparlament. Es ist eine unabhängige Informationsplattform für Personen aus allen Bereichen der Politischen Bildung und erste Adresse für politisch Interessierte, die sich informieren wollen. Darüber hinaus werden mit Partnern individuelle Projekte konzipiert, damit Politik und die vielen Teilbereiche verständlicher werden.

Idee - Wie es dazu kam?

Die Idee, eine Plattform für Jugendliche zu schaffen, entstand, als beschlossen wurde, dass das Wahlalter in Österreich von 18 auf 16 Jahre gesenkt wird und man Jugendliche über ihr neues Recht aufklären muss.

Anhand einer Umfrage entstand eine jugendgerechte Infobroschüre. Durch viele Beispiele und Grafiken in dieser Informationsbroschüre sollen die verschiedenen Abläufe des politischen Systems verständlich dargestellt werden. Zusätzlich zu dieser Informationsbroschüre wurde auch eine Homepage erstellt, um diese als aktuelle Plattform zu nutzen.

Mittlerweile wurde aus dem einstigen Maturaprojekt der Verein "Refresh Politics" - die Politikplattform. In Partnerschaft mit dem Landesjugendreferat NÖ ist es gelungen, eine neue Website auf die Beine zu stellen, die jede Menge wertvolle Informationen beinhaltet.

Unter www.refreshpolitics.at kann jeder junge Mensch die Plattform besuchen und die Broschüre online bestellen.

- Wer sich für den „Newsletter“ anmeldet, ist immer top informiert und weiß aus erster Hand, welche Aktivitäten es aktuell für Politikinteressierte gibt.
- Die Österreich Broschüre dient als Crashkurs in Politik oder als Infomaterial für Jugendgemeinderäte/rätinnen. Kurz und prägnant sind darin die wesentlichen Punkte zu unserem politischen System zusammengefasst. Hier ein Blick ins Inhaltsverzeichnis: www.refreshpolitics.at/wp-content/uploads/2016/03/refreshpolitics-infobroschuere-auszug.pdf
- Wer dem Verein über Facebook folgt, erhält regelmäßig Updates zu interessanten Themen abseits der Tagespolitik: www.facebook.com/refreshpolitics/

www.refreshpolitics.at

MASSNAHMEN BUNDESLÄNDER – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

„Europa bewegt!“ (Salzburg)

Was ist die Euro-Krise eigentlich und wie entsteht sie? Gibt die EU wirklich vor, wie krumm unsere Gurken sein dürfen? Ist alles schlecht, was aus Brüssel kommt? Was macht so ein EU-Parlamentarier eigentlich? Und: Was bringt mir die EU ganz persönlich? Die Europäische Union ist ein riesiger Apparat, der für viele Menschen nicht wirklich greifbar ist – junge Menschen sollen sich selbst ein Bild von der EU & ihren Aufgaben machen können – dafür werden Expert/innen eingeladen.

Pro Jahr wird eine Veranstaltung im Pongau angeboten

Kooperationspartner/innen: EuropeDirect, Informationszentrums Südliches Salzburg – Pongau

www.akzente.net/fachbereiche/regionale-kommunale-jugendarbeit/projekte-in-den-bezirken/europa-bewegt/

„ALT GENUG – DOs! Jugendbeteiligung in der Steiermark“ (Steiermark)

In Umsetzung zweier einstimmiger Landtagsbeschlüsse setzte das Projekt „ALT GENUG – DOs! Jugendbeteiligung in der Steiermark“, das vom Land Steiermark initiiert und von den beiden Fachstellen beteiligung.st und LOGO jugendmanagement umgesetzt wurde, Maßnahmen zu den beiden Schwerpunkten „Jugendbeteiligung“ und „Wahlbeteiligung“.

Ein besonderer Schwerpunkt des Projekts lag auf der Information junger Wählerinnen und Wähler. Neben kurzen Video-Spots und einem weitreichenden Online-Auftritt via Homepage und diverser Social-Media-Plattformen, entstanden innerhalb des Projekts zahlreiche Informationsmaterialien zum Thema „Wählen“, wie zum Beispiel Folder, Flyer oder eine Arbeitsmappe mit Kopiervorlagen zur Steigerung des politischen Verständnisses und des Demokratiebewusstseins junger Menschen.

Neben der Erarbeitung von eigenen Projektideen und der Verbesserung des Lebensumfeldes von Jugendlichen, der Anregung zur Umsetzung von Jugendbeteiligungsprojekten in Kommunen oder der Ermöglichung eines Dialogs zwischen Jugendlichen und Politiker/innen, sollte das Projekt, junge Menschen dazu motivieren, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen

Zielgruppe: Jugendliche ab 16 Jahren

Dieses Steiermark weit breit angelegte Projekt wurde mit Dezember 2015 abgeschlossen. Es ist angedacht, dieses Konzept auf andere Wahlen jeglicher Art umzulegen.

Kooperationsprojekt von beteiligung.st mit LOGO Jugendmanagement

www.altgenug.st.

Jugend & Politik (Vorarlberg)

Die Angebote von „Jugend & Politik“ – Politische Bildung in der außerschulischen Jugendarbeit richten sich an Jugendliche im Alter von 14 bis ca. 19 Jahre und in der Jugendarbeit Tätige mit dem Ziel, Distanz zur Politik abzubauen und Motivation für die aktive Meinungsbildung und Beteiligung zu wecken.

Jährlich werden rund fünf „FrageRäume Politik“ durchgeführt. Der FrageRaum steht im Zeichen des aktiven Austausches und der Meinungsbildung zwischen Jugendlichen und Politiker/innen. Die teilnehmenden Jugendlichen erarbeiten in Kleingruppen Fragen/Themen. Die Gruppen werden von jedem/jeder Politiker/in einzeln besucht und die erarbeiteten Fragen/Themen diskutiert.

Das Format „FrageRaum Politik“ wird ergänzt durch Workshops zu Themen wie „Debatte“, „Film im Fokus“, „suchen, finden, entscheiden“, „Politik ganz einfach“ – inhaltlich mit dem Fokus auf Informationskompetenz im Bereich Politische Bildung.

MASSNAHMEN BUNDESLÄNDER – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Im 1. Halbjahr 2016 haben 2 Frageräume mit 225 Jugendlichen und 49 Workshops mit 916 jungen Teilnehmer/innen stattgefunden.

Zum Thema „Jugend & Politik“ wurde für Projekte der außerschulischen Jugendarbeit eine Förderschiene eingerichtet. Bei den ersten beiden Antragsfristen im Jahr 2016 erhielten drei Projekte eine Förderzusage mit einer Gesamtfördersumme von ca. 9.000 Euro.

Kooperationspartner: aha – Tipps & Infos für junge Leute, koje – Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung, Landesjugendbeirat, Kinder- und Jugendanwaltschaft

www.aha.or.at/ueber-aha/angebot/workshops-praesentationen-mehr-1/frageraum-politik-event

STRATEGISCHES ZIEL JUGENDBETEILIGUNG

Jugendlandtag (Burgenland)

Durchführung des 7. Jugendlandtages ("Jugend bleibt am Wort") mit Vertretern der fünf Landtagsfraktionen nach dem Muster eines "normalen" Landtages. 36 Jugendabgeordnete werden mit der Fragestunde, Anträgen, Debatten und Beschlussfassung für eine "emotionale und lebendige Demokratie" im Landhaus sorgen.

Eisenstadt, Landhaus, 10. November 2016

Kreativ-Workshops zur partizipativen Beteiligung Jugendlicher (Burgenland)

Ziel dieser Kreativ-Workshops ist es, Ideen für neue Angebote und Maßnahmen direkt an der Zielgruppe abzutesten bzw. diesen mit Hilfe der lebensweltlichen Expertise der an den Workshops beteiligten Jugendlichen jenen Feinschliff zu geben, der letztlich über Erfolg oder Misserfolg des Angebots bzw. der Maßnahme entscheidet.

Darüber hinaus sollen sich in den Workshops aber auch Erwartungen an die Jugendarbeit und Jugendpolitik gemeinsam mit den Jugendlichen so ausformuliert werden, dass sie der Jugendarbeit und Jugendpolitik als konkrete Planungsgrundlage dienen.

Um einen ausgewogenen Mix an jungen Lebensrealitäten zu garantieren, werden 4 Kreativ-Workshops durchgeführt. (Nord & Südburgenland, Mädchen & Burschen, Lehrlinge & Schüler/Student/innen)

Kooperationspartner: Institut für Jugendkulturforschung und Kulturvermittlung, Wien

Relaunch der Jugendarbeit und Jugendpolitik im Burgenland (Burgenland)

Unter dem Motto „Die Zukunft ist jung“ soll die Jugendarbeit und Jugendpolitik im Burgenland unter Berücksichtigung der Ergebnisse der „Jugendstudie Burgenland 2015“ im Dialog mit Akteur/innen der Jugendarbeit und Jugendpolitik sowie unter Einbindung der burgenländischen Jugend 2016 auf neue Beine gestellt werden. Im Sinne der Qualitätssicherung soll der Prozess wissenschaftlich begleitet werden. Ziel ist dabei u.a.,

- die für junge Menschen wirklich relevanten Themen aufzugreifen (z.B. Start-Wohnungen, Berufswahl und Jobperspektiven, Freizeitmöglichkeiten, Beteiligungsangebote, brennende soziale und politische Fragen etc.),
- junge Burgenländer/innen darin zu unterstützen, ihre Ideen und Anliegen in die Jugendpolitik aktiv einzubringen,
- in der Jugendarbeit verstärkt projektbezogene Initiativen zu setzen, welche die jungen Menschen aktiv in die Gestaltung neuer Projekte einbinden,

MASSNAHMEN BUNDESLÄNDER – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

- die Jugendförderung auf neue Beine zu stellen und dabei die Wünsche und Ideen der Jugendlichen zu berücksichtigen sowie
- neue Wege der Kommunikation zu gehen und innovative Ansätze für den jugendpolitischen Dialog zu finden und damit sicherzustellen, dass nicht nur ausgewählte Zielgruppensegmente erreicht werden, sondern sich vielmehr alle jungen Menschen im Burgenland angesprochen fühlen.

Das Projekt ist modular aufgebaut, für das Jahr 2016 konzipiert und soll durch das Ineinandergreifen der einzelnen Projektschritte eine kontinuierliche fachliche Begleitung der geplanten Neuaufstellung der Burgenländischen Jugendarbeit und Jugendpolitik über das gesamte „Jahr der Jugendarbeit 2016“ hinweg garantieren.

Zukunftsworkshop „Jugendarbeit im Burgenland 2020“ (Burgenland)

Im Rahmen des Zukunftsworkshops werden in einem Fachvortrag zukünftige Entwicklungen, auf die die Jugendarbeit und die Jugendpolitik frühzeitig reagieren müssen, vorgestellt und mit den Workshop-Teilnehmer/innen diskutiert. Der Fachvortrag wird auf Basis der 2013 ins Leben gerufenen, datenbankgestützten Trendbeobachtung des Instituts für Jugendkulturforschung exklusiv für das Landesjugendreferat Burgenland erstellt und zeigt wichtige Zukunftstrends für das Burgenland.

Im Anschluss an diese Trendpräsentation werden in Kleingruppen Zukunftsszenarien erarbeitet, im Plenum vorgestellt und im Hinblick auf ihre Konsequenzen für zukunftsfähige Jugendarbeit und Jugendpolitik eingehend diskutiert.

Jugend und Politik – Politik on Tour (Kärnten)

Durch ein innovatives Veranstaltungsformat wurden Politiker/innen und politische Akteure mit jungen Menschen unter 30 in einen Dialog gebracht. Eine sach- und themenbezogene Diskussion auf Augenhöhe entstand und zeigte jungen Menschen, wie politische (Alltags-)Arbeit funktioniert.

Hauptziel der Veranstaltungsreihe war es, einerseits die Herstellung einer offenen Gesprächsatmosphäre zwischen Politiker/innen und Jugendlichen und die sachbezogene Debatte von politischen Positionen auf Grundlage eines wissenschaftlichen Eingangsreferats zu gewährleisten, andererseits wurde durch das Erkennen und Diskutieren von unterschiedlichen politischen (Sach-)Meinungen aufgezeigt, dass es nicht immer um die Richtigkeit einer Meinung geht. Dadurch wurde die politische Urteilskompetenz der Teilnehmer/innen gefördert. Nach einem impulsähnlichen Vortrag durch einen Experten/eine Expertin erfolgte eine Gruppenbildung für Themenworkshops, die von den anwesenden Politiker/innen inhaltlich geleitet und auch moderiert wurden.

Die Politiker/innen diskutierten mit den Jugendlichen sachbezogen die jeweilige inhaltliche Regierungs- und Parteiposition. Die Workshopergebnisse wurden im Anschluss im Plenum präsentiert und diskutiert. Dabei ging es nicht um das Finden von einheitlichen Standpunkten, sondern die Erkenntnis, dass in der Politik unterschiedliche Sachmeinungen vertreten sind und inhaltsbezogen diskutiert werden können bzw. diese auch zu akzeptieren und tolerieren sind.

Bei Politik on Tour handelte es sich um eine Initiative, die den direkten Austausch zwischen jungen Menschen und politischen Entscheidungsträger/innen förderte.

Zielgruppe/ Alter: bis 30 Jahre

Anzahl Teilnehmer/innen: 50 bis 100 Teilnehmer/innen

Die Maßnahme wurde in Kärnten bereits umgesetzt

Kooperationspartner/innen: Landesjugendreferat Kärnten, Institut für Strategieanalysen, Schulen, Jugendverbände

www.jugend.ktn.gv.at

MASSNAHMEN BUNDESLÄNDER – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Gemeinde-Jugendrat (Oberösterreich)

Dieses Projekt hat das Landesjugendreferat im Jänner 2015 gestartet. Der Gemeinde-Jugendrat bietet eine neue, moderne Möglichkeit einen Jugendbeteiligungsprozess in Gemeinden zu initiieren, die Anliegen und Wünsche der Jugendlichen zu erfahren und konkrete Projekte mit Einbindung junger Menschen zu starten.

Ziele:

- Durch die Zufallsauswahl wird ein Abbild der Wahrnehmungen, Meinungen und Sichtweisen der Jugendlichen geschaffen.
- Themen, die Jugendlichen am Herzen liegen werden frühzeitig erkannt und Bedürfnisse werden sichtbar gemacht.
- Identifikation mit der eigenen Gemeinde und Förderung des Interesses Jugendlicher an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen.

Projektablauf:

- Abstimmungstreffen vor Ort in der Gemeinde
- Durchführung des Jugendrates: Unter qualitätsvoller Moderation werden mit 10-15 zufällig ausgewählten Jugendlichen einen Tag lang Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen ausgearbeitet. Am Ende des Tages wird ein gemeinsames Ergebnis verfasst. Das Alter der Jugendlichen soll zwischen 15-20 Jahren liegen.
- Die Ergebnisse des Jugendrates werden im Rahmen eines Jugendcafés der Öffentlichkeit präsentiert und gemeinsam diskutiert. Entstehende Projektideen werden für die Umsetzung startklar gemacht.

Kosten:

Der Gemeinde-Jugendrat wird in 2 Varianten angeboten:

- Euro, ohne Fahrtkosten
- Euro, ohne Fahrtkosten (mehr Eigenleistungen der Gemeinde erforderlich)

Kooperationspartner: Die Zukunftsakademie SPES aus Schlierbach führt im Auftrag des Landesjugendreferates den Gemeinde-Jugendrat durch.

Jugendplattform in der Gemeinde (Salzburg)

Oft ist es leichter, in der Gruppe Ideen zu entwickeln und sich gemeinsam an die Umsetzung zu machen. Unterstützt werden Jugendplattformen von unseren Regionalstellenleiter/innen, die bei Projektplanungen und/oder Gesprächen mit Bürgermeister/innen und Gemeindevorsteher/innen dabei sind. Außerdem haben Jugendplattformen den Vorteil, dass immer wieder neue Leute dazukommen können und frischen Wind in die Runde bringen.

Die Termine finden anlassbezogen in Gemeinden im Bundesland Salzburg statt

Kooperationspartner: Gemeinde

www.akzente.net/fachbereiche/regionale-kommunale-jugendarbeit/mitreden-in-den-gemeinden/jugendplattformen/

Salzburger Jugendlandtag (Salzburg)

Junge Menschen haben viel zu sagen – zum Beispiel zum Bildungssystem, zu Mobilität, Umweltschutz, Gewaltprävention an Schulen oder zu Projekten für beschäftigungslose Jugendliche. Die Chance nutzen und landespolitische Forderungen gleich an oberster Stelle einzubringen: Beim Salzburger

MASSNAHMEN BUNDESLÄNDER – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Landtag – das ist der Sinn vom Jugendlandtag. Seit 1996 organisiert akzente Salzburg den Salzburger Jugendlandtag – und zwar einmal pro Legislaturperiode. Dabei erleben Jugendliche hautnah, wie ein Landtag arbeitet. Sie nehmen selbst den Platz auf der Regierungsbank ein und tragen ihre Wünsche und Forderungen an die zuständigen Mitglieder der Landesregierung – in Form von selbst erarbeiteten Anträgen – heran. Der Salzburger Landtag behandelt die Anträge der Jugendlichen wie eine Petition.

19.-20. Februar: Vorbereitungstage Jugendlandtag; 18. März 2016: Jugendlandtag

Kooperationspartner: Salzburger Landtag, Landtagspräsidentin Dr. Brigitte Pallauf

www.akzente.net/fachbereiche/bildung-partizipation/jugendlandtag/

Jugendforum in Gemeinden (Salzburg)

Ziel der Veranstaltung ist es, auf die Wünsche der Jugendlichen und der Vertreter/innen der Gemeinde einzugehen und zukünftige Maßnahmen im Jugendbereich zu entscheiden. Sie verstehen sich als Dialogveranstaltungen. Jugendforen sind meistens der Beginn einer längerfristigen Jugendbeteiligung und münden u.U. in die Schaffung von Jugendbeauftragten oder sog. Jugendplattformen.

Die Termine finden anlassbezogen in Gemeinden im Bundesland Salzburg statt.

Kooperationspartner: Gemeinde

www.akzente.net/fachbereiche/regionale-kommunale-jugendarbeit/mitreden-in-den-gemeinden/jugendgespraech/jugendgespraech-lamprechtshausen/

Projekt „Mittuan“ (Tirol)

Bezirksjugendtage in allen Tiroler Bezirken

Jugendliche erarbeiten in Demokratiewerkstätten ihre Anliegen und Wünsche an die Politik. Bei zwei Diskussionsrunden in einem zeitlichen Abstand von rund 6 Wochen werden die Themen mit der zuständigen Landesrätin und Bürgermeister/innen/Gemeinderät/innen und Expert/innen diskutiert und mögliche Umsetzungsmaßnahmen erarbeitet.

Bis Februar 2016 wurde in allen Bezirken ein Jugendbezirkstag durchgeführt. In einigen Bezirken haben sich neue Beteiligungsprojekte entwickelt. Diese und zukünftige Projekte und Maßnahmen werden vom Fachbereich Jugend des Landes Tirol auf Basis der Ergebnisse des Mittuan Projektes begleitet

Kooperationspartner: Gemeinden

www.tirol.gv.at/meldungen/meldung/artikel/jugendpartizipationsprojekt-mittuan/

Förderung Jugendbeteiligungstage (Vorarlberg)

Das Modell "Jugendbeteiligungstage" ist ein Prozess, der die Partizipation von Jugendlichen auf Gemeindeebene einfach möglich macht.

Im Zuge der Jugendbeteiligungstage entstehen Projektideen, welche anschließend von Jugendlichen umgesetzt werden. Zunächst werden mit der Gemeinde die Rahmenbedingungen (Zeit, Budget, Motivation) festgelegt. Dann folgen drei Umsetzungsphasen:

- 1. Planung: Engagierte Jugendliche und Erwachsene planen die Jugendbeteiligungstage und bereiten sie vor. Moderation, Bewerbung und inhaltliche Gestaltung sind die Aufgaben des Organisationsteams.

MASSNAHMEN BUNDESLÄNDER – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

- 2. Ideenfindung und Entscheidung: Der Jugendbeteiligungstag findet statt. Die Jugendlichen sammeln Ideen und diskutieren. Sie entscheiden, welche Idee realisiert werden soll bzw. kann. Die Projekte sollen finanziert sein und von den Jugendlichen selbst umgesetzt werden.
- 3. Umsetzung: Jugendliche sind der Motor, sie setzen die Projekte um. Unterstützt von einem erwachsenen Projektcoach erhalten die Jugendlichen Methoden und Tipps, damit ihre Idee in der Gemeinde rasch zur Realität wird.

Das Land unterstützt die Gemeinden bei der Einführung dieses Modells. Bei der Einführung des Jugendbeteiligungsmodells unterstützen geschulte Prozessbegleiter/innen. Ein Teil dieser Kosten wird vom Land Vorarlberg rückerstattet. Voraussetzung ist die Einhaltung der Kriterien für die Jugendbeteiligung und ein Beschluss im Gemeinderat, dass die Jugendbeteiligungstage politisch gewünscht und unterstützt werden.

Kooperationspartner: Gemeinden

www.vorarlberg.at/zukunft

Lange Nacht der Partizipation (Vorarlberg)

Alle zwei Jahre findet in Vorarlberg die Lange Nacht der Partizipation statt. Vorgestellt werden Partizipationsprojekte aus den unterschiedlichsten Kontexten. Die Lange Nacht der Partizipation im Mai 2017 legt einen besonderen Fokus auf das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung.

Die Veranstaltung zielt darauf ab Möglichkeiten der Beteiligung aufzuzeigen, sie bietet eine Plattform für alle Arten von Beteiligung und vernetzt Akteure und Interessierte miteinander. Die Lange Nacht der Partizipation ist ein Ort des Kennenlernens und des Austauschs an dem Mitgestalten im Mittelpunkt steht.

Nächste „Lange Nacht der Partizipation“: Mai 2017

Kooperationspartner: Fachhochschule Vorarlberg, Stadt Dornbirn

www.langenachtderpartizipation.at

www.vorarlberg.at/zukunft

m5 Förderung (Vorarlberg)

Ziel der m5 Förderung ist es Jugendbeteiligung in der Gemeinde anzustoßen und zu fördern. m5 bedeutet: in 5 Modulen.

Vorarlberger Gemeinden werden mit dieser Förderung in der Finanzierung der externen Prozessbegleitung und der Implementierung von Jugendbeteiligung vom Land Vorarlberg unterstützt. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Förderung ist die Einhaltung der Kriterien von der Jugendbeteiligung. Das Förderangebot beinhaltet ein kostenloses Erstgespräch mit einem/r Mitarbeiter/in des Büros für Zukunftsfragen (Amt der Vorarlberger Landesregierung).

Kooperationspartner: Gemeinden

www.vorarlberg.at/zukunft

Pilotförderung Jugendgremien/Jugendforen (Vorarlberg)

In der Region Montafon wurde durch den Vorstand des Stands Montafon 2016 offiziell ein Jugendforum gegründet und hat seine Arbeit aufgenommen. Das Ergebnis verschiedener Jugendbeteiligungsprojekte im Montafon ergab, dass sich Jugendliche eine institutionalisierte

MASSNAHMEN BUNDESLÄNDER – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Möglichkeit der Beteiligung wünschen. Das Jugendforum besteht aus gewählten Mitgliedern, kann Anliegen in der regionalen Verwaltung einbringen und als beratendes Gremium beigezogen werden. Das Jugendforum bzw. der Jugendkoordinator wird durch laufende Beratung, Weiterbildungsangebote und eine Pilotförderung des Büros für Zukunftsfragen unterstützt.

Kooperationspartner: Gemeinden

www.vorarlberg.at/zukunft

SchülerHaushalt – Förderung für Pilotgemeinden (Vorarlberg)

Der „SchülerHaushalt“ ist ein wirkungsvolles, einfach durchführbares und gut erprobtes Modell zur Beteiligung von Schüler/innen. Schüler/innen entwickeln und diskutieren Ideen zur Verwendung eines definierten Projektbudgets der Gemeinde zur Verbesserung der Schulausstattung, bewerten die Umsetzungskosten, suchen Befürworter/innen und stimmen darüber ab. Gemeinden, welche Schulen bei der Durchführung eines SchülerHaushalts unterstützen, können eine einmalige finanzielle Förderung des Landes Vorarlberg erhalten. Sie werden dazu eingeladen, das vielfach erprobte Modell SchülerHaushalt an einer Schule zu initiieren, und erhalten Beratung, Materialien sowie eine einmalige finanzielle Unterstützung des Landes Vorarlberg.

Umsetzungsstand und Perspektive: Die Ausschreibung und das Fördermodell wurden erstellt, bis Februar 2017 dauert die Pilotphase mit ersten Anwendungen in Gemeinden.

Evaluierung und weitere Vorgehensweise 02/2017

Kooperationspartner: Gemeinden, Schulen

www.schuelerhaushalt.at

www.vorarlberg.at/zukunft

Mitbestimmung junger Menschen in Wien (Wien)

Die großstädtischen Strukturen Wiens - insbesondere die Bevölkerungsdichte und -vielfalt, die Anonymität, der knappe öffentliche Raum sowie sozialstrukturelle Benachteiligungen - stellen besondere Herausforderungen an die Gestaltung von Kinder- und Jugendpartizipation dar. Kinder und Jugendliche sind keine homogenen Gruppen, sie befinden sich in unterschiedlichsten Lebenslagen und haben individuelle Interessen, Bedürfnisse und Potentiale. Wichtig ist daher eine größtmögliche, überschaubare und gut aufeinander abgestimmte Vielfalt an Formen, Methoden und Inhalten der Mitbestimmung. Um die Lebenswelten und Sozialräume der Kinder und Jugendlichen umfassend in Demokratisierungsprozesse zu integrieren ist zudem eine intensive Vernetzung und Kooperation aller Beteiligten erforderlich, die auch den schulischen Bereich mit einschließt. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit in Wien sind stadtteilorientiert, die Angebote finden dort statt, wo sie für die jungen Menschen greifbar sind und die Mitgestaltung direkt erlebbar ist. Partizipation ist ein zentrales, fix verankertes Arbeitsprinzip der Wiener Kinder- und Jugendarbeit. Mitbestimmungsprozesse finden innerhalb der täglichen Arbeit ("Alltagspartizipation") wie beispielsweise bei der Programmauswahl, im Rahmen von Projekten, wie die Umgestaltung eines Jugendzentrums, und in kontinuierlichen, strukturell verankerten Formen zum Beispiel den Kinder- und Jugendparlamenten in den Bezirken statt.

Jugendpartizipation ist als „work in progress“ anzusehen, der Ausbau und die Professionalisierung diverser Angebote stehen dabei im Vordergrund.

Kooperationspartner: Stadt- und Bezirkspolitik.

www.mitbestimmung-wien.at

MASSNAHMEN BUNDESLÄNDER – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

STRATEGISCHES ZIEL FREIWILLIGES ENGAGEMENT

Young ImPuls Award (Burgenland)

Mit dem Young ImPuls Award ehrt das Landesjugendreferat burgenländische Jugendliche, die sich auf besondere und vorbildhafte Art in den Bereichen

- Soziales
- Integration
- Kultur
- Klima/Umwelt

einsetzen.

Die Preisverleihung erfolgt am 19. November 2016 auf Burg Lockenhaus im Rahmen einer Open Stage Veranstaltung mit jungen Bands aus dem Burgenland.

Webinar „Hilfe mein Kind will ins Ausland“ (Salzburg)

Im Oktober findet zum ersten Mal in Kooperation mit werde.digital und den österreichischen Jugendinfos ein Webinar zum Thema Auslandsmöglichkeiten statt. In diesem Webinar soll Eltern der Europäische Freiwilligendienst näher gebracht werden. Es kommen Inputs von einer Expertin aus Salzburg und einem europäischen Freiwilligen.

<http://jugendinfo.akkzente.net>

Veranstaltung „Rampenlicht Jugendarbeit“ (Steiermark)

Die Verbandliche Jugendarbeit könnte ohne ehrenamtliches Engagement überhaupt nicht stattfinden; in der Offenen Jugendarbeit wie auch bei den Fachstellen gibt es ebenso ehrenamtliche Tätigkeit. Allein in der Verbandlichen Jugendarbeit sind über 15.000 ehrenamtlich engagiert.

Bei dieser Veranstaltung gilt es diesen Ehrenamtlichen zu danken, ihre Tätigkeiten zu würdigen, ins „Rampenlicht zu holen und auszuzeichnen. Die Auszeichnungen werden immer Anfang Dezember kurz vor dem Tag des Ehrenamtes vergeben. Zusätzlich können die Vereine auch das Zertifikat „Ehrenwertvoll“ beantragen, das ihre erworbenen Kompetenzen bestätigt und für etwaige Bewerbungen herangezogen werden kann.

Alle Verbände und Vereine, Fachstellen und Jugendzentren dürfen je eine Person melden, die ausgezeichnet werden soll.

Kooperationspartner: Steirischer Landesjugendbeirat, Dachverband der Offenen Jugendarbeit und das Fachstellennetzwerk

www.jugendreferat.steiermark.at/cms/ziel/108648428/DE

www.jugendreferat.steiermark.at/cms/ziel/108648716/DE/

www.landesjugendbeirat.at

MASSNAHMEN BUNDESLÄNDER – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Projekt „freiwillig“ (Tirol)

Die ehrenamtliche Tätigkeit in der außerschulischen Jugendarbeit wird nach klaren Kriterien und auf Vorschlag einer Mitgliedsorganisation des Landesjugendbeirates verifiziert und bestätigt.

Jährliche Aktion seit 2009

Kooperationspartner: Jugendbeirat/AMS/AK/BFI/Industriellenvertretung

Anerkennungssystem für Jugendengagement (Vorarlberg)

Im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung erarbeitet das Büro für Zukunftsfragen in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Jugend und Familien und aha- Tipps & Infos für junge Leute, ein System zur Anerkennung von freiwilligem Engagement durch junge Menschen in Vorarlberg.

Jugendliche können damit Punkte für ihre Freiwilligenarbeit in Vereinen, Institutionen oder Projekten sammeln und diese gegen Anerkennungen in Form: unbezahlbaren Möglichkeiten (z.B. Job Shadowing in renommierten Vorarlberger Unternehmen), wertvollen Erfahrungen (z.B. Radiosendung machen) oder sinnvollen Produkten (z.B. Sportartikel oder Essensgutscheine) eintauschen. Jugendliche werden dabei animiert sich freiwillig zu engagieren sowie Neues auszuprobieren (organisatorische Aufgaben übernehmen, Verantwortung übernehmen, kreatives Engagement üben) und steigern damit auch ihre Chancen für den späteren Berufseinstieg.

Umsetzungsstand und Perspektive:

Das „Anerkennungssystem“ ist derzeit in der Aufbau- und Vorbereitungsphase. Im Jahr 2016 wurden mehrere Workshops mit Jugendlichen durchgeführt und Gespräche mit Vereinen und Unternehmen geführt, um die Ausgestaltung des Systems gut in die Wege zu leiten. Im Herbst 2016 geht das Anerkennungssystem mit den ersten Vereinen, die das Tool nutzen und testen werden, in die Pilotphase. 2017 sollen nach und nach weitere Vereine und Gemeinden in das Anerkennungssystem eingebunden werden.

Entwicklung und Umsetzung bis 09/2016

Pilotphase ab 10/2016

Schrittweise Ausrollung ab 2017

Kooperationspartner: aha – Tipps & Infos für junge Leute, Gemeinden, Vereine

www.aha.or.at

www.vorarlberg.at/zukunft

Art-of-hosting Training, Teilnahme von Jugendlichen (Vorarlberg)

Das Büro für Zukunftsfragen (Land Vorarlberg) bietet jährliche Trainings zu „The Art-of-Hosting“ an. Unterschiedliche partizipative Anpassungs- und Lernstrategien werden dabei erprobt und reflektiert. Verschiedene gesellschaftliche Gruppen nehmen an dem Training teil. Akteur/innen aus dem Jugendbeteiligungsfeld wurden zum Training im September 2016 gezielt eingeladen. Drei Schulteams von drei bis fünf Lehrpersonen aus Vorarlberg haben die Möglichkeit kostenlos an der Weiterbildungsveranstaltung teilzunehmen.

Engagierten Jugendlichen aus Projekten, Initiativen, Institutionen bzw. Schulen wird für das diesjährige Training die kostenlose Teilnahme am Training ermöglicht.

Thema Art-of-Hosting Training September 2016: „Wie schaut es aus ... das Land, die Schule, das Unternehmen ... in dem wir leben und arbeiten wollen? – Wie schaffen wir eine Gegenwart die eine gute Zukunft ermöglicht?“

MASSNAHMEN BUNDESÄNDER – BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

www.vorarlberg.at/zukunft

Förderung freiwilliger sozialer Einsätze im Ausland (Vorarlberg)

Der Fachbereich Jugend und Familie beim Amt der Vorarlberger Landesregierung unterstützt junge Menschen, die einen freiwilligen Einsatz in einem Land außerhalb Europas absolvieren. Der Einsatz ist auf das Thema Soziales ausgerichtet und dient der Förderung der außerschulischen Bildung. Junge Menschen sollen zu einer aktiven Bürgerschaft, Solidarität und Toleranz motiviert werden.

Bis 15. August 2016 haben sechs junge Erwachsene eine Förderung für einen Einsatz in einem Land außerhalb Europas ab Sommer/Herbst 2016 zugesagt bekommen.

www.vorarlberg.at/pdf/infoblattfoerderungfreiwi.pdf

CHANCE INTERNET FÜR BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Chance Internet

Das Internet und die aktuellen Möglichkeiten und Entwicklungen im Felde der digitalen Informations-, Kommunikations- und Unterhaltungstechnologien (dIKUT) bieten zum Rahmenziel Beteiligung und Engagement in dessen beiden Dimensionen umfangreiche Chancen und Potentiale.

Hinweis: Die folgenden Ausführungen können das Thema nur anreißen und beispielhafte Aspekte aufzeigen. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

JUGENDPOLITISCHE ZIELSETZUNG

Um diese Chancen und Potentiale nutzen zu können, gilt es zunächst grundsätzlich Medienkompetenz und digitale Kompetenzen zu fördern. Eine Darstellung des zugrundeliegenden Verständnisses dieser Begriffe findet sich im Kapitel Chance Internet für Beschäftigung und Bildung, S.93.

Neben der Vermittlung von Medienkompetenz für jungen Menschen sowie für die mit ihnen in pädagogischer Verantwortung handelnden Erwachsenen (Eltern, Pädagog/innen, Jugendarbeiter/innen etc.) ist die jugendpolitische Zielsetzung im Hinblick auf das Rahmenziel „Beteiligung und Engagement“ insbesondere folgende Aspekte zu fokussieren:

- die Bereitstellung und Verbreitung von neuen (technischen) Möglichkeiten der Teilhabe an und aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft;
- die Stärkung der jungen Menschen im Kontext der Nutzung der zugrunde liegenden Informations- und Kommunikationsprozesse.

BETEILIGUNG

Unter E-Partizipation ist die Einbeziehung der Bevölkerung in die Entscheidungsfindung der Parlamente, Regierungen und Behörden über elektronische Kommunikationswege gemeint. In einem weiteren Sinn ist jede Form der Beteiligung mittels dIKUT (Internet, SMS etc.) umfasst. Gerade das Internet bietet die Möglichkeit, dass nicht nur Angebote zur Beteiligung entstehen, sondern dass sich engagierte Plattformen bilden („grass root Bewegungen“), die mittels ihrer Aktivitäten der Politik und Verwaltung Missstände und Lösungsvorschläge aufzeigen. Zu unterscheiden sind die Begriffe „E-Partizipation“ und „E-Voting“. Letzterer bezeichnet (bindende) Wahlen auf elektronischem Weg.

Jugendliche nutzen in besonderem Maße das „Web 2.0“ beziehungsweise „Social Media“ Angebote. Diese bieten Jugendlichen nicht nur interaktive Mediennutzung, sondern auch niederschwellige, direkte und kreative Möglichkeiten zur (politischen) Beteiligung. Daher ist es naheliegend, Beteiligungsprojekte in Form von E-Partizipationsprojekten durchzuführen und auch Social Media Anwendungen zu nutzen.

Wenn dabei auf bestehende und in der Lebenswelt der Jugendlichen aktuell etablierte Anwendungen zurückgegriffen wird, reduziert dies zwar grundsätzlich die Einstiegshürde zur Teilnahme. Mehrere spezifische Herausforderungen erschweren jedoch umgekehrt den Einsatz dieser Anwendungen, speziell für Beteiligungsangebote der öffentlichen Hand: Zum einen ist die „Landschaft“ der aktuell von Jugendlichen genutzten Applikationen einer sehr raschen Veränderung unterworfen – die Lebenszyklen einzelner Angebote sind oft auf ein bis zwei Jahre verdichtet. Zum anderen stellen die Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit bei den zumeist im Ausland angesiedelten Unternehmen eine Hürde dar.

Ein erster, elementarer Beitrag zur Beteiligung kann durch die bewusste, zielgruppenspezifische aufbereitete und transparente Bereitstellung von Information geleistet werden. Die Möglichkeiten sind allein dabei schon vielfältig und reichen von gezielten Postings in sozialen Netzwerken über funktional und gut gegliederte Homepages bis hin zu Portalen und Plattformen.

Ein weiterer Schritt der Beteiligung erfolgt, sobald Kommunikation zugelassen beziehungsweise angestrebt wird. Dies kann von einer einfachen Kommentar-Funktion über moderierte Diskussionsprozesse bis hin zu strukturierten Konsultationen reichen. Bei allen Formen der online-Kommunikation zeigen sich bedauerlicherweise immer wieder Hass-Postings als problematische

CHANCE INTERNET FÜR BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

Erscheinungen. Hier ist das Aufstellen von transparenten Regeln und eine sorgfältige Abwägung von Meinungsfreiheit und moderierendem Eingreifen erforderlich.

Die digitalen Technologien erlauben auch Abstimmungsmöglichkeiten in vielfältiger Form, bis hin zu einem E-Voting, anzubieten. Je nach Form und Verbindlichkeit, beziehungsweise „Auswirkung“, sind hier jedoch einerseits die Repräsentativität und andererseits die Sicherheit vor Missbrauch und Betrug von entscheidender Bedeutung.

Für gelungene Angebote zur Beteiligung sind darüber hinaus stets unter anderem auch folgende Aspekte mit zu bedenken:

Wie bei allen Angeboten zur Beteiligung gilt auch bei Online-Lösungen, dass Transparenz und „Ehrlichkeit“ (also die Benennung der tatsächlich möglichen und geplanten Umsetzung der Beteiligungsergebnisse) essentielle Voraussetzungen sind, um junge Menschen zur Teilnahme zu motivieren. Auf Grund der Eigendynamik sozialer Medien und der Leistungsfähigkeit der „Crowd“ liegen hier theoretisch umfangreiche Potentiale für eine breitenwirksame Beteiligung. Die Praxis zeigt jedoch, dass einige Hundert oder wenige Tausend Teilnehmende bei entsprechenden Angeboten der öffentlichen Hand schon als Erfolg gewertet werden müssen, wohingegen sowohl bei kommerziell verantworteten wie auch bei „Grassroots“- Aktionen eine deutliche höhere Mobilisierung erreicht wird.

(FREIWILLIGES) ENGAGEMENT

Weitaus mehr Menschen als öffentlich wahrgenommen engagieren sich ehrenamtlich bzw. freiwillig. In Österreich sind es rund 46 Prozent der Bevölkerung (siehe Bericht Freiwilliges Engagement in Österreich - Bundesweite Bevölkerungsbefragung 2012 des BMASK⁴⁵). Bei den 15- bis 29-Jährigen sind es 43 Prozent die informell oder formell freiwillig tätig sind.

Genauso vielfältig wie die Ausrichtungen der verbandlichen und offenen Jugendarbeit selbst sind auch die Formen, in denen sich Jugendliche und junge Erwachsene in den betreffenden Organisationen engagieren. Das reicht von projektbezogener, kürzerer Beteiligung (Organisation von Veranstaltungen und Projekten, persönlicher Hilfeleistungen etc.) über kontinuierliche Mitarbeit bis hin zu langjähriger Tätigkeit mit Leitungsfunktion. So gehören Jugendarbeit und ehrenamtliche Tätigkeit untrennbar zusammen. Denn ohne freiwilliges Engagement wäre die in Österreich existierende Jugendarbeit in ihrer Vielfalt kaum denkbar.

Das Internet kann in diesem Zusammenhang sowohl für die Träger wie auch für die (potentiellen) Freiwilligen als Tool neue Möglichkeiten und Chancen bieten. So können einzelne Träger im Wege einer entsprechenden Online-Präsenz sowie unter Nutzung von Social Media Anwendungen etc. ihre Selbstdarstellung optimieren sowie präzise und zeitnahe eventuellen Bedarf an freiwilliger Unterstützung kommunizieren. Auch Elemente des Freiwilligenmanagements (von der Anwerbung über ein erstes Matching und Schulungen bis hin zur Zertifizierung) können mit entsprechenden Tools online und effizient umgesetzt werden.

Für die Freiwilligen – und die, die es noch werden wollen – bedeutet dies umgekehrt, dass sie sich sehr einfach und rasch orientieren können. Je nach Angebot der Träger reicht dies von einem ersten Eindruck, der es ermöglicht im persönlichen Kontakt schon gezieltere Nachfragen stellen zu können, bis hin zu einer online Vernetzung mit sowohl dem Träger wie auch anderen dort tätigen Freiwilligen.

Plattformen, wie beispielsweise das Freiwilligenweb des Sozialministeriums (www.freiwilligenweb.at) bieten die Möglichkeit, dass diese online Informationen und Angebote von mehreren Trägern

⁴⁵ Bericht abrufbar unter:

www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/1/4/3/CH3434/CMS1451900458557/soziale-themen_freiwilliges-engagement_bericht-zur-lage-und-zu-den-perspektiven-des-freiwilligen-engagements-in-oesterreich.pdf

CHANCE INTERNET FÜR BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

gemeinsam und gebündelt umgesetzt werden. Dies reduziert den Aufwand für die Trägerorganisationen und bietet die Chance, ein noch breiteres Spektrum an Einsatzgebieten und Tätigkeiten für potentielle Freiwillige darzustellen.

Seitens der Kinder- und Jugendorganisationen in Österreich werden diese Möglichkeiten bislang jedoch noch wenig strukturiert genutzt und jedenfalls noch nicht voll ausgeschöpft.

Deutlich intensiver fällt jedoch die Nutzung vor allem der sozialen Medien als Werkzeug für zivilgesellschaftliche „Grassroots“- Projekte aus. So haben die Studierendenproteste in Österreich 2009/2010 („Uni brennt“) Facebook, Twitter und Co. als zentrale Kommunikationsmittel genutzt und deren Bedeutung auch der breiten Öffentlichkeit bewusst gemacht. Die Nutzung erfolgte dabei gleich auf vielfältige Weise: von der Kommunikation „nach außen“ (inklusive Live-Streamings aus besetzten Hörsälen), über die Vernetzung und Mobilisierung bis hin zur Organisation von Arbeitsgruppen und der Verpflegung etc. In ähnlicher Weise konnte im Herbst 2015, angesichts der in hoher Zahl nach Österreich einreisender Flüchtlinge, die Betreuung dieser Menschen organisiert und gesichert werden. Eine Reihe von Jugendorganisationen hatten sich daran beteiligt und mit Hilfe von Social Media Anwendungen auch hier die Kommunikation mit und die Organisation von tausenden freiwilligen Helfenden abgewickelt.

Das gemeinsame dieser beiden „Großereignisse“, wie auch von zahlreichen kleineren Aktionen wie Flashmobs etc., ist, dass einzelne engagierte Personen sowie das Thema oder Anliegen im Mittelpunkt stehen. Die Aufgabe von Institutionen und Organisationen ist es, diesen Freiraum für die Personen und Themen zu gewähren und gegebenenfalls Infrastrukturen und Ressourcen bereitzustellen. Es liegt im Wesen des „Grassroots“- Engagements speziell von jungen Menschen, dass es somit kaum steuerbar ist und noch schwerer gezielt angestoßen oder initiiert werden kann. Die Chancen und Möglichkeiten des Internets und der digitalen Technologien für das Engagement Jugendlicher werden hier jedoch besonders deutlich sichtbar, relevant und genutzt.

MASSNAHMEN DES JUGENDRESSORTS

- **Beteiligungsplattform**

Die Beteiligungsplattform ist ein gemeinsames Projekt des BMFJ mit der Bundesjugendvertretung. Über die Plattform werden unterschiedliche Online-Konsultations-Prozesse durchgeführt. Junge Menschen können nicht nur abstimmen sondern auch gemeinsam Ideen und Anliegen diskutieren. Dies erlaubt die vertiefte Beantwortung von Fragen.

www.beteiligungsplattform.at

- **Barcamp E-Partizipation**

Am 6. November 2012 fand das vom Jugendressort mitgetragene Barcamp „E-Partizipation“ der ARGE Partizipation⁴⁶ statt. Bei einem „Bacamp“ handelt es sich um eine innovative und offene Veranstaltungsform bei der die Themen der einzelnen Vorträge und Workshops erst während der Veranstaltung durch die Teilnehmenden entwickelt werden. Das Barcamp „E-Partizipation“ war das erste in Österreich, das von der Verwaltung ausgerichtet wurde und zugleich das erste Barcamp, das sich fokussiert der Frage der E-Partizipation in der Jugendarbeit widmete. 90 Teilnehmer/-innen erarbeiteten in 25 Workshops den aktuellen Stand der E-Partizipation in Österreich sowie erste Vorschläge für deren Weiterentwicklung. Die Ergebnisse finden sich auf der Website des BMFJ

⁴⁶ Website der ARGE Partizipation: www.jugendbeteiligung.at

CHANCE INTERNET FÜR BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT

www.bmfj.gv.at/jugend/beteiligung-engagement/e-partizipation.html

- **Jugendportal**

Das Österreichische Jugendportal bietet einen Einstieg ins Web speziell für Jugendliche. Von Arbeit bis Zivildienst fasst es Informationen, Links und Online-Dokumente (wie Folder und Broschüren) zum jeweiligen Thema aus Europa, Österreich und den Bundesländern zusammen. Weiters werden über das Jugendportal regelmäßig Online-Befragungen unter Jugendlichen durchgeführt, unter anderem im Rahmen des Strukturierten Dialogs und der Jugendstrategie des BMFJ. Das Österreichische Jugendportal wird vom Bundesnetzwerk Österreichische Jugendinfos im Auftrag des BMFJ betrieben. Das Jugendportal ist das nationale Pendant zum Europäischen Jugendportal.

www.jugendportal.at

- **Stimme der Jugend verstärken**

Auf Ebene der Gemeinden, der Bundesländer, der Regionen und bei (Bundes-) Jugendorganisationen finden laufend unterschiedliche Partizipationsprozesse statt (z.B. Beteiligungsprojekte, Jugendlandtage, Regionalforen, Jugendresolutionen), in deren Rahmen von den Jugendlichen Wünsche geäußert, Forderungen erstellt und Ideen entwickelt werden.

Das Projekt "Stimme der Jugend verstärken" stellt eine digitale (online) Plattform bereit, die Anliegen und Forderungen von Jugendlichen, die österreichweit in Partizipationsprojekten entstanden sind, strukturiert sichtbar macht.

Die digitale „Karte“ visualisiert den Nutzer/innen welche Themen von jungen Menschen häufiger genannt werden, ob Themen eine regionale Bedeutung haben oder aus welchem Partizipationsprojekt ein Anliegen stammt. Somit können u.a. politische Entscheidungsträger/innen, Jugendliche und Organisationen im Bereich der Jugendarbeit sich mit Hilfe der öffentlich zugänglichen Online-Plattform über bereits formulierte Anliegen bzw. Forderungen orientieren und diese in ihrer jeweiligen Arbeit berücksichtigen.

www.stimme-der-jugend.at

JUGENDPOLITISCHE QUERSCHNITTS-AUFGABEN

Die Beteiligung von Bürger/innen ist an vielen Stellen erklärtes Ziel von Politik und Verwaltung. Anzustreben ist, dass dabei stets auch die jungen Menschen berücksichtigt werden, sowohl inhaltlich als auch bei der Umsetzung und Ausgestaltung von online-Beteiligungsmöglichkeiten.

Wenn über eine Beteiligung hinausgehend ein freiwilliges Tätigwerden von jungen Menschen angestrebt wird, ist es erforderlich, neue Formen der Bereitstellung von Ressourcen für zivilgesellschaftliches „Grassroots“- Engagement Jugendlicher zu entwickeln.

MEINUNGEN UND SICHTWEISEN JUNGER MENSCHEN

Meinungen und Sichtweisen junger Menschen

„Nicht nur für sondern mit Jugendlichen gestalten.“

Dieser Ansatz besteht seit dem Beginn der Entwicklung der Österreichischen Jugendstrategie und wird vom Bundesministerium für Familien und Jugend mit unterschiedlichen Maßnahmen und Angeboten unterstützt. Um Meinungen und Sichtweisen junger Menschen in den vorliegenden Bericht einfließen zu lassen, wurden Ergebnisdokumente von drei maßgeblichen, nationalen Initiativen zu Jugendbeteiligung inhaltsanalytisch ausgewertet. Es handelt sich dabei um:

- Jugendstrategie on Tour
- Strukturierter Dialog
- Stimme der Jugend verstärken

Jugendstrategie on Tour

In die Erarbeitung der Jugendstrategie wurden seit Beginn ihrer Entwicklung auch junge Menschen eingebunden. So wurden im Rahmen der Initiative "Jugendstrategie on Tour" in den Jahren 2012 und 2013 über 400 junge Menschen (zwischen 14 und 24 Jahren) in 22 Workshops mit qualitativen Methoden der Sozialforschung über ihre Vorschläge und Ideen zu den Handlungsfeldern der Jugendstrategie befragt. Die Gesamtergebnisse wurden in dem Dokument „164 Ideen und Vorschläge Jugendlicher – Jugendstrategie on Tour“ zusammengefasst, das als Grundlage der Analyse für diesen Bericht herangezogen wurde.

Strukturierter Dialog

Der Strukturierte Dialog ist das Beteiligungsinstrument der EU-Jugendstrategie. Meinungen, Wünsche und Bedürfnisse junger Menschen sollen gehört und der direkte Dialog mit politischen Entscheidungsträger/innen ermöglicht werden. Über das EU Programm Erasmus+: Jugend in Aktion werden im Rahmen des Strukturierten Dialogs Projekte unterstützt, die die aktive Beteiligung und das Mitwirken junger Menschen am demokratischen Leben unterstützen. Die Umsetzung des Strukturierten Dialogs wird in Österreich im Auftrag einer Nationalen Arbeitsgruppe von der Koordinierungsstelle im Büro der Bundesjugendvertretung koordiniert. Als Basis für die Einbeziehung der Perspektiven junger Menschen in diesen Bericht dienten die veröffentlichten Papiere „Gemeinsame Empfehlungen“ und „Projektideen aus beiden Dialogkonferenzen“ des jüngst abgeschlossenen Dialogzyklus zum Thema Empowerment junger Menschen. Nähere Informationen: www.jugend-politik-dialog.at

Stimme der Jugend verstärken

„Die Stimme der Jugend verstärken“ ist eine Initiative des Bundesministeriums für Familien und Jugend zur Sichtbarmachung der Anliegen von jungen Menschen in Österreich. Wünsche und Ideen von Jugendlichen, die im Rahmen von Jugendbeteiligungsprozessen entstanden sind, werden dazu unter www.stimme-der-jugend.at gesammelt, gebündelt und grafisch aufbereitet dargestellt. Die Themenliste der Plattform <https://stimme-der-jugend.at/themen-liste/> mit Stand vom 01. März 2016 floss als weitere Quelle in die Beschreibung der Perspektiven junger Menschen in den vorliegenden Bericht ein.

Perspektivenwechsel: Beteiligung und Engagement aus der Sicht junger Menschen

Verfügbare Ergebnisdokumente dieser drei Quellen wurden Anfang 2016 inhaltsanalytisch ausgewertet. Die Beiträge sind daher im Kontext dieser Initiativen und aus dem Blickwinkel des jeweiligen Zeitpunkts der Durchführung zu verstehen und stellen einen Ausschnitt aus der breiten Landschaft von Jugendbeteiligung dar.

MEINUNGEN UND SICHTWEISEN JUNGER MENSCHEN

Begegnungen auf Augenhöhe

Junge Menschen wünschen sich persönlichen Kontakt und direkte Begegnungen mit Politiker/innen. Dabei legen sie Wert auf Qualität und erwarten sich innovative Methoden der Begegnung und Zusammenarbeit. Dies kann zum Beispiel in Form von Workshops, Jugendräten, Indoor- und Outdoor-Formaten, künstlerischen und kreativen Ausdrucksformen sowie Verknüpfungen mit jugendkulturellen Veranstaltungen wie zum Beispiel Konzerten oder Festivals geschehen. Diese Begegnungen und Dialoge sollen ernst genommen werden, so erwarten sich junge Menschen auch mediale Berichterstattung über derartige Initiativen. Um einander konstruktiv zu begegnen, wünschen sich junge Menschen Weiterbildungsmöglichkeiten für Politiker/innen - konkret heißt es dazu auch: „Um Jugendbeteiligung voranzubringen, müssen sich Politiker/innen die notwendigen Kompetenzen aneignen können, um mit Jugendlichen in einen konstruktiven Dialog zu treten.“

Recht auf Partizipation durchsetzen und strukturell verankern

Die Beteiligung junger Menschen soll nicht vom guten Willen einzelner Personen abhängig sein. Jungen Menschen geht es darum, ihren Rechtsanspruch auf Beteiligung, der beispielsweise im Bundesverfassungsgesetz Kinderrechte festgeschrieben ist, durchzusetzen. Damit dieser Anspruch in der Realität ankommt, fordern Jugendliche die Verankerung struktureller Beteiligung junger Menschen in den Jugend(-förderungs)gesetzen der Bundesländer oder in den Gemeindeordnungen. Auf Organisationsebene erwarten sich junge Menschen die Etablierung von Beteiligungsmechanismen. Ein „Sprachrohr“ zur Politik wird gewünscht, daher sollen Jugendvertretungen gestärkt und dort, wo sie noch nicht existieren, eingerichtet werden. Für Jugendvertreter/innen und Jugendgemeinderät/innen erwarten sich junge Menschen Kriterien wie zum Beispiel eine Altersobergrenze, Besetzungsrichtlinien, Vernetzung untereinander und thematische Zusammenarbeit über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg.

Direkte Anknüpfungspunkte zu Politik und Direkte Demokratie

Über Projekte und Beteiligungsinitiativen hinaus wünschen sich junge Menschen weitere, direkte Anknüpfungsmöglichkeiten zu Politik, wie z.B. Politiker/innen-Sprechstunden oder die Etablierung einer Institution, die Schnittstelle für Beschwerden, Vorschläge, Wünsche und Kritik sein kann. Der Wunsch nach einem Ausbau direkt-demokratischer Instrumente wird durch Vorschläge wie mehr Volksbefragungen und Volksabstimmungen oder der Abwahlmöglichkeit von Politiker/innen deutlich. An der Schnittstelle zwischen Bildungssystem und Beteiligung wird der Ruf nach Vernetzung für Personen in Vertretungsfunktionen wie Klassen- oder Schulsprecher/innen laut und die Etablierung einer Direktwahl der Schüler/innenvertretung.

Ressourcen für und Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten

Junge Menschen beschreiben, nicht ausreichend über Beteiligungsmöglichkeiten informiert zu sein. Informationen darüber sollen qualitätsvoll, verständlich und unparteiisch sein. Idealerweise werden sie von Jugendlichen selbst mitentwickelt. Qualitätsvolle Beteiligungsinitiativen erfordern außerdem Ressourcen (zeitlich, personell, finanziell) - einerseits für den Prozess, andererseits für entwickelte Initiativen. Diese könnten zum Beispiel in Form von Jugendbudgets auf Gemeindeebene gefördert werden.

Digitale Lebenswelt und E-Partizipation

Betrachtet man die in Beteiligungsprojekten gesammelten Sichtweisen und Meinungen junger Menschen wird deutlich, dass die Nutzung moderner Kommunikationsmittel im Alltag junger Menschen eine Selbstverständlichkeit ist. Junge Menschen wünschen sich die Schaffung zusätzlicher Online-Partizipationsmechanismen und Online-Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten.

MEINUNGEN UND SICHTWEISEN JUNGER MENSCHEN

Freiräume schaffen, sich zusammen tun und Netzwerke bilden

Junge Menschen sehnen sich nach Treffpunkten - in vielen Beteiligungsinitiativen geht es konkret darum, derartige Räume zu eröffnen und ohne Konsumzwang nutzbar zu machen. Hierfür können oftmals leerstehende Gebäude genutzt werden. In diesen Räumen und Treffpunkten vernetzen sich Jugendliche und werden gemeinsam aktiv. Junge Menschen entwickeln und nutzen Initiativen in den Bereichen Kultur, Sport und Musik zum Beispiel in Form von Outdoorkinos, Skaterparks oder Konzerten. Um Wirkung zu erhöhen und Beteiligung auf unterschiedlichen Ebenen zu ermöglichen, schlagen Jugendliche die Etablierung von Netzwerken zwischen Jugendlichen vor.

SICHT DER JUGENDFORSCHUNG

Sichtweise der Jugendforschung

MMag. Manfred Zentner, Donau-Universität Krems

Politische Partizipation, Mitbestimmung auf lokaler bis europäischer Ebene sind seit geraumer Zeit Themen der nationalen und internationalen Jugendforschung. Allgemein wird festgestellt, dass Jugendliche angeben, wenig Interesse an Politik zu haben, es wird in den verschiedenen Studien aber auch festgestellt, dass nicht-institutionelle Partizipation bei jungen Menschen weiter verbreitet ist, als institutionelle (wie Wahlen). Allerdings ist die Abkehr von institutionellen Beteiligungsangeboten kein ausschließliches Jugendphänomen. Vielmehr zeigen Entwicklungen bei Wahlbeteiligungen in den meisten europäischen Staaten denselben besorgniserregenden Trend auf: Immer weniger Menschen nehmen ihr demokratisches Recht auf Teilnahme an Wahlen wahr. Dies führt letztlich zu einem Legitimationsproblem der herrschenden Politik in allen Staaten, der entgegengewirkt werden müsste. Colin Crouch (2008) spricht in diesem Zusammenhang von Postdemokratie, die dazu führt, dass immer mehr Wähler/innen das Gefühl haben, trotz demokratischer Gegebenheiten kaum oder gar keinen Einfluss auf die politische Ausrichtung des eigenen Landes zu haben und daher nicht mehr von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen (vgl. Teil A) Kapitel 3.4). Eine verstärkte Aktivierung junger Menschen für institutionelle Partizipationsangebote, sie also stärker zur Teilnahme an Wahlen zu bewegen, ist jedoch aus zwei Gründen nicht ausreichen: erstens kann sich auch bei Jugendlichen dasselbe Gefühl der Ohnmacht einstellen, zweitens – und wichtiger – sind nicht die Jugendlichen und jungen Erwachsenen allein für die Abnahme der demokratischen Beteiligung bei Wahlen verantwortlich. Es braucht also Maßnahmen um die Partizipation aller Bevölkerungsgruppen – mit besonderer Berücksichtigung junger Menschen – zu fördern und der Unzufriedenheit mit dem demokratischen System vorzubeugen.

Studien zeigen aber auch, dass Jugendliche und junge Erwachsene, obwohl sie sich als politisch wenig interessiert zeigen, trotzdem in Projekten aktiv sind. Man spricht in dieser Hinsicht von „personal politics“, also von Aktivitäten und Meinungsäußerungen, die gesellschaftsrelevant sind und das Ziel haben Veränderungen anzustoßen. Diese Aktivitäten finden aber nicht (oft) auf institutioneller Ebene statt, sondern in einem persönlichen Umfeld (wie Schule, Gemeindeebene, Arbeitsplatz, aber auch online Plattformen), das überschaubar ist. Relevant wäre es, diese Partizipationserfahrungen auch in Teilnahme und Mitbestimmung auf institutioneller Ebene zu leiten. Dazu finden europaweit viele Projekte (viele davon im Feld der Jugendarbeit) statt, wobei österreichische auch von der Jugendpolitik unterstützt werden könnten.

Die zuvor (und auch in Teil A) Kapitel 3.4) zitierte Studie „Wählen mit 16“ konnte den positiven Einfluss der Teilnahme an Projekten der politischen Bildung (im schulischen wie im außerschulischen Bereich) aufzeigen. Weitere Maßnahmen zur Förderung von politischer Bildung in formalen, non-formalen und informellen Settings sind daher empfehlenswert. Auch eine gezielte Förderung von Projekten der politischen Bildung im Rahmen der außerschulischen Jugendarbeit ist denkbar.

Politische Bildung, Demokratieerziehung und Menschenrechtserziehung sind auch wichtige Mittel, um jeder Form einer Desintegration der Gesellschaft und auch dem Auftreten gewaltbereiten Radikalisierung präventiv zu begegnen. Wichtig ist dabei, Mitgestaltungsmöglichkeiten nicht nur theoretisch vorzustellen, sondern sie praktisch erlebbar zu machen, damit alle Jugendlichen – schicht- und herkunftsunabhängig – lernen und erfahren können, wie sie ihre unmittelbare Lebenswelt mitgestalten können.

Besondere Beachtung im Sozialforschungsbereich finden derzeit Aspekte der e-Partizipation, also Angebote zur Beteiligung und Mitbestimmung in und mittels digitaler Medien. Die Untersuchungen reichen von Studien zum Einfluss von Facebook auf den Arabischen Frühling bis zur Verwendung von Abstimmungs-Apps für rasche Schüler/innen-Befragungen. Es ist auf jeden Fall davon auszugehen, dass die Möglichkeiten der digitalen Angebote für Partizipation und Mitgestaltung weiter an Bedeutung gewinnen werden. Zu einer sinnvollen Nutzung dieser Angebote von möglichst vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist eine Verstärkung der Medienerziehung und der „digital literacy“ im schulischen und außerschulischen Bereich empfehlenswert.

PERSPEKTIVE UND AUSBLICK BMFJ

Perspektive und Ausblick BMFJ „Partizipation fördern – Freiwilligkeit stärken“

Die Bestandaufnahme der Umsetzung der Jugendstrategie sowie die zuvor dargestellte Sichtweise der Jugendforschung eröffnet für das Jugendressort im Hinblick auf das Rahmenziel „Beteiligung und Engagement“ folgende wesentliche Perspektiven:

Als jugendpolitisch zentrales Ziel gilt es, die Partizipation zu fördern und die Freiwilligkeit zu stärken. Die ausgeführten Zusammenhänge und Wechselwirkungen sind dabei ebenso zu so berücksichtigen, wie bereits bestehende und bewährte Maßnahmen weiterzuführen auszubauen sind.

In besondere Weise werden seitens des Jugendressorts hier die Erfahrungen des Jahres der Jugendarbeit als Grundlage für die Weiterentwicklung herangezogen werden. Die Landesjugendräte/innen und Jugendministerin Dr. Sophie Karmasin hatten das Jahr 2016 zum Jahr der Jugendarbeit erklärt. Im Jahr der Jugendarbeit wurden die vielfältigen Aktivitäten und Themen von Jugendarbeit und Jugendpolitik gemeinsam kommuniziert. Bei allen entsprechenden Veranstaltungen und Aktivitäten wurde stets das „Jahr der Jugendarbeit“ und dessen Botschaft vermittelt: Die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit leistet großartige und wichtige Beiträge, junge Menschen zu fördern und zu stärken! Mit dem Jahr der Jugendarbeit setzten die für Jugend zuständigen Politikerinnen und Politiker ein gemeinsames Zeichen für die wachsende Bedeutung von Jugendarbeit und Jugendpolitik. In der Umsetzung war eine gezielte Kommunikation und Abstimmung zwischen den beteiligten Stakeholdern auf den verschiedenen Ebenen und zwischen den Ebenen erforderlich. Die so etablierten Prozesse sollen weiterausgebaut werden um auch in den nächsten Jahren gemeinsam den Wert der Jugendarbeit und des freiwilligen Engagements in diesem Bereich ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Die schon engagierten erhalten so mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung. Andere junge Menschen, die noch nicht „dabei sind“, werden vielleicht ermutigt, nicht nur die Angebote der Jugendarbeit in Anspruch zu nehmen, sondern sich selbst aktiv einzubringen und sich freiwillig zu engagieren.

Um Synergien bestmöglich nützen zu können, wird weiter angestrebt, diese Weiterführung der gemeinsamen Abstimmung und Kommunikation rund um Jugendarbeit durch thematische Schwerpunktsetzungen zu konkretisieren.

In allen drei Feldern der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit – also bei den verbandlichen Jugendorganisationen, bei der offenen Jugendarbeit und bei der Jugendinformation – wurden in den vergangenen Jahren wertvolle und konstruktive Prozesse zur Qualitätsentwicklung durchgeführt. Darüber hinaus wurde parallel zur Gesetzesverdung des Nationalen Qualifikationsrahmens im non-formalen Sektor der Jugendarbeit ein Kompetenzrahmen entwickelt. Dieser beschreibt sehr umfassend und differenziert, was Fachkräfte der Jugendarbeit tun und können (müssen). Die Ergebnisse beider Ansätze – der Qualitätsentwicklung und des Kompetenzrahmens – können wesentlich dazu beitragen, die (Umfeld-)Bedingungen des Engagements von Freiwilligen ebenso zu verbessern, wie die der angestellten Jugendarbeitsfachkräfte.

Hinsichtlich der Förderung von Partizipation junger Menschen werden seitens des Jugendressorts weiterhin und verstärkt die Möglichkeiten des Internet und der digitalen Kommunikation genutzt werden. Bewährt hat sich insbesondere – und damit als ausbauwürdig qualifiziert –, die Verschränkung von online und offline Angeboten. Beispielsweise werden die Ergebnisse und Stellungnahmen aus einer online-Konsultationen dabei im Rahmen einer Veranstaltung mit Jugendlichen (etwa einer Fokusgruppendiskussion oder einer Dialogkonferenz) diskutiert und kommentiert und dann anschließend wieder in den online-Prozess gebracht.

Die seitens des Jugendressorts selbst und in Kooperation mit der Bundesjugendvertretung gesammelten Erfahrungen und die hier entwickelten Tools und Modelle werden darüber hinaus künftig auch verstärkt anderen Institutionen angeboten. Durch Erfahrungsaustausch und das zur Verfügung stellen von beratender Unterstützung bis hin zu den konkreten Tools (wie beispielsweise die Jugendbeteiligungsplattform) soll versucht werden, Stakeholder in Politik und Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen zu motivieren, Jugendliche in ihre Entscheidungsprozesse einzubinden.

PERSPEKTIVE UND AUSBLICK BMFJ

Auf lokaler und regionaler Ebene wird dabei vor allem auch den Ansätzen und Möglichkeiten der E-Youthwork größere Bedeutung zu kommen. Dieses Konzept bietet die Chance, lebensweltorientierte Beteiligung zu ermöglichen.

Dieser regionale und lebensraumbezogene Zugang der Beteiligung stellt auch die zentrale Perspektive dar, den „Strukturierten Dialog“, wie ihn der erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa vorsieht, in Österreich auszubauen. Es gilt, ein österreichisches Modell des Strukturierten Dialogs zu entwickeln und zu etablieren, bei dem regionale und lebensraumbezogene Beteiligung systematisch an institutionelle und strukturell höher angesiedelte Beteiligungsprozesse angedockt wird. Konkret ist angedacht, das erprobte Modell der Regionalkonferenzen inhaltlich verstärkt in im Sinne der regionalen Bezüge auszubauen. Eine Erweiterung könnte in der Ausbildung und dem Einsatz von „Partizipations-Peers“ bestehen, die dann sowohl im Zusammenhang mit Regionalkonferenzen aber auch anderen Beteiligungsangeboten in der Region sowohl motivierend wie auch moderierend ihre Gleichaltrigen einbinden. Schließlich wird auch angestrebt, das Tool „Stimme der Jugend“ verstärkt zu nutzen, insbesondere im Sinne des Herantragens an Entscheidungsträger/innen.

Querschnittspolitisch ist festzustellen, dass die Realisierung von „Wählen mit 16“ auf Bundesebene im Jahr 2007 ein höchst wichtiger Schritt war, um die Beteiligung junger Menschen voran zu bringen. Begleitet wurde der Schritt von einem ersten Ausbau der politischen Bildung. Die Notwendigkeit, möglichst frühzeitig sowohl Wissen zu vermitteln wie auch die persönliche produktive Auseinandersetzung anzuregen und zu stärken, wurde in allen Feldern erkannt. Die Umsetzung hat auch im formalen Bildungssystem bereits begonnen und zeigt deutlich positive Reaktionen, jedoch gilt hier wie in allen Feldern, dass es noch Potential gibt, die Anstrengungen auszubauen. Besonders im Zusammenwirken und Zusammenarbeiten der Felder liegt die Chance, die Vielschichtigkeit des Themas „Politische Bildung“ adäquat umzusetzen. Gefragt sind hier nicht nur der formale-schulische Sektor und die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit, sondern auch andere Felder, wie Elternbildung, Medien und Rundfunk und natürlich die Politik und öffentliche Verwaltung selbst.

In diesem Zusammenhang ist schließlich auch anzustreben, das Wissen über die Wahlbeteiligung der ab 16jährigen zu erhöhen. Hierzu bedürfte es lediglich einer gesetzlichen Regelung, die es ermöglicht, die Wahlbeteiligung nach Alter zu erfassen und auszuwerten. Die aktuelle Gesetzlage macht dies nicht möglich und so beruhen entsprechende Auswertung auf Stichproben und Befragungen, mit all den sich dadurch ergebenen Unschärfen.

RAHMENZIEL LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Rahmenziel Lebensqualität und Miteinander

„Gemeinsam an der Zukunft arbeiten“

Veränderungen in Lebenssituationen und Lebensbereichen erfordern eine aktive Lebensgestaltung nicht nur von Erwachsenen, sondern in hohem Maße auch von jungen Menschen. Diese sehen sich einem Wandel ihrer Situation in vielerlei Aspekten gegenüber. Sei es die Veränderung im Kontext von schulischer oder beruflicher (Aus-)Bildung, der Wandel von persönlichem Lebensstil oder Einstellung, oder auch Umbrüche globaler gesellschaftlicher Haltungen. Jugendliche müssen dazu entsprechend gefördert und gefordert werden, um für ihre Zukunft selbstbestimmt Verantwortung übernehmen zu können. Jugendpolitik stellt dazu jungen Menschen Grundlagen und Instrumente zur Verfügung, um eigenständig informierte Entscheidungen für ein selbstbestimmtes Leben zu treffen – ohne sie dabei zu bevormunden oder geringzuschätzen.

Lebensqualität und Zukunftsperspektiven stellen auch für junge Menschen wichtige Themen dar. Welche Faktoren bedingen ein aus der Sicht von Jugendlichen gutes Leben? Wie zufrieden sind sie mit ihrer Situation und welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, um positive Zukunftsszenarien entwickeln zu können? Das Rahmenziel Lebensqualität und Miteinander adressiert jene Lebensbereiche junger Menschen, die sie in ihrem Übergang ins Erwachsenenleben betreffen, um Handlungsbedarf zu identifizieren.

Lebensqualität beinhaltet stets subjektive und objektive Faktoren, die sich wechselseitig beeinflussen und den Blick in die Zukunft prägen. Zur Analyse des Status Quo, was jungen Menschen für ein gutes Leben wichtig ist, wurde ein Better-Life-Index Jugend konzipiert. Da junge Menschen selbst Expert/innen für ihre Bedürfnisse und ihre Lebensrealitäten sind, waren Jugendliche von Beginn an in die Entwicklung eingebunden. Die Zufriedenheit mit für junge Menschen wichtigen Bereichen, aber auch bislang fehlende Aspekte stehen im Better-Life-Index im Vordergrund.

Gesundheit, bedingt durch gesundheitsförderndes Verhalten und Prävention, als wichtige Grundlage für ein gutes Leben, wird ebenso im Rahmenziel Lebensqualität und Miteinander thematisiert wie Nachhaltigkeit in all ihrem Facettenreichtum.

Bereits 2010 bekannten sich auf europäischer Ebene die EU-Jugendminister/innen zur Jugendarbeit indem sie die Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Jugendarbeit (**Amtsblatt 2010/C 327/01**) verabschiedeten. Darin stellen sie fest, dass Jugendarbeit junge Menschen dazu ermutigt, Verantwortung zu übernehmen und Rechenschaft für ihr Handeln abzulegen, indem sie ihnen eine aktive Rolle bei ihrer Entwicklung und Umsetzung zuweist. Jugendarbeit kann für ein gedeihliches, sicheres, anregendes und angenehmes Umfeld sorgen, in dem alle Kinder und Jugendlichen — entweder einzeln oder im Rahmen einer Gruppe — sich entfalten, voneinander lernen, einander begegnen, spielen, forschen und experimentieren können. Darüber hinaus sollte Jugendarbeit jungen Menschen die Gelegenheit bieten, sich von überkommenen Klischees zu befreien und eine breite Palette verschiedener persönlicher und beruflicher Fähigkeiten und Schlüsselkompetenzen zu erwerben, die sich in der modernen Gesellschaft als nützlich erweisen können. Daher kann sie eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und des Unternehmergeistes junger Menschen spielen. Durch die Vermittlung universeller Werte, wie Menschenrechte, Demokratie, Frieden, Antirassismus, kulturelle Vielfalt, Solidarität, Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung, kann Jugendarbeit außerdem einen zusätzlichen sozialen Nutzen haben, denn sie kann

- soziale Teilhabe, Verantwortung, freiwilliges Engagement und aktive Bürgerschaft fördern;
- die Gemeinschaftsbildung und die Zivilgesellschaft auf allen Ebenen (z.B. durch einen Dialog zwischen den Generationen und Kulturen) stärken;
- zur Entfaltung von Kreativität, kulturellem und sozialem Bewusstsein, Unternehmergeist und Innovation bei jungen Menschen beitragen;
- Chancen für die soziale Inklusion aller Kinder und Jugendlichen bieten;

RAHMENZIEL LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

- benachteiligte junge Menschen durch zahlreiche flexible und rasch anpassbare Methoden erreichen.

Unter lettischem Ratsvorsitz wurden 2015 Schlussfolgerungen des Rates zur Verstärkung der Jugendarbeit im Interesse des gesellschaftlichen Zusammenhalts (**Amtsblatt 2015/C 170/02**) verabschiedet. Darin unterstreichen die EU-Jugendminister/innen, dass die Jugendarbeit überall in Europa weiter ausgebaut und die Zusammenarbeit der EU auf diesem Gebiet verstärkt werden muss. Weiters wird übereingekommen, dass Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag zur persönlichen – einschließlich der beruflichen – Entfaltung, zur Förderung der Werte der sozialen Inklusion, kulturellen Vielfalt und aktiven Bürgerschaft sowie zur Gewährleistung eines auf gegenseitigem Respekt und Toleranz basierenden Peer-Umfelds leistet. Jugendarbeit kann auch eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, alle jungen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund zu erreichen, und zwar auch diejenigen jungen Menschen, die ausgegrenzt oder die weder in Arbeit noch in Ausbildung sind.

Die EU-Jugendminister/innen verabschiedeten 2013 unter irischem Ratsvorsitz Schlussfolgerungen des Rates zum Beitrag einer qualitätsvollen Jugendarbeit zur Entwicklung, zum Wohlbefinden und zur sozialen Inklusion junger Menschen (**Amtsblatt 2013/C 168/03**). Darin kommen sie überein, dass qualitätsvolle Jugendarbeit eine Verpflichtung ist, jungen Menschen stets die bestmögliche Jugendarbeit im Hinblick auf Angebot und Praxis zu bieten und diese weiter auszubauen. Es geht darum, dass Jugendorganisationen, Jugenddienste und Jugendbetreuer in Zusammenarbeit mit den einschlägigen Akteuren Aktivitäten und Programme planen und durchführen, die den Interessen, Bedürfnissen und Erfahrungen junger Menschen entsprechen und darauf eingehen, und sich dabei auf gesicherte Erkenntnisse stützen und ergebnisorientiert vorgehen. Ergebnis qualitätsvoller Jugendarbeit sollte sein, dass junge Menschen den größtmöglichen Nutzen aus ihrer Teilnahme an der Jugendarbeit ziehen. Es wird festgestellt, dass das Potenzial der Jugendarbeit, zur Verwirklichung politischer Ziele, einschließlich der sozialen Inklusion, beizutragen, durch einen qualitätsorientierten und erkenntnisgestützten Ansatz, der junge Menschen bei der Planung und konkreten Durchführung der Jugendarbeit in den Mittelpunkt rückt, weiter optimiert werden kann. Dieser Ansatz unterstützt die Teilnahme, die Entwicklung und die Entfaltung junger Menschen in einer Weise, die ihre Stärken bestätigt, ihre Widerstandsfähigkeit und ihre Kompetenzen verbessert und ihr Potenzial zum Aufbau von individuellem, gemeinschaftlichem und gesellschaftlichem Kapital zur Geltung bringt. Qualitätsvolle Jugendarbeit ist ein universelles Thema, das jungen Menschen zugute kommt, die praktische Jugendarbeit verbessert und zur Verwirklichung umfassender politischer Ziele beiträgt.

Die 2013 vom Europarat initiierte Jugend-Kampagne „No Hate Speech Movement“ hat es sich zum Ziel gesetzt, Hassreden im Internet zu bekämpfen und junge Menschen dabei zu unterstützen, sich online wie offline für ein respektvolles Miteinander einzusetzen. Sie weist auf die Gefahren von Hassreden für die Demokratie und für den einzelnen Menschen hin und zeigt Möglichkeiten im Umgang mit Hassreden im Netz auf. Zur Unterstützung der nationalen Aktivitäten gibt es neben der No Hate Speech Seite des Europarats eine eigene Website „no hate speech movement“ mit Informationen und Materialien zur Kampagne.

<http://nohate.ext.coe.int/>

www.nohatespeechmovement.org/

Sustainable Development Goals (SDGs):

Bei einem hochrangigen Gipfeltreffen der Vereinten Nationen (UN) vom 25. bis 27. September 2015 wurde die "Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung" beschlossen. Alle 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verpflichteten sich, bis zum Jahr 2030 auf die Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigen Entwicklungszügen (Sustainable Development Goals, SDGs) auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene hinzuarbeiten.

RAHMENZIEL LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Die Ziele im Überblick:

- Ziel 1. Armut in allen ihren Formen und überall beenden
- Ziel 2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
- Ziel 3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern
- Ziel 4. Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern
- Ziel 5. Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen
- Ziel 6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten
- Ziel 7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern
- Ziel 8. Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle
- Ziel 9. Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen
- Ziel 10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern
- Ziel 11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten
- Ziel 12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen
- Ziel 13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen
- Ziel 14. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
- Ziel 15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen
- Ziel 16. Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
- Ziel 17. Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung inklusive einer detaillierten Beschreibung finden sich unter: www.bundeskanzleramt.at/site/8264/default.aspx

Gesundheit 2020 – Rahmenkonzept und Strategie der Europäischen Region für das 21. Jahrhundert (WHO/EURO)

„Gesundheit 2020“ heißt das neue Rahmenkonzept für eine Gesundheitspolitik in der Europäischen Region. Es soll Maßnahmen in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft unterstützen, die der Verwirklichung folgender Ziele dienen: erhebliche Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden der Bevölkerung, Abbau von Ungleichheiten im Gesundheitsbereich, Stärkung der öffentlichen Gesundheit und Gewährleistung nachhaltiger bürgernaher Gesundheitssysteme, die flächendeckend sind und Chancengleichheit sowie qualitativ hochwertige Leistungen bieten.

Auf der Basis der von den Mitgliedstaaten auf der globalen Ebene vereinbarten Prioritäten für die Arbeit der WHO werden in dem Rahmenkonzept „Gesundheit 2020“ vier vorrangige Handlungsfelder vorgeschlagen. Die vier vorrangigen Bereiche sind:

- Investitionen in Gesundheit durch einen Lebensverlaufansatz und Stärkung der Handlungsfähigkeit der Menschen;
- Bekämpfung der großen Krankheitslast aufgrund nichtübertragbarer und übertragbarer Krankheiten in der Europäischen Region;

RAHMENZIEL LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

- Stärkung von bürgernahen Gesundheitssystemen, von Kapazitäten in den öffentlichen Gesundheitsdiensten und von Vorsorge-, Surveillance- und Gegenmaßnahmen für Notlagen;
- Schaffung stützender Umfelder und widerstandsfähiger Gemeinschaften.

Sie stellen keine voneinander getrennten Handlungsfelder dar, sondern sind oft voneinander abhängig und ergänzen einander. Damit Gesundheit und Wohlbefinden für alle möglich werden, ist eine Kombination aus hierarchischen, partizipatorischen und auf verschiedene Akteure und Ebenen verteilten Führungs- und Steuerungskonzepten notwendig.

Investitionen in Gesundheit durch einen Lebensverlaufsansatz und Stärkung der Handlungsfähigkeit der Menschen:

Die Förderung von Gesundheit und ihren sozialen Determinanten im gesamten Lebensverlauf führt zu einer längeren gesunden Lebenserwartung und zu einem Zugewinn an Wohlbefinden und Lebensfreude, die allesamt erheblichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und individuellen Nutzen bringen können.

Der demografische Wandel innerhalb der Europäischen Region macht eine wirksame Lebensverlaufsstrategie erforderlich, die vorrangig auf neue Ansätze zur Befähigung von Menschen zu selbstbestimmtem Handeln, zur Stärkung von Widerstandskraft und zum Aufbau von Kapazitäten abzielt, um Gesundheit zu fördern und Krankheit zu verhindern.

Kinder, die einen guten Start ins Leben hatten, lernen in der Regel besser und führen ein produktiveres Leben. Erwachsene, die selbst über ihr Leben bestimmen, verfügen über eine bessere Fähigkeit zur wirtschaftlichen und sozialen Partizipation und leben gesünder. Gesündere Senioren können weiterhin aktiv zur Gesellschaft beitragen.

Gesundes und aktives Altern beginnt schon bei der Geburt und ist eine vorrangige Aufgabe für Politik und Forschung.

www.euro.who.int/de/health-topics/health-policy/health-2020-the-european-policy-for-health-and-well-being

"Action Plan on Youth Drinking and on Heavy Episodic Drinking (Binge Drinking)" 2014-2016

Der Aktionsplan wurde von der EK im Zusammenwirken mit den MS erarbeitet und vom Committee on National Alcohol Policy and Action (CNAPA) angenommen. Der Aktionsplan stützt sich auf die EU-Alkoholstrategie 2006-2012 und leistet einen Beitrag, durch die Empfehlung konkreter Aktionen das Ziel Alkohol bezogene Schäden bei Kindern und Jugendlichen zu reduzieren, sowie gegen starkes episodisches Trinken vorzugehen.

STRATEGISCHES ZIEL „ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN“

Strategisches Ziel „Zukunftsperspektiven“

Jugendliche nehmen ihre Zukunft positiver wahr

Die Lebensphase Jugend ist von vielfältigen Anforderungen an junge Menschen und Herausforderungen für junge Menschen geprägt. Jugendpolitik soll sie dabei mit der Gestaltung von Rahmenbedingungen unterstützen, die die Entwicklung zu eigenständigen Persönlichkeiten fördern. Zentral dabei ist es jungen Menschen Möglichkeiten zu eröffnen, selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu handeln, um so einen positiven Blick in die Zukunft zu ermöglichen. Gerade für die zahlenmäßig der älteren Generation unterlegene, jüngste Gesellschaftsgruppe ist es wichtig, deren Bedürfnisse und Anliegen einzubeziehen und die Zukunft gemeinsam mit ihr zu gestalten.

Das Zukunftsbild wird einerseits durch (anhaltende) gesamtgesellschaftliche Veränderungen wie beispielsweise die Entwicklung des Arbeitsmarkts, von Sozialleistungen, Wirtschaftsprognosen etc. geprägt, aber auch durch aktuelle und punktuelle Ereignisse mitgezeichnet. Faktoren, die eine optimistische wie auch getrübte Sicht auf die Zukunft beeinflussen, stehen stets in Abhängigkeit von persönlichen sowie gesellschaftlichen Ereignissen.

Um positive individuelle Zukunftsperspektiven zu sichern und die Wahrnehmung von zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklungen zu verbessern, wurde im Auftrag des BMFJ ein Better-Life-Index Jugend entwickelt. Dazu wurden junge Menschen zwischen 16 und 29 Jahren in die Erstellung in vielfältiger Weise eingebunden um einen Index zu erarbeiten, der auch jene Bereiche berücksichtigt, die junge Menschen als wichtig erachten.

Der Teil B des 7. Berichts zur Lage der Jugend in Österreich (Teil B: Better-Life-Index Jugend) stellt die Entwicklungsschritte dar, gibt einen Überblick über den Better-Life-Index Jugend und zeigt die wichtigsten Ergebnisse hinsichtlich unterschiedlichen Gruppen auf.

STRATEGISCHES ZIEL „GESUNDHEIT“

Strategisches Ziel „Gesundheit“

Österreich liegt bei der Gesundheit Jugendlicher unter den drei besten Ländern in der EU

Gesundheit steht im Wechselspiel mit unterschiedlichen objektiven und subjektiven, sich bedingenden und nicht bedingenden Variablen, und wird ihrerseits von einer Vielzahl an Faktoren beeinflusst. Aus diesem Grund lässt sich Gesundheit allgemein nur schwer erfassen, ohne die Komplexität des Zusammenspiels zu berücksichtigen. Ein bewährter Indikator für die Beurteilung der allgemeinen Gesundheit ist die eigene Gesundheitswahrnehmung, die jedoch auch nur eine Momentaufnahme darstellen kann. Umso wichtiger ist der Blick auf Veränderungen im Laufe von Zeiträumen, um erste Tendenzen erkennen zu können. Diese sind wiederum mit unterschiedlichen Faktoren in Beziehung zu setzen, um Zusammenhänge tiefer analysieren zu können.

Die Beurteilung des eigenen Gesundheitszustands anhand einer 5-stufigen Skala findet sich in unterschiedlichen Erhebungen. Für die Auswahl der Erhebung war ausschlaggebend, dass regelmäßige Aktualisierungen vorgenommen werden, und ein öffentlich zugänglicher Vergleich von europäischen Daten möglich ist. Aus diesen Gründen wurde auf die EU-SILC Erhebungen zurückgegriffen. Die europäische Gemeinschaftsstatistik „Community Statistics on Income and Living Conditions“ (EU-SILC) ist die europäische Gemeinschaftsstatistik, die jährlich in einem Basismodul Daten über Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in allen Mitgliedstaaten der EU sowie ergänzend in Norwegen, Island, der Türkei und der Schweiz, Mazedonien und Serbien erhebt. Zusätzlich werden in thematisch wechselnden Sondermodulen weitere Daten erhoben. Konzipiert wurde EU-SILC, um Aussagen über Armut und soziale Ausgrenzung, die im Zusammenhang mit Gesundheit stehen, treffen zu können, ist somit keine vorwiegend auf die Erhebung von Gesundheitsdaten ausgelegte Studie.

Österreich lag 2012 mit 93,9% der 16 bis 24-Jährigen, die ihren Gesundheitszustand⁴⁷ mit „sehr gut“ oder „gut“ beurteilten, noch über dem Durchschnitt der EU-28 Mitgliedstaaten mit 93,1%. 2013 verringerte sich der Anteil jener, die ihren Gesundheitszustand mit „sehr gut“ und „gut“ bewerteten sowohl im EU-28 Raum auf 92,5%, als auch in Österreich auf 92,2%. Dies entspricht einer Reduktion im EU-28 Raum um 0,6 Prozentpunkte, und in Österreich um 1,7 Prozentpunkte. Während 2014 unter den 16- bis 24-Jährigen im gesamten EU-28 Raum eine leichte Zunahme von 0,1 Prozentpunkten (92,6%) zu verzeichnen war, musste für Österreich ein gegenläufiger Trend festgestellt werden. In Österreich verringerte sich der Anteil der 16- bis 24-Jährigen, die ihren Gesundheitszustand mit „sehr gut“ oder „gut“ bewerteten auf 91,2%. Dies entspricht der Reduktion um 1 Prozentpunkt. Betrachtet man die Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes nach Geschlecht, so zeigt sich, dass im Jahr 2014 annähernd gleich viele 16- bis 24-jährigen Frauen⁴⁸ (91,1%) wie gleichaltrige Männer⁴⁹ (91,3%) ihren Gesundheitszustand mit „sehr gut“ oder „gut“ bewerteten.

⁴⁷ Datenquelle Eurostat EU-SILC, selbstwahrgenommene Gesundheit nach Geschlecht, Alter und Einkommensquintil, [hlth_silc_10],[age:16-24 Jahre], [sex: insgesamt], [levels: sehr gut und gut], [quantile:insgesamt], abgerufen am 10.10.2016

⁴⁸ Datenquelle Eurostat EU-SILC, selbstwahrgenommene Gesundheit nach Geschlecht, Alter und Einkommensquintil, [hlth_silc_10],[age:16-24 Jahre], [sex: Frauen], [levels: sehr gut und gut], [quantile:insgesamt], abgerufen am 10.10.2016

⁴⁹ Datenquelle Eurostat EU-SILC, selbstwahrgenommene Gesundheit nach Geschlecht, Alter und Einkommensquintil, [hlth_silc_10],[age:16-24 Jahre], [sex: Männer], [levels: sehr gut und gut], [quantile:insgesamt], abgerufen am 10.10.2016

STRATEGISCHES ZIEL „GESUNDHEIT“

Ein ähnliches Bild lässt sich erkennen, wenn man die jungen Erwachsenen zwischen 16 und 29 Jahren⁵⁰ im internationalen Vergleich betrachtet. Auch hier ist die selbstwahrgenommene sehr gute und gute Gesundheit im europäischen Vergleich der EU-28 Mitgliedstaaten gesunken. Betrug diese 2012 noch 92%, so sank sie 2013 um 0,6 Prozentpunkte auf 91,4%. In Österreich verringerte sich die der selbst wahrgenommene Gesundheitszustand der 16- bis 29-Jährigen von 92,5%, die ihre Gesundheit 2012 mit „sehr gut“ und „gut“ einschätzten, auf 91,3% im Jahr 2013 (minus 1,2 Prozentpunkte). Auch hier setzt sich dieser Negativtrend 2014 fort. 90,4% der 16- bis 29-Jährigen beurteilten ihren subjektiven Gesundheitszustand 2014 mit „sehr gut“ oder „gut“. Betrachtet man diese Altersgruppe nach Geschlecht, so lässt sich erkennen, dass Frauen ihre subjektive Gesundheit häufiger nicht so gut einschätzen wie Männer. 2014 beurteilten 91,5% der Männer⁵¹ zwischen 16 und 29 Jahren, aber nur 89,2% der Frauen⁵² ihren subjektiven Gesundheitszustand als „sehr gut“ oder „gut.“

Vergleicht man die Einschätzung des subjektiv wahrgenommenen Gesundheitszustandes nach den beiden Altersgruppen⁵³, so fällt auf, dass eine zumindest positive Einschätzung mit zunehmendem Alter sinkt (vgl. 2014: 91,2% der 16-bis 24-Jährigen und 90,4% der 16-bis 29-Jährigen). Auffälliger gestaltet sich dieser Unterschied, wenn man lediglich diejenigen in den Fokus rückt, die ihren Gesundheitszustand als sehr gut einschätzen. Dieser Anteil beläuft sich für das Jahr 2014 bei den 16- bis 24-Jährigen auf 62,2% bzw. bei den 16- bis 29-Jährigen auf 59,6% in Österreich auf Basis von EU-SILC.

Dieser Trend findet sich in ähnlicher Weise auch in den Ergebnissen der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2014. Für den Teil A des 7. Berichts zur Lage der Jugend in Österreich wurden - sofern statistisch möglich - aus der Gruppe der 15- bis 30-Jährigen die 15- bis 24-Jährige ausgewiesen. So beurteilten 95% der 15- bis 24-Jährigen und 94% der 15- bis 30-Jährigen ihre Gesundheit als „sehr gut“ oder „gut“. 55% der 15- bis 30-Jährigen und 56% der 15-bis 24-Jährigen schätzten ihren Gesundheitszustand als sehr gut ein.

Unter den EU-28 Mitgliedstaaten zeigen sich junge Menschen zwischen 16 und 24 Jahren vor allem in den südlichen bzw. östlichen Ländern der EU mit ihrer selbstwahrgenommenen Gesundheit am zufriedensten. Am häufigsten schätzten junge Menschen in Rumänien, gefolgt von Griechenland und Zypern ihren Gesundheitszustand als „sehr gut“ und „gut“ ein. Österreich liegt im Mittelfeld.

Die Verbesserung der subjektiven und objektiven Gesundheit von jungen Menschen zeigt sich in ihren Auswirkungen erst im Laufe der Zeit. Bereits laufende Initiativen der Bundesregierung fokussieren einerseits gesamtgesellschaftlich, aber auch speziell auf junge Menschen. So kann Österreich international ein ausgezeichnetes Gesundheitssystem vorweisen, bei dem Gesundheitsförderung und Prävention eine wesentliche Säule darstellen. Unter Einbindung von Fachexpert/innen und der breiten Öffentlichkeit wurden 10 Rahmen-Gesundheitsziele für Österreich definiert. Diese zeichnen sich durch einen politikübergreifenden Charakter aus, und orientieren sich an den persönlichen, sozialen,

⁵⁰ Datenquelle Eurostat EU-SILC, selbstwahrgenommene Gesundheit nach Geschlecht, Alter und Einkommensquintil, [hlth_silc_10],[age:16-29 Jahre], [sex: insgesamt], [levels: sehr gut und gut], [quantile:insgesamt], abgerufen am 10.10.2016

⁵¹ Datenquelle Eurostat EU-SILC, selbstwahrgenommene Gesundheit nach Geschlecht, Alter und Einkommensquintil, [hlth_silc_10],[age:16-29 Jahre], [sex: Männer], [levels: sehr gut und gut], [quantile:insgesamt], abgerufen am 10.10.2016

⁵² Datenquelle Eurostat EU-SILC, selbstwahrgenommene Gesundheit nach Geschlecht, Alter und Einkommensquintil, [hlth_silc_10],[age:16-29 Jahre], [sex: Frauen], [levels: sehr gut und gut], [quantile:insgesamt], abgerufen am 10.10.2016

⁵³ Datenquelle Eurostat EU-SILC, selbstwahrgenommene Gesundheit nach Geschlecht, Alter und Einkommensquintil, [hlth_silc_10],[age:16-29 Jahre],[16-24 Jahre], [sex: insgesamt], [levels: sehr gut] [quantile:insgesamt], abgerufen am 10.10.2016)

STRATEGISCHES ZIEL „GESUNDHEIT“

wirtschaftlichen oder umweltbedingten Einflussfaktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen, und rücken individuelle Anforderungen den Vordergrund.

Mit der Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie wurde 2011 ein grundlegender Schritt zur nachhaltigen Verbesserung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen unternommen. In 5 thematischen Schwerpunkten werden Maßnahmen gebündelt und weiterentwickelt, die auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen, einen gesunden Start ins Leben, eine gesunde Entwicklung, gesundheitlicher Chancengerechtigkeit sowie die Versorgung von kranken Kindern in spezifischen Bereichen abzielen (siehe BMGF, Kinder und Jugendgesundheitsstrategie

www.bmwf.gv.at/home/Schwerpunkte/Kinder_und_Jugendgesundheit/Kinder_und_Jugendgesundheitstrategie/

STRATEGISCHES ZIEL „NACHHALTIGKEIT“

Strategisches Ziel „Nachhaltigkeit“

50% der Jugendlichen sehen Nachhaltigkeit als wichtiges persönliches und gesellschaftliches Ziel

Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen. Die Forderung, diese Entwicklung „dauerhaft“ zu gestalten, gilt für alle Länder und deren Menschen. Nachhaltige Entwicklung ist jedoch mehr als nur ein zeitgemäßes Schlagwort: Sie ist ein an Langfristigkeit orientiertes Leitbild der Umwelt-, Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Intakte Umwelt, wirtschaftliche Prosperität und sozialer Zusammenhalt sollen gemeinsame Ziele der globalen, nationalen und lokalen Politik sein, damit die Lebensqualität für alle Menschen langfristig gesichert ist.

Im allgemeinen Verständnis setzt sich Nachhaltigkeit aus drei Säulen zusammen: (BMLFUW: www.bmlfuw.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit/nachhaltigkeit.html)

- Ökologische Nachhaltigkeit
Sie umschreibt die Zieldimension, Natur und Umwelt für die nachfolgenden Generationen zu erhalten. Dies umfasst den Erhalt der Artenvielfalt, den Klimaschutz, die Pflege von Kultur- und Landschaftsräumen in ihrer ursprünglichen Gestalt sowie generell einen schonenden Umgang mit der natürlichen Umgebung
- Ökonomische Nachhaltigkeit
Ökonomische Nachhaltigkeit stellt das Postulat auf, dass die Wirtschaftsweise so angelegt ist, dass sie dauerhaft eine tragfähige Grundlage für Erwerb und Wohlstand bietet. Von besonderer Bedeutung ist hier der Schutz wirtschaftlicher Ressourcen vor Ausbeutung.
- Soziale Nachhaltigkeit
Soziale Nachhaltigkeit versteht die Entwicklung der Gesellschaft als einen Weg, der Partizipation für alle Mitglieder einer Gemeinschaft ermöglicht. Dies umfasst einen Ausgleich sozialer Kräfte mit dem Ziel, eine auf Dauer zukunftsfähige, lebenswerte Gesellschaft zu erreichen.

Seit 2013 finden im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit verstärkt Aktivitäten und Angebote zu den Themen Ökologische Nachhaltigkeit, Ökonomische Nachhaltigkeit und Soziale Nachhaltigkeit für Jugendliche und Jugendarbeiter/innen statt. Südwind (www.suedwind.at) erarbeitete beispielsweise ein Methodenhandbuch und Workshops für die außerschulische Jugendarbeit. 2016 legt die Bundesjugendvertretung einen Schwerpunkt auf Globales Lernen in der außerschulischen Jugendarbeit.

JUMP – Jugend-Umwelt-Plattform (www.jugendumwelt.at) führte 2013 eine quantitative Befragung unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Steigerung des Umweltinteresses und zur Optimierung von Angeboten durch⁵⁴. Darüber hinaus wurden jungen Menschen befragt, die sich bereits im Umweltbereich engagieren bzw. die bereits an Angeboten von JUMP teilgenommen haben. Zur detaillierteren Analyse wurden zusätzlich qualitative Interviews mit Expert/innen und jungen engagierten Menschen durchgeführt.

64% der befragten Jugendlichen zeigen Interesse an Umwelt-, Naturschutz-, Klimaschutz- oder Nachhaltigkeitsthemen. Knapp 1/3 (31,4%) interessieren sich eher für diese Themen. Als Gründe für ihr Interesse wurde vor allem an die Zukunft/nachfolgende Generationen (35,7%) genannt. Neben der persönlichen Verantwortung (15,7%), wurde aber auch der Schutz der Natur (14,3%) explizit erwähnt.

⁵⁴ Kurzbericht abrufbar unter:

www.jugendumwelt.at/sites/default/files/user/file_uploads/wasbringts_kurzinfo.pdf

STRATEGISCHES ZIEL „NACHHALTIGKEIT“

Um sich bei einem Angebot zu engagieren, ist für junge Menschen abgesehen von der Grundmotivation und dem Interesse an Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen ausschlaggebend das „Gefühl wirklich etwas bewirken zu können“ (21%), Spaß dabei zu haben“ (20%) und „einen persönlichen Bezug dazu haben“ (19%).

Die Auseinandersetzung mit Globalen Themen findet auch zunehmend Berücksichtigung im österreichischen Bildungssystem und in der schulischen Praxis. Dazu wurde im Auftrag des BMBF eine Strategie zur Stärkung von Globalem Lernen erarbeitet. Das Strategiepapier für das formale Bildungswesen gibt Empfehlungen zur Stärkung von Globalem Lernen in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrer/innen sowie Empfehlungen zur Qualitätsentwicklung von Bildungsangeboten. Weitere Strategiebereiche sollen die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit sowie die Erwachsenenbildung umfassen.

Auch die Einführung des Freiwilligen-Umweltjahrs sowie das Ökologische Freiwillige Jahr zeigen, dass sich Engagement für Nachhaltigkeit weiter verbreitet. Laut der Jugend-Umwelt-Plattform JUMP haben im Berichtsjahr 2014/2015 40 junge Menschen 6 bis 12 Monate in einer gemeinnützigen Einsatzstelle im Umwelt-, Naturschutz- und Nachhaltigkeitsbereich ihr freiwilliges Umweltjahr absolviert. Beim Durchgang 2015/2016 engagieren sich wiederum 40 Teilnehmende im Rahmen des freiwilligen Umweltjahrs.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zeigt alle 2 Jahre in einem umfassenden Monitoring für eine nachhaltige Entwicklung (MONE) wesentliche Entwicklungsschritte für Österreich auf⁵⁵. Anhand von 26 Headline Indikatoren, die durch weitere 52 Indikatoren präzisiert werden, können Aussagen über die nachhaltige Entwicklung Österreichs getroffen werden.

Die Tendenzen lassen auch vermuten, dass auch junge Menschen großen Wert auf Nachhaltigkeit in ihrer Vielfalt legen.

Der Indikator ER3⁵⁶ in MONE2015, der die Verkaufszahlen von Biolebensmitteln im Zeitverlauf (2003-2014) darstellt, zeigt insgesamt einen Anstieg des Absatzes von Bioerzeugnissen in den letzten Jahren. Getrennt nach vier Erzeugnisse (weiße Palette mit Milch und Milchprodukten), Eier, Fleisch (inkl. Geflügel) und Frischobst, ist lediglich ein Rückgang von Milch- und Milchprodukten in 2008 und 2009 zu erkennen. Vor allem Bio-Fleisch und Bio-Frischobst wurden im Vergleich zu 2014 verstärkt gekauft.

Junge Menschen legen Wert auf qualitätsvolle und biologische Lebensmittel. In den zur Erarbeitung des Better Life Index Jugend durchgeführten Workshops, Befragungen und Onlinediskussionen wurde sowohl auf die Verfügbarkeit als auch auf die Leistbarkeit von qualitätsvollen Lebensmitteln verwiesen.

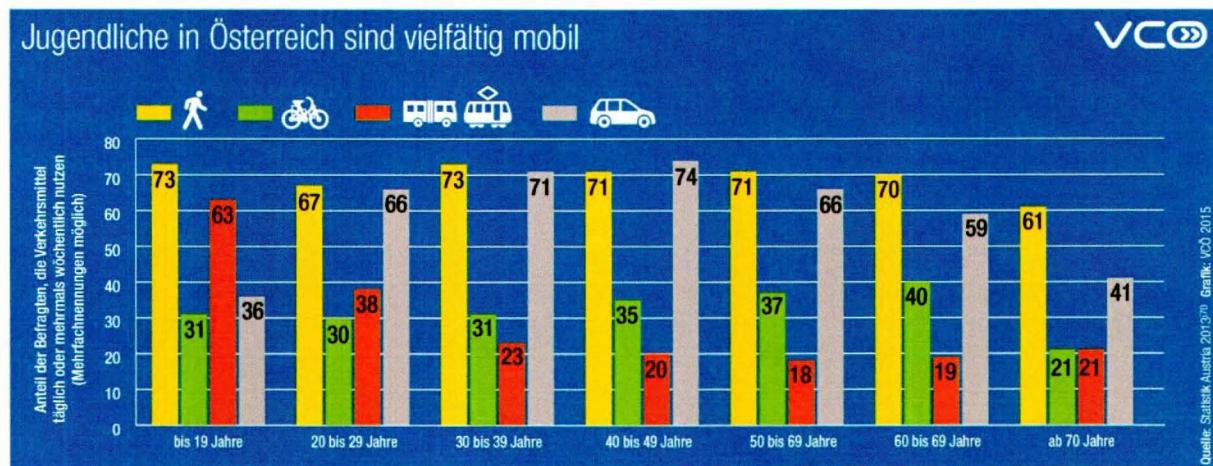
Junge Menschen sind auch vielfältig mobil. Des Verkehrsclub Österreich (VCÖ) zufolge spielt der Öffentliche Verkehr vor allem bei der jüngeren Bevölkerungsgruppe eine wichtige Rolle. So nutzen 63% der bis 19-Jährigen täglich oder mehrmals wöchentlich ein Öffentliches Verkehrsmittel, wohingegen der Anteil der 30 bis 39-Jährigen sich auf 23% reduziert. Dem gegenüber steht die häufige Verwendung des Autos unter den 30 bis 39-Jährigen (71%) im Vergleich zu den bis 19-Jährigen (36%). In beiden Gruppen beläuft sich der Anteil, der täglich oder mehrmals täglich Wege zu Fuß zurücklegt auf 73% sowie 31% mit dem Fahrrad.

⁵⁵ Monitoring für nachhaltige Entwicklung abrufbar unter:
https://www.bmfluw.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit/monitoring_bewertung/monitoring.html

⁵⁶ Indikatoren abrufbar unter: <https://www.nachhaltigkeit.at/assets/customer/Downloads/MONE-Indikatoren/ER3.pdf>

STRATEGISCHES ZIEL „NACHHALTIGKEIT“

ABBILDUNG 4: INFOGRAFIK MOBILITÄTSVERHALTEN IM ALTERSGRUPPENVERGLEICH DES VCÖ



(Infografik unter:

www.vcoe.at/files/vcoe/uploads/Infografiken/Mobilitaet%20Allgemein/Jugendliche%20in%20%C3%96sterreich%20sind%20vielf%C3%A4ltig%20mobil.jpg

Ein Rückgang der ersterteilten⁵⁷ und /oder ausgedehnten⁵⁸ Führerscheine ist auch in der von der Statistik Austria jährlich erstellten Statistik über Führerscheine und Lenkerberechtigungen zu erkennen. Nach Auswertungen der Daten des Führerscheinregisters durch Statistik Austria wurden im Jahr 2015 zusammen rund 118.000 Führerscheine ersterteilt bzw. um weitere Lenkerberechtigungen ausgedehnt. Damit sank deren Zahl im Vergleich zu 2014 um knapp 1%. Längerfristig zeigt sich hingegen gegenüber den Ergebnissen des Jahres 2010 ein Rückgang um 5% (Statistik Austria www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/verkehr/strasse/fuehrerscheine_lenkerberechtigungen/index.html).

Zusätzlich wurden im Berichtsjahr 2015 32.742 Lenkerberechtigungen ausschließlich der Klasse AM („Mopedführerschein“) ausgestellt. Diese berechtigt zum Lenken von Mopeds und vierrädrigen Leichtkraftfahrzeugen. Aber auch hier konnte ein Rückgang von 5% im Vergleich zum Berichtsjahr 2014 (33.356 Berechtigungen) festgestellt werden.

Diese Führerscheinklasse ist vor allem für Jugendliche sehr attraktiv. Fast ausschließlich 15- und 16-jährige junge Menschen erwarben 2015 die Lenkerberechtigung AM (31.711 Personen). In Wien wurden, vermutlich auf Grund des großen Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln, mit 800 die wenigsten AM-Lenkerberechtigungen erteilt, die meisten in Oberösterreich (7.700) und Niederösterreich (6.300).

Um dieses Ziel jedoch in seiner ganzen Bandbreite erfassen zu können, ist eine Meinungserhebung unumgänglich.

⁵⁷ Ersterteilung: erstmalige Erteilung einer Lenkerberechtigung, wobei davor weder im In- noch im Ausland eine Lenkerberechtigung erworben wurde (Antragsart = Ersterteilung). Quelle: Statistik Austria

⁵⁸ Ausdehnung: bestehende Lenkerberechtigungen werden um eine oder mehrere Klassen erweitert (Antragsart = Ausdehnung). Quelle: Statistik Austria

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Maßnahmen der Bundesministerien

Wie an anderer Stelle erwähnt, ist es Anliegen der Österreichischen Jugendstrategie, Politik für junge Menschen (Jugendpolitik) als Querschnittspolitik – und somit als Aufgabe aller Politikbereiche – zu etablieren. Um diesen Querschnitt und auch die Vielfältigkeit schon bestehender Maßnahmen aufzuzeigen wurden die Bundesministerien eingeladen entsprechende exemplarische Beispiele der Umsetzung des Rahmenziels für den Jugendbericht einzumelden.

Die nachfolgende Übersicht ist somit natürlich nicht vollständig. Sie bietet aber einen ersten Einblick über die Breite der auf Bundesebene gesetzten Aktivitäten.

Soweit als möglich wurden einzelne Maßnahmen und Aktivitäten direkt den Strategischen Zielen dieses Rahmenziels zugeordnet. Einige Maßnahmen - und dies ist durchaus positiv zu sehen - sind mit mehreren Zielen verknüpft. Im Sinne der Übersichtlichkeit – und im Hinblick nur exemplarische Beispiele aufzuzeigen – wird jede Maßnahme nur einmal aufgeführt.

Die Reihung der exemplarischen Maßnahmen stellt keine Wertung dar, sondern ergibt sich nach der alphabethischen Auflistung der Kurzbezeichnungen der Bundesministerien. Innerhalb der Auflistung je Bundesministerium werden die gemeldeten Maßnahmen alphabethisch nach ihrem Titel gereiht.

STRATEGISCHES ZIEL ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

Einführung pädagogischer Interventionsmaßnahmen am Nachmittag; 50 Punkte – Plan zur Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich (BMEIA)

Schulen kommt die wichtige Aufgabe zu, in einer immer vielfältiger werdenden Gesellschaft in besonderer Weise auf Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Abwertungsprozesse zu achten. Rassismus und Radikalisierung müssen an Österreichs Schulen rasch erkannt werden. Für jene Schüler/innen, die radikales und rassistisches Verhalten im Schulalltag zeigen, sollen pädagogische Interventionsmaßnahmen am Nachmittag eingeführt werden, die sowohl dem Gemeinwohl als auch zur Reflexion des eigenen Verhaltens dienen. Dazu könnten bspw. Dienste für die Gemeinschaft als Sanktionen herangezogen werden.

Umsetzungsstand/Perspektive: Verhandlungen geplant

Kooperationspartner: BMB

www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Publikationen/Integrationsplan_final.pdf

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER**Prävention von Radikalisierung; 50 Punkte – Plan zur Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich (BMEIA)**

Migrationserfahrungen lösen – je nach sozio-kultureller Herkunft der Migrant/innen – unterschiedlich tiefgreifende Identitätskonflikte aus, die sich auch über mehrere Generationen erstrecken und fallweise sogar vertiefen können. In den Phasen einer sich verändernden Identität ist die Gefahr, in Radikalisierung abzurutschen, besonders hoch. Unter jenen jungen Menschen, die aus Österreich in den sogenannten Dschihad nach Syrien ziehen, finden sich v.a. junge Menschen mit Fluchthintergrund bzw. die zweite Generation der Migrant/innen. Es braucht daher eine Vielzahl an Maßnahmen und einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz, um auf allen Ebenen Radikalisierungstendenzen zu verhindern. Darüber hinaus muss ein Gegennarrativ etabliert werden. Eine effektive Maßnahme zur Prävention und Deradikalisierung betrifft die Dekonstruktion der zugrunde liegenden Ideologie. Gerade Organisationen mit einem islamistischen Hintergrund versuchen gezielt, Flüchtlinge für ihre Agenda zu gewinnen. Ihre Aktivitäten müssen verstärkt beobachtet werden und gegebenenfalls ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen dagegen vorzugehen.

Umsetzungsstand/Perspektive: Verhandlungen geplant

Kooperationspartner: BMFJ, BMI, BMJ, BMEIA, BMB, BMKKVM

www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Publikationen/Integrationsplan_final.pdf

Schulen zur Wissensvermittlung in der Flüchtlingsintegration nutzen; 50 Punkte – Plan zur Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich (BMEIA)

Kinder und Jugendliche haben angesichts der aktuellen Flüchtlingsströme zahlreiche Fragen. Daher soll der aktuelle Diskurs auch in den Schulen aktiv aufgegriffen werden und anhand der Vermittlung von Zahlen, Daten und Fakten eine verbesserte Wahrnehmung und evidenzbasiertes Wissen über die Herkunftsländer der Mitschüler/innen mit Fluchthintergrund geschaffen werden. Im Rahmen des regulären Unterrichts sollen die Hintergründe der aktuellen Krise, aber auch die historische Entwicklung, die politische Lage und der Alltag in den Herkunftsländern von Flüchtlingen diskutiert werden. Dazu sind den Schulen geeignete Unterrichtsmaterialien zur Verfügung zu stellen.

Umsetzungsstand/Perspektive: Verhandlungen geplant

Kooperationspartner: BMB

www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Publikationen/Integrationsplan_final.pdf

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Sozialarbeit an Schulen; 50 Punkte – Plan zur Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich (BMEIA)

Durch die steigende Diversität an Österreichs Schulen kommt es auch zu kulturell bedingten Konflikten zwischen zugewanderten und einheimischen Schüler/innen, aber auch zwischen den zugewanderten Schüler/innen selbst, denn manchmal werden die Konflikte aus den Herkunftsländern in den österreichischen Schulalltag mitgenommen. Es ist anzunehmen, dass sich dieses Konfliktpotenzial durch die Flüchtlingsbewegung noch weiter erhöhen wird. Eine Steigerung der Anzahl an ausgebildeten Schulsozialarbeiter/innen ist notwendig, um Konflikt- und Gewaltpotenziale zu erkennen und zu entschärfen. Darüber hinaus werden insbesondere die Kinder und Jugendlichen mit Fluchthintergrund verstärkt Unterstützung bei der Eingewöhnung im (Schul-)Alltag benötigen. Die Tätigkeiten der Schulsozialarbeiter/innen umfassen darüber hinaus u.a. Hilfe bei sozialem Lernen im Unterricht, vertrauensbildende Maßnahmen, Krisengespräche, Vernetzungsarbeit mit Eltern und anderen Institutionen, Hausbesuche wie auch Vermittlungstätigkeiten und konkrete Hilfestellungen für Kinder und Familien.

Umsetzungsstand/Perspektive: Verhandlungen geplant

Kooperationspartner: BMGF, BMB, BMFJ

www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Publikationen/Integrationsplan_final.pdf

Verpflichtender Ethikunterricht für jene, die keinen Religionsunterricht besuchen; 50 Punkte – Plan zur Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich (BMEIA)

Der Religionsunterricht bietet viel Raum, um sich – im Lichte der jeweiligen Religion – in breiter Art und Weise mit unterschiedlichen ethischen Grundfragen zu beschäftigen. Damit sich alle Schüler/innen – auch jene, die keinen Religionsunterricht besuchen oder davon abgemeldet sind – eingehend mit diesen Fragen beschäftigen, sollte für diese Personengruppe ein verpflichtender Ethikunterricht eingerichtet werden. Dies wäre vor allem für Schüler/innen aus anderen Kulturscharen, wie zum Beispiel Flüchtlingskinder, wichtig.

Umsetzungsstand/Perspektive: Verhandlungen geplant

Kooperationspartner: BMB, Bundesländer

www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Publikationen/Integrationsplan_final.pdf

Werte-Patenschaften; 50 Punkte – Plan zur Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich (BMEIA)

Kurzbeschreibung: Werte sollen erleb- und erlernbar werden, etwa über ein gemeinsames Projekt mit Freiwilligen, wo wichtige Stationen der Wertekultur, wie z.B. das Parlament, besucht werden und deren Bedeutung gemeinsam besprochen wird.

Umsetzungsstand/Perspektive: Im Umsetzungsstadium

Kooperationspartner/innen: Zivilgesellschaftliche Organisationen

www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Publikationen/Integrationsplan_final.pdf

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Better-Life-Index Jugend (BMFJ)

Im Teil B des 7. Berichts zur Lage der Jugend in Österreich wurde unter Beteiligung von jungen Menschen ein Better-Life-Index Jugend im Auftrag des BMFJ erarbeitet. Dabei wird dargestellt, welche Lebensbereiche für junge Menschen wichtig sind und welche Qualität – zumindest aus statistischer Sicht - ihr Leben in Österreich hat. Die Einbeziehung der Jugendlichen erfolgte dabei nicht nur in Form von Fokusgruppen sondern im Wege einer online Befragung sowie einer online-Konsultation.

Bundes-Jugendförderungsgesetz – Förderschwerpunkt 2015/2016: Friedliches Zusammenleben (BMFJ)

Ein friedliches Zusammenleben ist die eine wesentliche Säule für eine funktionierende demokratische Gesellschaft. Dies gilt auf allen Ebenen: global, in Europa und in der EU, in Österreich, in der Gemeinde, in der Klasse, im Jugendzentrum, in der Familie. Es muss klar und sichergestellt sein, dass Gewalt kein Mittel zur Lösung von Konflikten ist und dass es nicht nur um ein Nebeneinander sondern um ein Miteinander geht. Dieser Förderschwerpunkt kann mit Projekten umgesetzt werden, die als Maßnahmen der Gewaltprävention wirksam sind oder die Integration – in einem weitgefassten Verständnis – zum Ziel haben oder thematisieren.

Im Jahr 2015 wurden vom BMFJ zu diesem Förderschwerpunkt insgesamt 100 Projekte in der Gesamthöhe von € 1.961.120,44 finanziell gefördert.

No Hate Speech (BMFJ)

Die 2013 vom Europarat initiierte Jugend-Kampagne „No Hate Speech Movement“ hat es sich zum Ziel gesetzt, Hassreden im Internet zu bekämpfen und junge Menschen dabei zu unterstützen, sich online wie offline für ein respektvolles Miteinander einzusetzen. Sie weist auf die Gefahren von Hassreden für die Demokratie und für den einzelnen Menschen hin und zeigt Möglichkeiten im Umgang mit Hassreden im Netz auf.

Am 20. Juni 2016 wurde ein Nationales Komitee zur Umsetzung der „No Hate Speech“ Initiative in Österreich gegründet. Das Komitee setzt sich aus einer breiten Allianz von Vertretern und Vertreterinnen aus Ministerien und NGOs zusammen. Es will für das Thema Hassreden im Netz sensibilisieren sowie Ursachen und Kontexte thematisieren, um der Akzeptanz von Hassreden entgegen zu wirken und somit Rassismus, Sexismus und Diskriminierung im Netz zu bekämpfen. Jugendliche sollen in ihrem Einsatz für Demokratie und Menschenrechte gestärkt, Aktionen gegen Hate Speech im Netz gebündelt werden.

Die Mitglieder des Komitees berücksichtigen die Ziele der europäischen „No Hate Speech“ Initiative und verbreiten sie in ihrem eigenen Wirkungsbereich

www.bmfj.gv.at/jugend/lebensqualitaet-miteinander/nohatespeech/komitee_nohatespeech.html

Regionale Vernetzungstreffen: „Beiträge der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit zur Integration in Österreich“(BMFJ)

Dieses Projekt dient der Vernetzung und Stärkung der Akteurinnen und Akteure der Jugendarbeit im Rahmen ihrer Tätigkeiten im Feld der Integration. Die Vernetzungstreffen sollen den Gedankenaustausch ermöglichen, den Status Quo aufzeigen, das gegenseitige Lernen an Hand der unterschiedlichen Erfahrungen fördern und eine Brücken- und Signalwirkung haben.

Aktuelle Informationen, Erfahrungen und Good-Practice-Modelle sollen ausgetauscht und daraus resultierende Bedürfnisse, aber auch Anregungen aus der Praxis heraus, aufgezeigt und diskutiert werden. Damit sollen die Jugendarbeit und ihre Beiträge zur Integration und zu einem friedlichen Zusammenleben der verschiedenen Kulturen in den Regionen gestärkt werden.

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

In allen Bundesländern werden jeweils die regionalen Akteurinnen und Akteure, die in der Jugendarbeit und Integration aktiv arbeiten, sowie auch Gemeindeverantwortliche, Magistrate, BJV, bOJA. und das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) zu einem regionalen Vernetzungstreffen eingeladen.

www.bmfj.gv.at/jugend/lebensqualitaet-miteinander/integration/regionale-vernetzungstreffen-integration.html

Schwerpunkt Broschüre „Zusammen halten – Land gestalten“ zu Zukunftsthemen (BMLFUW)

Das BMLFUW unterstützt die Österreichische Landjugend finanziell um die Auseinandersetzung mit agrarischen sowie gesellschaftspolitischen Schwerpunktthemen zu fördern.

Die Landjugend Österreich beschäftigt sich jährlich mit einem aktuellen agrarischen sowie gesellschaftspolitischen Schwerpunktthema. Ziel ist es, dass sich die Mitglieder mit diesen aktuellen, zukunftsweisenden Themen inhaltlich auseinandersetzen und verschiedene Aktionen und Aktivitäten zu den Themen umsetzen. Im Jahr 2016 sind die Themen „Vielfalt Familie“ und „Bäuerliches Unternehmertum“. Die in der Broschüre vermittelten Inhalte werden im Rahmen des Wissens- und Geschicklichkeitsbewerbes 4er-Cup auf kreative und spielerische Weise abgefragt.

Jährlich wird eine Schwerpunkt Broschüre erstellt und diese im ersten Quartal präsentiert. Die Broschüre für 2016 wird Anfang Februar fertiggestellt. Die Auflage beträgt über 2.000 Stück und kann auch auf der Homepage downloadet werden.

Kooperationspartner/innen:: Landjugend Österreich, BMFJ, UWD, LKÖ, verschiedene Institutionen und Autoren welche Beiträge für die Broschüre verfassen.

<https://landjugend.at/programm/allgemeinbildung/schwerpunktthemen/2015/zusammen-halten-land-gestalten>

STRATEGISCHES ZIEL GESUNDHEIT

Arbeitnehmer/innenschutzstrategie (BMASK)

Auch in der österreichischen Arbeitnehmer/innenschutzstrategie 2013 bis 2020 wird – wie bereits in der vorhergehenden Strategie 2007 bis 2012 – ein besonderes Augenmerk auf die verbesserte Integration von Arbeitnehmer/innenschutz in die Aus- und Weiterbildung gelegt.

www.arbeitsinspektion.gv.at/inspektorat/Uebergreifende_Themen/ArbeitnehmerInnenschutzstrategie/

Pflegende Kinder und Jugendliche – Young Carers (BMASK)

Die Studie „Kinder und Jugendliche als pflegende Angehörige“ gab 2012 erstmals mittels wissenschaftlich fundierter Zahlen „Einsicht in die Situation gegenwärtiger und ehemaliger pflegender Kinder in Österreich“.

Bundesweit pflegen rund 3,5% bzw. 42.700 Kinder und Jugendliche – sogenannte Young Carers – im Alter von 5 bis 18 Jahren regelmäßig über einen längeren Zeitraum chronisch kranke Familienmitglieder und übernehmen somit pflegerische Verantwortung. Das durchschnittliche Alter liegt bei 12,5 Jahren.

Darauf aufbauend wurde 2014 ein weiterer Forschungsauftrag zur „Konzeptentwicklung und Planung von familienorientierten Unterstützungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche als pflegende Angehörige“ erstellt. Entwickelt wurde ein evidenzbasiertes Rahmenkonzept für interessierte

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Organisationen zur nachhaltigen Implementierung von zielgruppen- und bedürfnisorientierten Young-Carers-Projekten.

Beide Untersuchungen sind in der „Sozialpolitischen Studienreihe Band 19“ des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz erschienen und sind erhältlich unter <https://broschuerenservice.sozialministerium.at>.

team4young (BMASK, Arbeitsinspektion)

Junge Menschen sind am Arbeitsplatz besonders gefährdet: Ihr Risiko, einen Arbeitsunfall zu erleiden, ist signifikant höher als bei allen anderen Beschäftigten. Deswegen ist es besonders wichtig, dass Jugendlichen – noch bevor sie in das Berufsleben eintreten – präventives Denken und die Sinnhaftigkeit von Arbeitnehmerschutzbestimmungen nahe gebracht werden. In Österreich werden dazu bereits verschiedene Aktivitäten gesetzt. So verfolgt das 1999 ins Leben gerufene „team4young“ der Arbeitsinspektion dieses Ziel. Informationsdefizite von Jugendlichen im Bereich Arbeitsschutz sollen durch ein speziell auf Jugendliche zugeschnittenes Serviceangebot verringert werden. Neben der Zusammenarbeit mit Schulen - liegen die Hauptaktivitäten bei der Organisation und Durchführung von Informations- und Messe-Veranstaltungen. Dabei werden jährlich fast 100.000 Jugendliche erreicht.

www.arbeitsinspektion.gv.at/inspektorat/Personengruppen/Kinder_und_Jugendliche/team4young_Informations_fuer_LehrerInnen_SchuelerInnen_und_Lehrlinge

Gesundheitsförderung in den Rahmenlehrplänen für Berufsschulen (BMB)

Mit 1. September 2016 traten lernergebnis- und kompetenzorientiert gestaltete Rahmenlehrpläne für den berufsschulischen Unterricht für 165 Lehrberufe in Kraft. Dabei wurden in allen Lehrplänen Lernergebnisse zur Prävention von berufsspezifischen Erkrankungen sowie zur ergonomischen Arbeitsplatzgestaltung sowohl im fachtheoretischen als auch im fachpraktischen Unterricht aufgenommen. Für technisch-gewerbliche Lehrberufe wurden darüber hinaus Lernergebnisse zu berufsspezifischen Sicherheits- und Umweltschutzvorschriften formuliert.

Mobile interkulturelle Teams zur Unterstützung von Schulen bei der Integration von Flüchtlingskindern und -jugendlichen (BMB)

Mit April 2016 startete eine neue, aus den Mitteln des "Integrationstopfes" der Bundesregierung für die Initiative des Bildungsministeriums zur Unterstützung von Schulen bei der Integration von Flüchtlingskindern und -jugendlichen.

Mehrsprachige Mitarbeiter/innen (Psycholog/innen, Sozialarbeiter/innen, Sozialpädagog/innen) unterstützen die Schule bei der Integration von Flüchtlingskindern- und jugendlichen durch z.B. Präventionsarbeit mit den Schüler/innen, psychologische, sozialpädagogische und soziale Einzelfallhilfe sowie Krisenintervention, sozialarbeiterische und sozialpädagogische Unterstützung von Lehrkräften und Schulleitungen Beratung bei der Gestaltung von Kommunikationsprozessen (z.B. Elternabende, Konferenzen), regionale Vernetzung aller Stakeholder, Bewusstseinsbildung und Kommunikation mit Flüchtlingsfamilien.

Nationale Strategie zur schulischen Gewaltprävention (BMB)

Mit der Nationalen Strategie zur schulischen Gewaltprävention „Weiße Feder“ unterstützt das Bundesministerium für Bildung zahlreiche Projekte und Maßnahmen für Fairness an den Schulen. Die zentrale Botschaft: keine Toleranz für Gewalt in jeder Form – sei es körperliche, verbale oder psychosoziale Gewalt an Schulen und in der Gesellschaft. Denn Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Respekt, Sicherheit und Geborgenheit in einer gesunden Umwelt, wie das in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1989 formuliert wird.

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Die nationale Strategie legt sechs Bereiche fest, in denen konkrete Maßnahmen zu setzen sind, um umfassende Effekte zu erzielen. Diese Aktivitätsbereiche sind:

- Politisches Bekenntnis zur Initiative für Gewaltprävention an Schulen
- Information und Öffentlichkeitsarbeit
- Vernetzung und Kooperation
- Wissensaustausch sowie Aus- und Weiterbildung
- Prävention und Intervention in Kindergärten und Schulen
- Forschung und Evaluation.

www.schulpsychologie.at/gewaltpraevention

Psychosoziale Beratung in und um Schule (BMB)

Es ist ein wichtiges strategisches Ziel des Bundesministeriums für Bildung, die Kommunikation, Kooperation und Koordination der psychosozialen Angebote in und um Schulen zu verbessern. Diese zentralen bundesweiten Unterstützungssysteme sind Lehrer/innen mit Zusatzausbildung wie Schüler- und Bildungsberater/innen, Beratungs-, Betreuungslehrer/innen und Psychagogen/innen, sowie Angehörige anderer Professionen wie Schulpsycholog/innen, Schulsozialarbeiter/innen, Jugendcoaches und Schülärzt/innen, die Schulen bei der Bewältigung psychologischer, gesundheitlicher und sozialer Herausforderungen unterstützen. Diese decken potentiell ein weites Feld ab, die eingebrachten Kompetenzen ergänzen einander.

www.schulpsychologie.at/kokoko

Ausbau und Neugestaltung der schulärztlichen Untersuchungen; 50 Punkte – Plan zur Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich (BMEIA)

Die Kindheit und Jugend sind in Bezug auf die Gesundheit(-skompetenz) wichtige Lebensphasen, weil darin die Verhaltensweisen der späteren Lebensjahre entscheidend geprägt werden. Zahlreiche Berichte zeigen auf, dass ein deutlicher gesundheitspolitischer Handlungsbedarf bei Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter besteht (was auch für Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund ein wichtiges Thema ist). Es gilt daher in schulärztliche Untersuchungen auch psychologische Maßnahmen verstärkt einzubauen sowie die schulärztlichen Untersuchungen auch in ihrer verpflichtenden Frequenz zu erhöhen. Überdies ist auf eine Zusammenarbeit mit Schulsozialarbeiter/innen sowie eine Vernetzung mit den Ergebnissen aus Mutter-Kind-Pass – Untersuchungen bzw. aus dem geplanten Kinder- und Jugendgesundheitspass hinzuarbeiten. Österreichweit einheitliche Qualitätsstandards der Untersuchungen sind anzustreben. Weiters sollen die schulärztlichen Erkenntnisse und Daten als Grundlage für gezielte Präventionsmaßnahmen im Gesundheitsbereich statistisch erfasst werden.

Umsetzungsstand/Perspektive: Verhandlungen geplant

Kooperationspartner: BMB, Bundesländer, Gemeinden

www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Publikationen/Integrationsplan_final.pdf

Bericht zur Studie „Nutzung von (Online-) Glücksspielen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Österreich“(BMF)

Bereits im Jahr 2012 Vorgespräche mit namhaften Wissenschaftern sowie mit dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (nunmehr Bundesministerium für Familien und Jugend - BMFJ) zur möglichen Erstellung einer Studie zu Onlineglücksspiel bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Diese wurde in weiterer Folge im Jahr 2013 von einem renommierten Institut durchgeführt. Die Spielerschutzstelle war neben anderen namhaften Expertinnen aus den Bereichen Spielsucht und/oder Jugendliche im abschließenden Workshop vertreten, im Zuge dessen wichtige

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Resultate der Studie im Hinblick auf Jugendschutz definiert und daraus erste Präventionsmaßnahmen abgeleitet und diskutiert wurden.

Die Ergebnisse des Workshops flossen in den Endbericht zu dieser Studie zur Nutzung von (Online)Glücksspiel bei jungen Menschen in Österreich ein.

Das Projekt ist bereits abgeschlossen, der Bericht ist unter http://jugendkultur.at/wp-content/uploads/Berichtsband_Studie_Jugend_und_Gluecksspiel.pdf, die Ergebnisse des Expertenworkshops sind unter http://jugendkultur.at/wp-content/uploads/Ergebnisse_ExpertInnenworkshop_Gluecksspielstudie.pdf zu finden. Diese und weitere Informationen finden sich auch unter <http://jugendkultur.at/glueckspiel-und-jugend/>.

Betriebliche Gesundheitsförderung für Lehrlinge in den Regionen (BMF)

Im Bundesministerium für Finanzen wird das Modell der Beschäftigungsfähigkeit umgesetzt, weshalb der Begriff „Gesundheit“ wesentlich umfassender betrachtet wird.

Die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit ist im BMF ein Teil der Personal- und Organisationsentwicklung und damit ein integrierendes Element des Managementsystems.

Um die Beschäftigungsfähigkeit zu entwickeln und ein Arbeitsleben lang zu bewahren, müssen sowohl die organisatorischen Rahmenbedingungen gesundheitsfördernd gestaltet sein, als auch die drei Eckpunkte Kompetenzen, Motivation & Engagement sowie physische und psychische Gesundheit gepflegt werden.

Speziell für den Bereich der Lehrlinge bedeutet dies, dass alle Lehrlingsausbildner eine Grundschulung im Bereich der Arbeitspsychologie erhalten um gewährleisten zu können, dass die Lehrlinge gut in das System BMF eingeführt werden. Des Weiteren werden Workshops zum Thema Suchtprävention für Lehrlingsausbildner angeboten. Für die Lehrlinge selbst gibt es die Möglichkeit an einem so genannten GOAL Seminar teilzunehmen, als Berufs- und Lebenszielplanung.

Auch steht den Lehrlingen ein umfangreiches BGF-Programm zur freiwilligen Teilnahme zur Verfügung, beginnend bei Aktivitäten für den Bereich Grundlagenausdauer und Körperarbeit, über Maßnahmen im Bereich Stressabbau und Entspannung, kostenlose Impfungen sowie medizinische Gesundheitsvorsorgeprogramme, Workshops und Vorträge.

Ein modernes, generationenspezifisches Personalmanagement gewährleistet einen gesicherten Wissenstransfer von „alt“ nach „jung“ und wurde durch das Projekt „15/65“ auch mit dem Preis Nestor Gold ausgezeichnet.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (2015 Audit Beruf und Familie in der Region Mitte) ist ein wesentlicher Teil der sozialen Verantwortung in der Unternehmenskultur. Familienfreundliche Maßnahmen motivieren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, durch ein spezielles Förderungsprogramm wird der Fokus auf Lehrlinge gerichtet.

Workshops für Jugendliche im Bereich Spielsuchtprävention (BMF)

Im Präventionsbereich arbeitet die Spielerschutzstelle im BMF insbesondere intensiv mit der Arbeitsgemeinschaft für Suchtvorbeugung zusammen, der die in allen neun Bundesländern eingerichteten Fachstellen für Suchtprävention angehören. Im Jahr 2014 wurde im Auftrag der I/SP durch das Institut Suchtprävention pro mente OÖ ein Workshop zur Spielsuchtprävention für 14- bis 17-jährige Jugendliche, sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich, ausgearbeitet und 2015 in einer Pilotphase schulisch wie auch außerschulisch in unterschiedlichen Settings durchgeführt sowie begleitend formativ evaluiert wurde. 2016 wurde der Endbericht zum gegenständlichen Projekt gelegt, der dieser Präventionsmaßnahme in allen Settings sehr positive Ergebnisse bescheinigt. Derzeit laufen Überlegungen, die gegenständliche Informationsoffensive weiter auszubauen bzw. auszurollen. Es hat sich gezeigt, dass aufgrund derartiger Bildung-/Informationsmaßnahmen bei

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Jugendlichen gute Ergebnisse in Bezug auf Veränderungen auf der Wissens- und Einstellungsebene, einschließlich der Korrektur fehlerbehafteter Kognitionen, erzielt werden⁵⁹.

Es ist geplant, diese Informationsoffensive in einem weiteren Schritt weiter auszurollen bzw. mit weiteren Kooperationspartnern auszubauen. Langfristiges Ziel ist es, eine österreichweite flächendeckende Spielsuchtprävention in der Fokusgruppe der Jugendlichen, schulisch wie auch außerschulisch, zu gewährleisten.

Aktionsplan Frauengesundheit - Zwischenbericht (BMGF)

Der Zwischenbericht des Aktionsplans Frauengesundheit ist entlang der Lebensphasen von Frauen strukturiert (Jugend, Berufsleben, Alter). Durch die gendermedizinische Forschung gesammeltes Wissen über geschlechtsspezifische Unterschiede in den Lebenswelten, Gesundheitsbedürfnissen und im Gesundheitsverhalten, unterschiedliche Betroffenheit von Krankheiten und Reaktionen auf Behandlungen werden berücksichtigt und in Abhängigkeit vom Alter differenziert gewichtet. Konkret werden 40 Maßnahmen definiert, die für Frauen in Österreich einen gesundheitlichen Vorteil bringen (10 für Mädchen & jungen Frauen, 10 für Frauen im Erwerbsalter, 10 für ältere Frauen, 10 für alle Frauen). Von Ende August bis 13. Oktober 2015 wurde der von Expert/innen erarbeitete Entwurf des Aktionsplans einer öffentlichen Konsultation unterzogen. Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen waren eingeladen, ihren Beitrag zur kooperativen Entwicklung zu leisten. Die Fertigstellung des Aktionsplans Frauengesundheit ist 2016 geplant.

Zwischenbericht Frauengesundheit:

www.bmwf.gv.at/home/Gesundheit/Frauengesundheit/Aktionsplan_Frauengesundheit

Beratungsstelle gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen (BMGF)

Der Verein Selbstlaut - gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen; Vorbeugung/Beratung/Verdachtsbegleitung in Wien unterstützt Pädagog/innen, Sozialarbeiter/innen und auch Erziehungsberechtigte, betroffenen Kindern Sprechhilfe zu geben, etwas für die ganze Klasse/Gruppe zu tun und weder übereilt zu handeln noch wegzuschauen, kurz sexuelle Gewalt professionell und möglichst nachhaltig zu beenden. Angeboten werden u.a. Schulungen für Multiplikator/innen zu den Bereichen Verdacht auf sexuellen Missbrauch, Prävention, Elternarbeit, Intervention, sexuelle Übergriffe unter Kindern und Jugendlichen, Sexualerziehung, Grundlagen zu Traumatheorien, Missbrauch in Institutionen, Internetkinderpornografie, sexuelle Gewalt in und durch Medien, Mobbing und andere Verschränkungen von Gewalt mit sexualisierter Gewalt, Täter abweisende Schutzkonzepte für Institutionen auf der Leitungsebene u.a.m.

www.selbstlaut.org

Die Rahmen-Gesundheitsziele für Österreich (BMGF)

Die Rahmen-Gesundheitsziele für Österreich stellen einen innovativen und breit abgestimmten Prozess dar, der durch Bürgerbeteiligung und aktive intersektorale Kooperation mit zahlreichen Stakeholdern entstanden ist. Die zehn Rahmen-Gesundheitsziele sollen richtungsweisend sein und einen gemeinsamen Handlungsrahmen für die nächsten 20 Jahre bilden. Erklärtes Ziel ist die Erhöhung der gesunden Lebensjahre aller in Österreich lebenden Menschen, unabhängig vom Bildungsstatus, Einkommenssituation oder Lebensumständen. Die Rahmen-Gesundheitsziele rücken jene Faktoren in

⁵⁹ Hayer und Kalke, Deutscher Suchtkongress 2015, Universität Hamburg, September 2015

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

den Vordergrund, die die Gesundheit entscheidend beeinflussen, wie etwa Bildung, Arbeitssituation, soziale Sicherheit oder Umwelteinflüsse (Gesundheitsdeterminanten). Im Sinne von „Health in All Policies“ (Gesundheit in allen Politikfeldern) sind mehr als 40 Institutionen im Rahmen-Gesundheitsziele-Plenum vertreten und unterstützen die Weiterentwicklung der Ziele. Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist ein besonders wichtiger Aspekt in den Rahmen-Gesundheitszielen. Das Ziel 6 „Gesundes Aufwachsen für Kinder und Jugendliche bestmöglich gestalten und unterstützen“ beschäftigt sich ausschließlich mit Kindern und Jugendlichen, da in der frühen Lebensphase die Grundlage für eine gesunde Lebensweise und lebenslange Gesundheit gelegt wird. Das Rahmen-Gesundheitsziel 6 baut auf der 2011 beschlossenen Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie auf. Die Umsetzung und Weiterentwicklung des Ziels 6 werden im Komitee für Kinder- und Jugendgesundheit behandelt. Zusätzlich gibt es zahlreiche relevante Querverbindungen zu den restlichen 9 Rahmen-Gesundheitszielen.

www.gesundheitsziele-oesterreich.at/arbeitsgruppen

Im Rahmen der Erarbeitung eines konkreten Strategie- und Maßnahmenkonzeptes wurden bisher zu fünf Rahmen-Gesundheitszielen (R-GZ 1, 2, 3, 6 und 8) intersektoral besetzte Arbeitsgruppen begonnen und Berichte mit konkreten Wirkungszielen, politikfeldübergreifende Maßnahmen, Indikatoren und Messgrößen fertiggestellt. 2016 werden zwei weitere Ziele (R-GZ 9 und 4) in intersektoralen Arbeitsgruppen bearbeitet. Die Arbeitsgruppe zum Ziel 9 (Psychosoziale Gesundheit) tagt seit April 2016. Die Arbeitsgruppe zum Ziel 4 (Umwelt) wird voraussichtlich im Dezember 2016 starten.

Die Liste der Kooperationspartner/innen und Plenumsmitglieder kann auf der R-GZ Website abgerufen werden: www.gesundheitsziele-oesterreich.at/beteiligte

www.gesundheitsziele-oesterreich.at

Frauenhelpline gegen Männergewalt (BMGF)

Die von der Frauenministerin geförderte Frauenhelpline gegen Männergewalt (www.frauenhelpline.at) des Vereins der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser (AÖF) bietet unter der Telefonnummer 0800 222 555 anonyme, kostenlose und unbürokratische Erst- und Krisenberatung an 365 Tagen im Jahr, 24 Stunden pro Tag an. Sie ist bei sämtlichen Gewaltformen (inkl. Zwangsheirat) Anlaufstelle und vermittelt bei Bedarf gezielt an spezialisierte Einrichtungen weiter.

www.frauenhelpline.at

Geförderte Fachberatungsstellen bei sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen (Frauennotrufe) (BMGF):

Frauennotrufe bieten Frauen und Mädchen, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind, niederschwellige Fach- und Krisenberatungsleitungen. Die Beratungen sind

- parteilich für Frauen und Mädchen
- vertraulich oder auf Wunsch anonym
- unabhängig von einer Anzeige
- kostenlos

www.bmb.gv.at/frauen/services/frauenberatungseinrichtungen/frauennotrufe.html

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Geförderte Mädchen- und Frauenberatung in Österreich (BMGF)

Ein hochwertiges Beratungsangebot in ganz Österreich unterstützt Frauen und Mädchen beim Abbau von Benachteiligungen. Dazu gehören die Chancengleichheit und Wahlfreiheit für eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte Lebensführung, die Integration in das Berufsleben unter besonderer Berücksichtigung der Schließung der Lohn- und Gehaltsschere sowie die Stärkung der Eigeninitiative zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Bundesweit stehen 58 anerkannte Frauenservicestellen sowie eine österreichweite Onlineberatung aufgrund ihres ganzheitlichen Beratungsangebotes für alle Hilfe und Beratung suchenden Frauen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Alter und für alle Problemlagen zur Verfügung. Folgende anerkannte Frauenservicestellen haben sich besonders auf die Zielgruppe der Mädchen spezialisiert:

- Mafalda, Verein zur Förderung und Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen, Graz
- Mädchenzentrum Klagenfurt
- Verein Sprungbrett, Wien
- Amazone, Verein zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit, Bregenz

www.bmb.gv.at/frauen/services/frauenberatungseinrichtungen/index.html

Informationsstelle gegen Gewalt (BMGF)

Der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF), Wien betreibt eine Informationsstelle gegen Gewalt an Frauen und Kindern in der Familie. Ein Arbeitsschwerpunkt ist die Gewaltpräventionsarbeit im Schul- und Bildungsbereich, die Produktion von Informationsmaterialien zum Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder, Schulungsangebote für alle Berufsgruppen, die beruflich mit häuslicher Gewalt konfrontiert sind, Sensibilisierungsmaßnahmen in der Erwachsenenbildung sowie die Vernetzung mit zahlreichen Institutionen.

www.aoef.at/index.php/informationsstelle-gegen-gewalt

JANPA – EU Joint Action on Nutrition and Physical Activity (BMGF)

Österreich nimmt seit September 2015 an einer EU-weiten Initiative, der Joint Action on Nutrition and Physical Activity, teil, zur Umsetzung des EU Action Plan on Childhood Obesity (Aktionsplan zur Bekämpfung von Übergewicht bei Kindern).

Das Ziel von JANPA ist, gemeinsam Daten zu generieren, Know-how auszutauschen, Methoden zu verfeinern und Modelle guter Praxis zu identifizieren, um anschließend koordiniert wirksame Maßnahmen zu setzen, die kindliches Übergewicht und Adipositas eindämmen. Die enge Kooperation der Partnerorganisationen gewährleistet eine optimale Vernetzung und Kommunikation untereinander und nach Außen.

JANPA Ergebnisse werden sich an Entscheidungsträger/innen, Multiplikator/innen und alle Organisationen und Personen wenden, die einen Beitrag im Kampf gegen Übergewicht und Adipositas leisten können, sowie direkt an Kinder und Jugendliche, Mütter und Familien.

JANPA besteht aus 7 Arbeitspaketen. Für Österreich beteiligen sich AGES und BMGF neben den (verpflichtenden) allgemeinen Arbeitspaketen (WP 2 und WP 3) an zwei weiteren spezifischen Arbeitspaketen. („Nährwertinformationen nutzen“, „Frühe Interventionen“). Start von JANPA war am 1. September 2015, die Laufzeit beträgt 27 Monate.

Kooperationspartner/innen: EU, AGES

www.janpa.eu/

www.ages.at/themen/ernaehrung/janpa-ernaehrung-bewegung/

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie (BMGF)

Zur nachhaltigen Verbesserung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat das BMGF mit 180 Expert/innen den Kindergesundheits-Dialog geführt, woraus sich die Kindergesundheitsstrategie entwickelte, die im Herbst 2011 veröffentlicht wurde. Seither wurde die Strategie dreimal upgedatet, in Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie umbenannt. Im Fokus des noch in Bearbeitung befindlichen Updates 2016 steht das Thema „Versorgung von kranken Kindern und Jugendlichen in spezifischen Bereichen“.

Kooperationspartner/innen: BMB, BMLVS, BMASK, BMFJ, BMLFUW, HVB, Bundesländer, Österreichische Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde, Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit, Bundesjugendvertretung, bundesweites Netzwerk offene Jugendarbeit (bOJA)

www.bmwf.gv.at/home/Schwerpunkte/Kinder_und_Jugendgesundheit/Kinder_und_Jugendgesundheitstrategie/

Kostenfreies Impfkonzept (BMGF)

Das kostenfreie nationale Impfprogramm hat das Ziel, allen in Österreich lebenden Kindern bis zum 15. Lebensjahr Zugang zu den für die öffentliche Gesundheit wichtigen Impfungen zu ermöglichen, ohne dass dafür den Erziehungsberechtigten Kosten erwachsen. Auf diese Weise sind die meisten durch Impfungen vermeidbaren Krankheiten im Kindes- und Jugendalter abgedeckt. Priorität bei der Auswahl der kostenfreien Impfungen haben nach dem letzten Stand des Wissens einerseits sehr häufig vorkommende Erkrankungen, andererseits seltene sehr schwer verlaufende Krankheiten.

So stehen für Schulkinder im kostenfreien Impfkonzept Impfungen gegen Diphtherie-Tetanus-Polio-Pertussis, Hepatitis B, Meningokokken ACWY, und Humane Papillomaviren zur Verfügung. Zudem steht die Masern-Mumps-Röteln-Impfung in Österreich allen Personen ohne Altersgrenze kostenfrei zur Verfügung.

Das kostenfreie Kinderimpfprogramm wird finanziert vom Bundesministerium für Gesundheit und Frauen, den Bundesländern und dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

www.bmwf.gv.at/home/Gesundheit/Gesundheitsförderung_Prävention/Impfen/Kostenloses_Kinderimpfkonzept

Mädchen mit Migrationshintergrund: Zwangsheirat und Female Genital Mutilation (FGM) (BMGF)

Der Verein Orient Express in Wien ist Anlaufstelle, Informations- und Kompetenzzentrum für von Zwangsheirat und/oder FGM bedrohte bzw. betroffene Mädchen und jungen Frauen sowie deren Mütter. Er führt Workshops durch, leistet Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit mit Multiplikator/innen, stärkt Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund in ihrer Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung. Zusätzlich bietet eine Notwohnung Schutz und Unterkunft für Mädchen und junge Frauen, die von Zwangsheirat bedroht oder betroffen sind.

www.orientexpress-wien.com

"MonA-Net" Mädchen online Austria Netzwerk (BMGF)

Mona-Net spricht Mädchen zielgruppengerecht in Form einer Internetcommunity an. Die Mädchen haben die Möglichkeit, sich hier über verschiedene Themen zu informieren bzw. sich im Helpdesk mit ihren Problemen und Fragen anonym an eine Psychologin und/oder Sozialpädagogin zu wenden, um professionelle Hilfe und Beratung zu erhalten. Eine akademische Bildungs- und Berufsberaterin bietet auch Onlineberatung an.

www.mona-net.at

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Mutter-Kind-Pass (BMGF)

Nach Feststellen einer Schwangerschaft erhält jede Schwangere mit Wohnsitz in Österreich einen Mutter-Kind-Pass. Der Pass dient der gesundheitlichen Vorsorge für Schwangere und Kleinkinder bis zum fünften Lebensjahr. Die im Mutter-Kind-Pass-Programm vorgesehenen Untersuchungen sind eine Gelegenheit zur Früherkennung und rechtzeitigen Behandlung von Krankheiten sowie zur Kontrolle des Entwicklungsstandes des Kindes. Zur zeitgemäßen Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes wurde ein interdisziplinärer, multiprofessioneller Arbeitsprozess gestartet. Eine Facharbeitsgruppe wurde eingesetzt, deren Aufgabe es ist, nach einem standardisierten Verfahren fachlich abgestimmte Empfehlungen zu Screenings von möglichen gesundheitlichen Bedrohungen (beginnend mit der Schwangerschaft bis zum fünften Lebensjahr des Kindes) im Konsens zu verabschieden. Diese Empfehlungen werden im nächsten Schritt, in Form eines Ergebnisberichts, einem Entscheidungsgremium vorgelegt, welches über die Aufnahme oder Nicht-Aufnahme einer Maßnahme/einer Screening-Methode in ein weiterentwickeltes Mutter-Kind-Pass-Programm entscheidet.

www.bmwf.gv.at/home/Schwerpunkte/Gesundheitsförderung_Prävention/Eltern_und_Kind/Mutter_Kind_Pass

Österreichische Suchtpräventionsstrategie (BMGF)

Gesellschafts- und gesundheitspolitisch gilt es, negative Auswirkungen und Schäden im Zusammenhang mit dem Gebrauch von legalen und illegalen Suchtmitteln für Einzelne und für die Gesellschaft so gering wie möglich zu halten. Gleichermaßen gilt dies für den Bereich der nicht substanzgebundenen Abhängigkeiten bzw. Verhaltensstörungen.

Die Strategie definiert einen Orientierungsrahmen für die Entwicklung und Umsetzung (auch) von Suchtpräventionsmaßnahmen. Zeitgemäße Suchtprävention ist demnach qualitätsgesichert und evidenzbasiert und Aufgabe von gut ausgebildeten und kompetenten Präventionsfachleuten. Mit den in den Bundesländern implementierten Fachstellen für Suchtprävention stehen Kompetenzzentren zur Verfügung, mit denen Präventionsaktivitäten mit allen Bereichen - wie z.B. in der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit, in Betrieben usw., sowie die Mitwirkung von Expert/innen im Sinne professioneller und kohärenter Umsetzung abgestimmt sein sollen.

Kinder und Jugendliche werden in der Österreichischen Suchtpräventionsstrategie als vorrangige direkte Zielgruppe im Interventionsfeld Suchtprävention identifiziert. Vor dem Generalziel, den Konsum von psychotropen Substanzen und den Einstieg in andere Verhaltensweisen mit Sucht- bzw. Risikopotenzial möglichst gering zu halten, soll bei der Zielgruppe Kinder und Jugendliche erstmaliger Substanzkonsum verhindert bzw. möglichst weit hinausgezögert werden. Andererseits soll Kompetenzbildung gestärkt werden, so dass riskante Verhaltensweisen oder Suchtentwicklung unwahrscheinlich werden.

BMGF (2015): Österreichische Suchtpräventionsstrategie. Strategie für eine kohärente Präventions- und Suchtpolitik

www.bmwf.gv.at/home/Suchtpräventionsstrategie

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Samara - Verein zur Prävention von (sexualisierter) Gewalt, (Pilotprojekt Wien) (BMGF)

Eines der Hauptziele des Projekts ist, für Mädchen und Buben die Schutzfaktoren vor Gewalt zu erhöhen und die Risikofaktoren zu senken. In manchen Fällen sexualisierter Gewalt schweigen Mädchen und Buben aus kulturell bedingten Gründen. Fallweise haben Mädchen und Buben in ihrer kulturellen und religiösen Sozialisation gelernt, dass Sexualität generell ein Tabu ist, daher sitzt die Botschaft in keine sexuellen Handlungen, auch unfreiwilliger Natur, verwickelt zu werden, sehr tief. U.a. sollen Pädagog/innen sensibilisiert werden, kulturspezifische und sozial bedingte Faktoren bei Gewaltprävention besser zu erkennen und Mädchen, Buben und deren Eltern aus verschiedenen Kulturen passende Angebote zu machen.

www.praevention-samara.at/

Tabakpräventionsinitiative "YOLO" (BMGF, GÖG bzw. FGÖ)

Die 2015 ins Leben gerufene und auch 2016 fortgeführte Initiative richtet sich mit unterschiedlichen Aktivitäten und Mitteln speziell an 10- bis 14-Jährige, ist unter Einbeziehung der ARGE Suchtvorbeugung bzw. der Fachstellen für Suchtprävention mit dem Präventionsprogramm "plus" gekoppelt, und bietet auch Hilfestellungen für Eltern und Erziehungsberechtigte.

www.yolo.at

www.suchtvorbeugung.net/plus/

Unser Schulbuffet (und „Die gute Wahl“) (BMGF)

2011 wurde die Initiative „Unser Schulbuffet“ als Maßnahme des Nationalen Aktionsplans Ernährung und zur möglichst breiten Umsetzung der Leitlinie Schulbuffet (Mindeststandard für ein gesundes Verpflegungsangebot an Schulbuffets) mit dem Ziel, ein gesundheitsförderliches Jausenangebot zu fördern, ins Leben gerufen. Die Initiative „Unser Schulbuffet“ wurde von 2011 bis 2014 aus den Vorsorgemitteln „Ernährung“ der Bundesgesundheitsagentur finanziert. Bis Ende 2014 konnten ungefähr 350 Buffetbetriebe und dadurch 200.000 Schüler/innen erreicht werden. Das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen hat sich darum bemüht, die Initiative auch nach dem Auslaufen der Finanzierung durch Kooperationen mit geeigneten Organisationen in den Bundesländern weiterzuführen. Dies ist in der Steiermark (Gesundheitsfonds Steiermark), in Kärnten (Land Kärnten), im Burgenland (Burgenländische Gebietskrankenkasse) und in Niederösterreich (Niederösterreichischer Gesundheits- und Sozialfonds) gelungen.

Im Zuge eines zweiten Projekts („Die gute Wahl“), das auf „Unser Schulbuffet“ aufbaut, werden 2016 verschiedene Kennzeichnungsmodelle für die Sichtbarmachung des Nährwerts von Lebensmitteln getestet. Diese so genannten Symbolkennzeichnungsmodelle sollen bei der Lebensmittelauswahl unterstützen. Im Rahmen des Projekts werden vier in anderen Ländern auf freiwilliger Basis bereits eingeführte Modelle an einzelnen Schulbuffets erprobt. Geprüft wird einerseits die Machbarkeit in der Praxis, ob das Ernährungswissen erhöht und das Ernährungsverhalten beeinflusst wird und welches Modell am praktikabelsten ist und die Gesundheitskompetenz der Kinder und Jugendlichen fördert.

Kooperationspartner/innen: Stmk (Styria Vitalis, Gesundheitsfond Stmk), Bgld (BGKK, PGA) Kärnten (Land und KGKK), NÖ (NÖ tut gut).

www.bmgf.gv.at/home/Schwerpunkte/Ernaehrung/Unser_Schulbuffet/

www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/2/4/1/CH1489/CMS1460535265672/diegute_wahl.pdf

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

„Durchführung der jährlichen Stellung“ (BMLVS)

In Vollziehung der allen Wehrpflichtigen auferlegten Stellungspflicht (§ 18 Wehrgesetz), die als solche einen Teil der Bündelpflicht Wehrpflicht selbst darstellt, wird in den sechs Stellungsstraßen des Bundesheeres jedes Jahr jener Geburtsjahrgang der österreichischen männlichen Staatsbürger gestellt, der im betreffenden Jahr das 18. Lebensjahr vollendet. Dabei erfolgt zielgerichtet eine Reihe von Untersuchungen, die vordergründig die körperliche und geistige Eignung eines Wehrpflichtigen zum Wehrdienst feststellen. Durch den Umfang der Einzeluntersuchungen, ihre Qualität und die dabei zum Teil erstmals systematisch sichtbar gemachten Gesundheitsmängel, als deren Folge den jungen Staatsbürgern oftmals eine weiterführende Untersuchung in zivilen Gesundheitseinrichtungen oder eine Therapie empfohlen wird, stellt sie aber auch ein adäquates Mittel dar, um zur Erhaltung bzw. auch Verbesserung im Sinne einer Wiederherstellung eines wünschenswerten Gesundheitszustandes aller Wehrpflichtigen beizutragen. Damit leistet das Bundesheer einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Volksgesundheit bei männlichen Staatsbürgern in dieser Altersgruppe.

Wie bereits ausgeführt, ist die Stellungspflicht ein Teil der Wehrpflicht. Die Untersuchungen werden daher durch eigenes medizinisches Personal und eigens dafür geschaffene Organisationselemente seit Jahrzehnten mit großem Erfolg wahrgenommen.

www.bundesheer.at

STRATEGISCHES ZIEL NACHHALTIGKEIT

Lernort Denkmal (Vermittlungsprogramm des Bundesdenkmalamts für Kinder und Jugendliche); Bundeskultureinrichtungen/nachgeordnete Dienststellen Kultur (BDA) (BKA)

Kinder und Jugendliche sind die Denkmalpfleger/innen von morgen – und somit erste Zielgruppe: LERNORT DENKMAL möchte Pädagog/innen und Schüler/innen einladen, Denkmal-Projekte in Kooperation mit dem Bundesdenkmalamt durchzuführen.

Diese Zusammenarbeit von Schule und Denkmalexpert/innen ermöglicht hierbei eine lebendige Auseinandersetzung mit Denkmalen und ihrer Erhaltung und Pflege. Junge Menschen, die sich mit Denkmalschutz und Denkmalpflege ernsthaft auseinandersetzen, sind Garanten für den Fortbestand unseres kulturellen Erbes. Sensibilisierung und Wertschätzung für die Zeugen unserer Geschichte und Vergangenheit in der Gegenwart für die Zukunft zu lernen ist Zielsetzung des Programms. Das Programm umfasst u.a. Denkmaltage für Schulen, den „Denkmalkoffer“, Girl's Day im Bundesdenkmalamt und Schulprojekte. Detailinformationen abrufbar unter www.lernortdenkmal.at/info/lernort-denkmal/

Kooperationspartner: BDA, Schulen und Bildungseinrichtungen

Umweltbildung für nachhaltige Entwicklung und Ökologisierung von Schulen (BMB)

Das Unterrichtsprinzip „Umweltbildung für nachhaltige Entwicklung“, das 2014 aktualisiert wurde, versteht sich als ein wichtiger Aspekt von Politischer Bildung und leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, wie demokratische Gesellschaften lernen, mit Ressourcenknappheit und Umweltveränderungen umzugehen. Das BMB verfolgt überdies bereits seit ca. 20 Jahren das Ziel der Ökologisierung von Schulen (ÖKOLOG). Dies betrifft seitens des BMB in erster Linie die pädagogische Auseinandersetzung mit Schule als Lernort von Naturerfahrungen, umweltspezifischen Herausforderungen und damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen, aber auch Schule als Lernort selbst (Raumklima, umweltfreundliche Materialien und Einrichtungen, Lernlandschaften und Lernsettings). Weiters wird über den „Bildungsförderungsfonds für Gesundheit und nachhaltige Entwicklung“ die Durchführung von pädagogischen Projekten an Schulen finanziell unterstützt. Diese Projekte müssen den Grundsätzen des Projektunterrichtes entsprechen und den Kindern und Jugendlichen lernendes Handeln ermöglichen. Dabei besteht eine enger Zusammenhang mit Aspekten der Gesundheitserziehung und „Gesunder Schule“.

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Das ÖKOLOG-Programm bildet die Basis für den Weg zum „Umweltzeichen für Schulen und Pädagogische Hochschulen“. Anhand der Umweltzeichen-Kriterien werden Bildungsleistungen (wie umweltorientiertes Schulqualitätsprogramm (SQA,QIBB), Projektunterricht), Umweltleistungen (wie Abfallkonzept, Energiebefund) und Gesundheitsleistungen (wie Gesundheitsförderung, Ernährung, Hygiene) dokumentiert und zertifiziert.

Als Plattform für Umweltbildung mit (online) Unterrichtsmaterialien und Hintergrundinformationen fungiert hierbei das FORUM Umweltbildung als wichtige Anlaufstelle für Lehrkräfte. Es bestehen enge Kooperationen mit dem BMLFUW und Landesschulbehörden/dem Stadtschulrat für Wien sowie dem Institut für Unterrichts- und Schulentwicklung der Alpen Adria Universität Klagenfurt.

Derzeit gibt es etwa 480 ÖKOLOG-Schulen, viele davon sind auch Umweltzeichenschulen, Klimabündnisschulen und/oder „Gesunde Schulen“.

www.oekolog.at

www.bmb.gv.at/umweltbildung

Förderung zum Aufbau einer National Youth Coalition (BMFJ)

Das BMFJ unterstützt die BJV bei dem Aufbau einer National Youth Coalition im Rahmen der „European Environment and Health Youth Coalition“ (EEHYC)

Dies umfasst die Auswahl einer/eines Jugenddelegierten mittels mehrstufigem Auswahlverfahren, inhaltliche Vorbereitung der/des Delegierten sowie Teilnahme an Veranstaltungen und Konferenzen.

Agrarisches Bildungsprogramm (BMLFUW)

Das BMLFUW unterstützt die Österreichische Landjugend finanziell um u.a. Wissenstransfer und Informationsmaßnahmen in der Land- & Forstwirtschaft mit dem agrarischen Bildungsprogramm für junge Menschen zu fördern.

Eine fundierte Ausbildung der agrarischen Jugend ist zentrales Anliegen des Projektes. In unterschiedlichen Formaten (Vorträge, Diskussionen, Wettbewerbe, etc.) sollen Jugendliche (Junglandwirt/innen sowie Konsument/innen) mit Fach- und Praxiswissen zu landwirtschaftlichen Themen informiert und gebildet werden. Hierbei spielt vor allem das Thema Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle.

Jährlich werden mehrere hundert Veranstaltungen von unterschiedlichen Formaten österreichweit umgesetzt. Die Bildungsangebote werden durch Bildungsprogramme sowie online über die Homepage und soziale Medien beworben.

Kooperationspartner/innen: Landjugend Österreich, BMFJ, LKN, weitere agrarische Institutionen, Firmen, Betriebe, etc.

Homepage aller Bundesländer unter Termine & Programm , z.B.

<http://noelandjugend.at/programm/landwirtschaft-umwelt/agrarische-weiterbildung>

bewusstkaufen.at - Webportal für nachhaltigen Konsum (BMLFUW)

Die Initiative "Bewusst kaufen" dient der Bewusstseinsbildung für Nachhaltigkeit und gibt ausführliche und aktuelle Informationen zu bewusstem Konsum und zu nachhaltig produzierten Produkten. Fundiertes Hintergrundwissen zu Produktionsbedingungen und Herkunft von Waren ist eine zentrale Voraussetzung, um Entscheidungen für nachhaltigen Konsum bewusst treffen zu können. Die Einkaufsratgeber auf bewusstkaufen.at erfüllen diesen Bildungsaspekt: Für zahlreiche Produktgruppen fassen sie den aktuellen Sachverhalt zu den relevanten Fragestellungen zusammen und zeigen Handlungsoptionen auf. Herzstück der Initiative Bewusst kaufen ist eine Online-Datenbank

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

mit mehr als 250 detailliert beschriebenen Labels, die im österreichischen Handel auf Produkte mit ökologisch- sozialem Mehrwert aufmerksam machen. Damit ist bewusstkaufen.at eine fundierte Orientierungshilfe im „Label-Dschungel“. Die grafische und textliche Aufbereitung zielt auf maximale Übersichtlichkeit: Mit Hilfe von Nachhaltigkeits-Checkboxen erhalten User Innen einen raschen Überblick, welche Labels Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Die Datenbank wird regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht, wodurch hohe Aktualität und Relevanz gewährleistet sind.

Darüber hinaus können teilnehmende Händlerinnen und Produzentinnen in der Online-Datenbank ihr nachhaltiges Produktsortiment präsentieren. Es werden nur jene Produkte aufgenommen, die den Nachhaltigkeitskriterien von Bewusst kaufen entsprechen. Zu jedem Produkt stehen ausführliche Detaildaten und genaue Informationen zum nachhaltigen Mehrwert bereit. Direkt auf der Startseite von bewusstkaufen.at werden kurze, informative News-Beiträge präsentiert, die Informationen zu aktuellen Themen und Entwicklungen liefern. Über einen Veranstaltungskalender werden regelmäßig nachhaltige Events, Termine und Aktivitäten angekündigt. Die Website bietet damit nicht nur ein breit gefächertes Informationsangebot an, sondern zeigt gleichzeitig Wege auf, sich zu engagieren und das Wissen in die Praxis umzusetzen. Thematische Schwerpunkte wenden sich an ein breites auch für Jugendliche passendes Zielpublikum. Facebook und Blogs bieten zusätzliche Möglichkeiten für kritischen Reflexion und Meinungsaustausch.

www.bewusstkaufen.at

Vielfaltleben (BMLFUW)

Im Rahmen unserer Kampagne „vielfaltleben“ (www.vielfaltleben.at) haben wir einen Schwerpunkt zu „Biodiversität und Jugend“, wozu verschiedenen Projekte gemeinsam mit den Umwelt- und Naturschutz Jugend NGOs, Umweltdachverband sowie den Pfadfinderinnen und Pfadfindern Österreichs umgesetzt werden:

- Videokontest (2014 abgeschlossen) (www.umweltdachverband.at/themen/naturschutz/biodiversitaet/)
- Handbuch für Gruppenleiter/innen zu Biodiversität (wird derzeit aktualisiert) „Biodiversität erlebbar machen“
- Methodenset und Actionpass zu Biodiversität der Pfadfinder/innen (bereits finalisiert)
- Aktuelles Projekt „Ich & die Vielfalt – Jugend trifft Biodiversität“ (Umweltdachverband gemeinsam mit Jugend NGOs): Es werden ein Kreativ Contest durchgeführt, ein Biodiversitäts-Rucksack sowie Spiele & Methoden entwickelt sowie Workshops veranstaltet (laufendes Projekt bis Ende 2017)
- Der vielfaltleben-Gemeinde-Champion-Wettbewerb 2016 hat Volksschulen gesucht, die sich besonders für den Erhalt der Vielfalt einsetzen. Einsendeschluss war Ende Juni 2016.

www.vielfaltleben.at

Grüne Berufsorientierung – BOgrün (BMLFUW)

Das BMLFUW hat das Projekt Grüne Berufsorientierung (BOgrün) für Jugendliche der 8. Schulstufe initiiert und dieser Ansatz wird in einigen Pilotenschulen mit Erfolg umgesetzt. Ziel dieses Projektes sind Grundlagen und Voraussetzungen für eine österreichweite Einführung einer grünen Berufsorientierung für Schulkinder der 8. Schulstufe zu schaffen sowie Entwicklung und praktische Erprobung einer Berufsorientierung mit Umwelt- und Nachhaltigkeitsbezug sowie die Erstellung von Informationen über grüne Berufsbilder.

Weitere Informationen unter www.agrarumweltpaedagogik.ac.at

Lehr- und Lernplattform e-genius (BMVIT)

e-genius ist eine Lehr- und Lernplattform mit freien Bildungsmaterialien zu den Themen energieeffizientes Gebäude und erneuerbare Energien für Schulen, Fachhochschulen, Universitäten.

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Sie bietet anschauliche, praxisbezogene Fachtexte im Ausmaß von 1000 Textseiten, gegliedert in 200 Lernbausteine und 500 interaktive Aufgaben inklusive Lösungen. Die Inhalte basieren primär auf den Forschungsergebnissen aus Forschungsprogrammen des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie sowie aus Publikationen und Forschungsberichten des Klima- und Energiefonds.

Projekt wurde mit Mittel des bmvit sowie durch den Klima- und Energiefonds gefördert und 2016 weiterentwickelt. Ausgewählte Materialien werden in 6 Sprachen verfügbar sein.

Prämierungen:

- ÖGUT-Umweltpreis, Kategorie „Neue Ausbildungswege für innovative Energietechnologien“
- Energy Globe Award Vienna, Kategorie Jugend
- Comenius (2015)

Kooperationspartner/innen: Klima- und Energiefonds, Austrian Institute of Technology, HTL Mödling, FH Technikum Wien, BIOENERGY 2020+ GmbH, Center for Teaching and Learning / CTL, u.a.

www.e-genius.at

Ein wesentlicher Schlüssel für die breite Anwendung neu entwickelter Technologien und Lösungen ist die Integration der Ergebnisse in die Ausbildung. Forschungsergebnisse haben in gut aufbereiteten und frei verfügbaren Ausbildungsmaterialien eine entscheidende Rolle für gute Qualifikationen von künftigen Fachkräften und universitären Absolventen. Sie sind ein wichtiger Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs in der Forschung.

ÜBERGREIFENDE MASSNAHMEN ZUM RAHMENZIEL LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

In diesem Abschnitt finden sich jene Maßnahmen wieder, die nicht explizit auf ein Strategisches Ziel abzielen, sondern gesamtübergreifend zum Rahmenziel Lebensqualität und Miteinander inklusive mehreren Strategischen Zielen einen wertvollen Beitrag leisten.

Die Maßnahmen stellen einen exemplarischen Auszug dar. Die Reihung der Maßnahmen stellt keine Wertung dar, sondern ergibt sich nach der alphabethischen Auflistung der Bundesministerien. Innerhalb der Auflistung je Bundesministerium werden die gemeldeten Maßnahmen alphabethisch nach ihrem Titel gereiht.

Bildende Kunst (Architektur) (BKA)

Im Bereich Architektur werden sowohl über die Programme der einzelnen Architekturhäuser bzw. – institutionen Vermittlungsformate speziell für Jugendliche angeboten als auch über speziell dafür gegründete Initiativen, z.B.:

- Bink - Initiative Baukulturvermittlung für junge Menschen

Die Initiative Baukulturvermittlung ist eine engagierte Plattform, die in unterschiedlichen Formaten (Website, Impulswoche, Flashmob) einer breiten Zielgruppe Lust auf die Vermittlung von Architektur und Stadt an junge Menschen macht. Der von Bink entwickelte Baukultur_Kompass ist inhaltlich von hoher Qualität und ein sinnvolles und wirksames Unterrichtsmittel im Bereich Baukultur.

Die Initiative ist langfristig angelegt. Das BKA (Sektion Kunst und Kultur) fördert die Initiative.

- Bilding - Kunst- und Architektur Werkstatt für Kinder und Jugendliche

Das breit angelegte Angebot für Kinder und Jugendliche über mehrere Sparten wird durch Architektinnen und Künstlern sowie Kreative, die mitten im Berufsleben stehen, vermittelt. Mit dem bilding im Rapoldipark (Innsbruck) hat das Angebot nun auch eine bauliche Manifestation gefunden.

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Die Institution existiert seit 2014 und ist längerfristig angelegt. Sie wird pro Woche von rund 150 Kindern und Jugendlichen genutzt. Das BKA (Sektion Kunst und Kultur) fördert die Initiative.

Gratiseintritt für Kinder und Jugendliche an den Bundesmuseen; Bundeskultureinrichtungen/nachgeordnete Dienststellen Kultur (BDA) (BKA)

Dieser besteht seit dem Jahr 2010 an allen Bundesmuseen und der Österreichischen Nationalbibliothek. Der freie Eintritt wurde seit 2010 bis 2015 von insgesamt 5,785 Mio. Kindern und Jugendlichen in Anspruch genommen. 1,547 Mio. unter 19-jährige haben dabei auch an insgesamt 85.451 Vermittlungsprogrammen teilgenommen.

Kooperationspartner: Bundesmuseen und ÖNB

Musikalische Jugend Österreich Jeunesse (BKA)

- 300 Kinder und Jugendkonzerte in ganz Österreich. Der Jeunesse-Stufenbau (Konzerte, die auf bestimmte Altersgruppen hin programmiert werden) erfreut sich steigender Beliebtheit. Preisgestaltung möglichst familiengerecht.
- 2 Orchesteramps im Sommer für rund 200 Kinder: KindermusikCamp für 9 bis 14 Jährige, OrchesterCamp für 13 bis 20jährige.
- Musikvermittlungsprojekt SOUNDofSEESTADT : November 2015 Musiktheater „Die Blumengeschichte“. Die Weiterführung und der Ausbau des Projekts ist auch für die Jahre 2016, 2017 und 2018 geplant.

Musik der Jugend Wettbewerbe (BKA)

- Wettbewerbe „Prima La Musica“ für Kinder und Jugendliche (bis 19 Jahre, im Ensemble bis 21 Jahre) und biennal „Podium.jazz.pop.rock...“.
- Prima La Musica: Landeswettbewerbe (in allen Bundesländern, Südtirol und Luxemburg) und Bundeswettbewerb, gegliedert nach insgesamt 5 Altersstufen.
- 2015 haben am Wettbewerb Prima La Musica insgesamt 4.965 Kinder und Jugendliche teilgenommen.

Neue Wiener Stimmen (Chor) (BKA)

Mitglieder zwischen 16 und 26 Jahren, kommen aus allen Bundesländern, aus sämtlichen sozialen Kreisen und „Berufsgruppen“; stark integrative Wirkung, niederschwelliger Zugang, monatliche Zugangsmöglichkeit.

Theater der Jugend (BKA)

Das als gemeinnütziger Verein geführte Theaterunternehmen mit 2 Spielstätten in Wien ist das europaweit größte Theater für Kinder und Jugendliche mit rd. 43.000 Abonnenten. Es zählt zu den ältesten außerschulischen Institutionen, die sich professionell unter Einbeziehung von Schulen und Pädagog/innen als Kooperationspartner/innen mit Kunstvermittlung an Kinder und Jugendliche befassen. Die Produktionen verfolgen die Intention, wichtige, für die Jugend brisante Themen auf der Bühne zur Diskussion zu stellen und ihr dabei auch gleichzeitig den Wert von Theater als lebendige und faszinierende künstlerische Ausdrucksform zu vermitteln. Die Stadt Wien und der Bund – unter einer kleinen Beteiligung des Landes Burgenland – unterstützen das Projekt erfolgreich.

www.tdj.at

MASSNAHMEN BUNDESMINISTERIEN – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Bundes-Jugendredewettbewerb (BMFJ)

Der Jugendredewettbewerb wurde 1952 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen und ist seither ein Gemeinschaftsprojekt des Jugendministeriums und der Jugendreferate der Bundesländer. In Bezirks- und Landeswettbewerben werden in verschiedenen Redekategorien Landessieger/innen ermittelt, die beim Bundes-Redewettbewerb antreten können. Die Landesbewerbe werden von den Landesjugendreferaten veranstaltet. Es gibt folgende Kategorien:

- Klassische Rede
Die "klassische Rede" ist eine der möglichen Redekategorien beim Redewettbewerb. Neun Themen werden jährlich neu vorgegeben, die Teilnehmer/innen können ihr Redethema aber frei wählen. Die klassische Rede muss mindestens sechs und darf nicht länger als acht Minuten dauern. Es muss frei gesprochen werden. Außer einem Konzept sind keine weiteren Hilfsmittel erlaubt. Nach dem Vortrag werden drei Fragen gestellt. Wie man sich dort bewährt, ist ein Kriterium bei der Jurybewertung.
- Neues Sprachrohr
Die Kategorie "Neues Sprachrohr" wurde erst 1996 eingeführt. Aufgabe beim neuen Sprachrohr ist die Vermittlung von Texten und Inhalten in Versform, als Kurzkabarett, mit Musikbegleitung oder in einer selbstgewählten originellen Form. Der Inhalt muss in neuer, selbst festgelegter Weise bearbeitet werden (keine Kopie oder Reproduktion; zu vorhandenen Melodien ist ein neuer Text erlaubt). Die Gruppe darf aus maximal vier Personen bestehen. Die Dauer der Darbietung darf acht Minuten nicht überschreiten.
- Spontanrede
Die Spontanrede ist wohl die schwierigste Kategorie beim Redewettbewerb. Hier kann spontan zu einem Thema Stellung genommen werden. Der Themenschwerpunkt kann aus einigen vorgegebenen Schwerpunkten frei gewählt werden (Beim Bundesbewerb muss ein anderer Themenschwerpunkt als beim Landesbewerb gewählt werden.) Der Titel der Rede wird gezogen. Nach nur fünf Minuten Vorbereitungszeit ist eine Kurzrede von mindestens zwei bis maximal vier Minuten zu halten. Im Anschluss daran wird eine Frage gestellt. Wie man sich dort bewährt, ist ein Kriterium bei der Jurybewertung.

www.bmfj.gv.at/jugend/beteiligung-engagement/bundes-jugendredewettbewerb.html

Bundes-Jugendsingen (BMFJ)

Das Österreichische Jugendsingen wurde 1948 von der Abteilung "Jugend" des damaligen Bundesministeriums für Unterricht ins Leben gerufen und findet seither alle drei Jahre statt.

Zielgruppe sind Kinder- bzw. Jugendchöre, wobei das Alter der Sänger/innen zwischen 6 - 18 Jahren liegt. Am Österreichischen Jugendsingen nehmen insgesamt etwa 40.000 junge Chorsänger/innen teil. In jedem Bundesland finden eigene Landessingen statt.

Die Siegerchöre (etwa 80 Chöre, das sind ca. 2.000 Kinder und Jugendliche) der Bewerbe in den Ländern und damit die besten Jugendchöre, treten bei der Schlussveranstaltung, dem Bundes-Jugendsingen, an.

Das nächste Bundes-Jugendsingen findet im Jahr 2017 in der Steiermark statt.

www.jugendsingen.at/

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Maßnahmen der Bundesjugendvertretung und Bundesnetzwerke

Die Bundesjugendvertretung – als gesetzlich eingerichtete Kinder- und Jugendvertretung – und die beiden Bundesnetzwerke für Offene Jugendarbeit und für Jugendinformation sind gemeinsam die zentralen Säulen der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit in Österreich. In dieser Funktion waren sie von Anfang an in die Entwicklung und Umsetzung der Österreichischen Jugendstrategie eingebunden.

Die nachfolgende Übersicht bietet eine Auswahl von exemplarischen Beispielen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) der Maßnahmen und Aktivitäten die seitens der Bundesjugendvertretung, der Netzwerke und ihrer jeweiligen Mitgliedsorganisationen gesetzt werden. Sie zeigen auch auf, welchen Beitrag die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit für die Umsetzung des Rahmenziels leistet.

Die Auswahl der Beiträge für diesen Bericht stammt von den Organisationen selbst. Die Reihung der exemplarischen Maßnahmen stellt keine Wertung dar, sondern ergibt sich nach der alphabethischen Auflistung der Kurzbezeichnungen der Bundesjugendvertretung sowie den beiden Bundesnetzwerken. Innerhalb der Auflistung je Organisation werden die Maßnahmen alphabethisch nach ihrem Titel gereiht.

STRATEGISCHES ZIEL ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

Gesellschaftsklimabündnis (BJV)

Die BJV ist Mitglied im Gesellschaftsklimabündnis, das zum Ziel hat, das gesellschaftliche Klima in Österreich zu verbessern, damit die in der Gesellschaft vorhandene Vielfalt an Lebensentwürfen und Weltanschauungen anerkannt und gewürdigt wird. Eine Hauptaktivität des Bündnisses ist der Gesellschaftsklimatag, der jedes Jahr am letzten Freitag im April gleichzeitig an vielen Orten in ganz Österreich stattfindet. Im Rahmen dieses Aktionstages halten Menschen Sprechstunden der Vielfalt ab: Sie sitzen sich in zwei langen Reihen gegenüber und sprechen darüber, wie wir in diesem Land zusammen leben wollen. Auch die BJV hat 2015 bereits einen solchen "Speedtalk" organisiert und bringt sich auch weiterhin beim Gesellschaftsklimabündnis ein.

<http://gesellschaftsklima.at>

Positionspapier der BJV und Kampagne "Mehr als nur flüchtig." (BJV)

Im Jahr 2015 hat der Themenkomplex "Vielfalt und Solidarität" sowohl im öffentlichen Geschehen als auch in der Bundesjugendvertretung eine besondere Bedeutung erhalten.

In einem mehrmonatigen Prozess erarbeitete eine Projektgruppe aus Jugendvertreter/innen das Positionspapier "Vielfalt" (2015). Die zentralen Forderungen liegen im Bereich Gleichberechtigung, Antidiskriminierung sowie Rechte und Chancen für (junge) Flüchtlinge. Daran anknüpfend startete die BJV mit der Kampagne "Mehr als nur flüchtig.", die zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Realität von jungen Flüchtlingen umfasste. Die Kampagne hatte zum Ziel:

- die zahlreichen Initiativen von Jugendlichen und Jugendorganisationen zur Unterstützung von jungen Flüchtlingen sowie zur langfristigen Integration in den Mittelpunkt zu stellen
- Verbesserungen für alle Lebensbereiche von jungen Flüchtlingen zu erreichen
- zu einem positiven Gesellschaftsklima beizutragen

Unter anderem konnte dank der Beteiligung zahlreicher Kinder- und Jugendorganisationen eine explorative Studie zur Lebenssituation junger Flüchtlinge in Auftrag gegeben werden, deren Ergebnisse deutlich zeigen, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge möglichst rasch in geeignete Unterkünfte kommen sollten, um die ihnen rechtlich zustehende Versorgung zu erhalten.

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

www.bjv.at/mehralsnurfluechtig

Workshops “GewaltFREI leben! Du & Ich” (BJV)

Ein Gewaltverbot alleine schafft noch keinen gewaltfreien Lebensraum für junge Menschen. Jedes vierte Kind ist zumindest einmal von Gewalt durch andere betroffen, in Form von psychischer, physischer oder sexueller Gewalt. Deshalb ist es unerlässlich, Kinder und Jugendliche darüber zu informieren, was Gewalt bedeutet, welche Ursachen, Formen und Auswirkungen Gewalt hat und welche Hilfsangebote es für sie gibt.

Die Workshops wurden im Rahmen von „GewaltFREI leben – Kampagne zur Verhinderung von Gewalt an Frauen und Kindern“ durchgeführt. Die Kampagne wurde vom Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser in Kooperation mit der Bundesjugendvertretung und der Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie – koordiniert vom Bundesministerium für Gesundheit und Frauen – umgesetzt. Finanzielle Unterstützungen des BMGF, BMASK sowie aus europäischen Mitteln ermöglichen die Fortführung der Kampagne bis 2016/2017. Innerhalb der Kampagne 2014-2015 deckte die BJV den Bereich GewaltFREI leben! Du & Ich“ ab, in dem österreichweit Gewaltpräventions-Workshops für Kinder und Jugendliche angeboten wurden. Die BJV veranstaltete mit finanzieller Unterstützung durch das BMGF und EU-Mitteln drei mehrtägige Multiplikator/innen – Trainings, auf die 170 Workshops mit Kindern und Jugendlichen in ganz Österreich folgten. Insgesamt wurden durch die Gewaltpräventionsworkshops mehr als 3000 Kinder und Jugendliche direkt als Workshop-Teilnehmer/innen erreicht.

www.gewaltfreileben.at

Beratungsstelle Extremismus (bOJA)

bOJA gründete im November 2014 im Auftrag des Bundesministeriums für Familien und Jugend und mit Unterstützung der mobilen Jugendarbeit Back Bone in Wien die Beratungsstelle Extremismus und widmete sich damit verstärkt der Thematik der Extremismen, seien es religiöse, politische oder andere Formen (Rechtsextremismus, ultranationale Bewegungen, dschihadistisch-salafistische Gruppierungen). Seit dem Start im Dezember 2014 wurde die Nummer der Helpline mehr als 1500 Mal gewählt und über 80 Familien haben persönliche face to face Beratungsangebote in Anspruch genommen. Die Schulungsangebote erreichten mehr als 4250 Personen. Die Beratungs- und Weiterbildungsangebote stehen bereit, wenn Angehörige, Freund/innen, Lehrer/innen oder andere Bezugspersonen den Eindruck haben, ihr Kind, ihr/e Schüler/in, ihr/e Freund/in oder ein/e ihnen anvertraute/r Jugendliche/r könnte sich einer radikalen oder extremistischen Gruppierung angeschlossen haben. Es wird eng mit Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit, Familienberatungsstellen, der Bewährungshilfe, Schulen, regionalen Netzwerkern zum Thema Extremismus und Prävention sowie weiteren Einrichtungen und Organisationen in ganz Österreich zusammengearbeitet. Die Entscheidung, die Beratungsstelle bei bOJA anzusiedeln, hat sich bewährt: Auf europäischer Ebene wird sie als good practice Beispiel angesehen.

www.beratungsstelleextremismus.at

Brücken bauen – Offene Jugendarbeit und geflüchtete Jugendliche (bOJA)

Die Prinzipien der Offenen Jugendarbeit, wie Offenheit, Niederschwelligkeit und Partizipation, sind – wie sich auch bei anderen Bevölkerungsgruppen schon gezeigt hat – hervorragend geeignet inklusiv zu wirken. Um die Bedürfnisse der Fachkräfte der Offenen Jugendarbeit und den Status quo zu jugendlichen Geflüchteten in der Offenen Jugendarbeit zu ermitteln, führte bOJA 2015 eine Online-Umfrage an mehr als 100 Einrichtungen durch. Der Großteil der Fachkräfte der Offenen Jugendarbeit beschäftigt sich bereits seit längerer Zeit mit dem Thema Flucht und Asyl und über zwei Drittel der Jugendarbeiter/innen stehen bereits im direkten Kontakt mit Jugendlichen mit Fluchtgeschichte. Diese Zahl wird in Zukunft sehr wahrscheinlich ansteigen. Aktuell existieren an einigen Standorten der Offenen Jugendarbeit in Österreich bereits spezifische und gut laufende Unterstützungsangebote für

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Jugendliche mit Fluchterfahrung sowie konkret geäußerte Bedarfe sowohl von Fachkräften als auch von jungen Menschen selbst.

Für all jene Fachkräfte, die neue Angebote setzen wollen oder Information rund um Flucht und Migration benötigen, setzt bOJA maßgeschneiderte Fortbildungen und richtet eine digitale Informationsdrehscheibe ein. Auch über die bOJA-Facebook-Seite werden models of good practice und Ideen verbreitet und sichtbar gemacht. Es wurde außerdem ein Leitfaden für die gelungene Aufnahme und Vorbereitung sowie für die Zusammenarbeit mit Quartieren und anderen relevanten Stellen in Gemeinden entwickelt. Dieser dient der Unterstützung an neuen Standorten und soll Fachkräfte anregen die Initiative in ihrer jeweiligen Gemeinde zu ergreifen.

www.boja.at/index.php?id=261

Positionspapier Offene Jugendarbeit in Österreich und Extremismus (bOJA)

Das Thema Extremismus hat Konjunktur, vor allem auch in den Medien. Vordergründig geschieht das in Bezug auf junge Männer, meist mit, öfter auch ohne Migrationshintergrund, die „sich radikaliert“ haben oder auch „radikaliert wurden“ – je nach Interpretation – und bereit sind, für ihre Ideologie/Religion Gewalt auszuüben, unter Umständen auch zu töten. bOJA gründete im November 2014 im Auftrag des Bundesministeriums für Familien und Jugend die Beratungsstelle Extremismus und widmete sich damit verstärkt der Thematik unterschiedlicher Extremismen (Rechtsextremismus, ultranationale Bewegungen, dschihadistisch-salafistische Gruppierungen).

In dem im Oktober 2015 veröffentlichten Positionspapier werden neben Begriffsklärungen vor allem die Prinzipien der Offenen Jugendarbeit und deren essentielle Bedeutung für Prävention und Intervention im Bereich De-Radikalisierung aufgezeigt.

www.boja.at/fileadmin/download/Projekte/POSITIONSPAPIER_Extremismus_16_11_2015.pdf

„Anwaltliche Erstberatung“ (Österreichische Jugendinfos, wienXtra Jugendinfo Wien)

Die wienXtra-jugendinfo bietet an jedem ersten Dienstag im Monat eine kostenlose anwaltliche Erstberatung für Jugendliche und junge Erwachsene an. In dieser offenen Sprechstunde ist in der wienXtra-jugendinfo eine Rechtsanwältin gemeinsam mit einer Beraterin der jugendinfo anwesend, um eine erste Beratung vorzunehmen. Diese Beratung findet anonym, kostenlos und vertraulich statt, eine Terminvereinbarung ist nicht erforderlich. Die anwaltliche Erstberatung eröffnet Jugendlichen und jungen Erwachsenen Zukunftsperspektiven, in dem sie (auch in scheinbar verfahrenen Situationen) Rat und Informationen gibt. Damit gelingt es den Ratsuchenden, Lösungen zu entwickeln und sich dem Thema zu stellen. Die anwaltliche Erstberatung wird dabei als sehr niederschwellig und unterstützend wahrgenommen.

Die anwaltliche Erstberatung wird sehr gut angenommen, bei jedem Termin werden zwischen 3 und 4 Beratungen abgehalten. Die Bandbreite der Themen ist dabei sehr groß, von einfachen Fragen zum Thema Jugendrecht bis hin zu komplexen Themen, wie familiäre Gewalt oder Unterhaltszahlungen.

Kooperationspartner/innen: Rechtsanwaltskanzlei

www.wienxtra.at/jugendinfo/infos-von-a-z/info-tag/237/

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

STRATEGISCHES ZIEL GESUNDHEIT

Initiative Don't Smoke (BJV)

Zu Jahresbeginn 2015 trat die Bundesjugendvertretung mit der Forderung nach mehr Präventionsarbeit der Initiative DontSmoke.at bei. Nach wie vor ortet die Bundesjugendvertretung im Bereich Nichtraucher/innenschutz und Prävention dringenden Handlungsbedarf, um Jugendliche besser zu informieren und Abhängigkeiten zu verringern.

Aus Sicht der Bundesjugendvertretung sind im Bereich Suchtprävention und Gesundheit weiters dringend die Jugendschutzgesetze zu vereinheitlichen, um für Jugendliche klare und österreichweite Regelungen zu treffen. Gefordert wird dies u.a. im Positionspapier Jugendschutz (2010).

Kampagne RDN WR KLRSEX (BJV)

Je informierter Jugendliche sind, je sicherer und zugänglicher das gewählte Verhütungsmittel ist, desto eher können ungewollte Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche verringert werden. Die BJV ortet im Positionspapier "Sexualität" (2014) in Österreich, verglichen mit den europäischen Nachbarländern, einen dringenden Aufhol- und Handlungsbedarf: Für alle Jugendlichen in allen Bundesländern muss ein niederschwelliger und barriearamer Zugang zu sichereren Verhütungsmethoden gewährleistet werden. Im Fall einer ungewollten Schwangerschaft darf kein Mädchen und keine junge Frau aufgrund des Wohnorts beziehungsweise der finanziellen Lage im Zugang zum Schwangerschaftsabbruch benachteiligt werden. Die Kampagne RDN WR KLRSEX hatte zum Ziel, das Tabu "Sexualität" offen anzusprechen und nachhaltige Verbesserungen für Jugendliche zu erwirken. Gefordert wurde deshalb auch eine grundlegende Überarbeitung der schulischen Sexualpädagogik - ein neuer Erlass des BMBFs aus dem Jahr 2015 markiert einen wichtigen Schritt in diese Richtung.

Gesundheitskompetenz im Setting außerschulischer professioneller Jugendarbeit (bOJA, Bundesnetzwerk Österreichische Jugendinfos)

Jugendliche in Österreich weisen mehrheitlich eine geringe Gesundheitskompetenz auf. Vor allem Mädchen und Burschen aus bildungsfernen und sozioökonomisch benachteiligten Lebenskontexten sind wenig gesundheitskompetent. Die professionelle außerschulische Jugendarbeit bietet ideale Voraussetzungen zur Schaffung von gesundheitskompetenten Settings. bOJA und das Bundesnetzwerk Österreichische Jugendinfos, BÖJI, haben es sich zum Ziel gesetzt, die Gesundheitskompetenz von Mädchen und Burschen in Österreich zu verbessern, indem sie in einem partizipativen Prozess wesentliche Merkmale von organisationaler Gesundheitskompetenz in ihren Settings identifizieren und diese in Leitfäden beschreiben. 2015 beschrieben Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit (Jugendzentren, Jugendtreffs, mobile Jugendarbeit) und die Jugendinformationsstellen in der Steiermark, Salzburg und Tirol „Das gesundheitskompetente Jugendzentrum/mobile Jugendarbeit“ und „Die gesundheitskompetente Jugendinfo“. Im Anschluss daran werden anhand der Leitfäden 2016 Praxisprojekte zu Gesundheitskompetenz durchgeführt. Um möglichst viel Nachhaltigkeit und weitere Umsetzung im Feld zu gewährleisten, werden im Rahmen von Workshops die entstandenen Leitfäden auf andere Einrichtungen in Österreich transferiert. Es wird bis zum Frühjahr 2017 ein österreichweites Netzwerk zu Gesundheitskompetenz in der außerschulischen Jugendarbeit gegründet. Das seit November 2014 durchgeführte Projekt stellt eine konkrete Maßnahme im Rahmen der strategischen Rahmenziele der Österreichischen Jugendstrategie dar. Unterstützt wird das Projektvorhaben vom Fonds Gesundes Österreich, dem Bundesministerium für Familien und Jugend, sowie dem Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport.

www.boja.at/gesundheit

www.jugendinfo.at/gesundheit

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Broschüre „Alkohol“ (Österreichische Jugendinfos, wienXtra-Jugendinfo)

Infos rund um Alkohol und seine Wirkung, mit Selbsttest.

Broschüre „Cannabis“ (Österreichische Jugendinfos, wienXtra-Jugendinfo)

Infos rund um die Wirkungen von Cannabis, Auskunft über Cannabis und das Gesetz, über Abhängigkeit und Sucht, Adressen von Beratungsstellen.

Broschüre "Erster Sex & große Liebe" (Österreichische Jugendinfos)

Die aktuelle Broschüre „Erster Sex und große Liebe“ macht Lust aufs Denken und Reden über Sex. Sie bietet Jugendlichen Antworten auf Fragen rund um Sex wie zum Beispiel: Was ist normal? Wie fühlt sich ein Orgasmus an? Ab wann darf ich Sex haben? Tut das erste Mal weh? Sachlich, leicht verständlich und mit dem klaren Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt als Norm thematisiert die Broschüre körperliche Abläufe und berücksichtigt auch die Gefühlswelten junger Menschen. Fünf Kapitel „Liebe, Lust & Höhepunkte“, „Mein Körper“, „Sex & das Gesetz“, „Sex & Internet“, „Verhütung & Schwangerschaft“ erklären wichtige Begriffe und enttarnen gängige Mythen. Auch in Sachen Sex-Praktiken, -Stellungen und -Spielarten nimmt sich die Broschüre kein Blatt vor den Mund.

Broschüre „Ich schaff das!“ (Österreichische Jugendinfos, wienXtra-Jugendinfo)

Broschüre zu den Themen Stress, Druck & psychische Krankheiten und wie man damit umgeht: Situationen, die im Leben junger Menschen Stress verursachen können, werden beschrieben. Die Leser/innen werden motiviert zu überlegen, wie sie mit den beschriebenen Situationen umgehen. Informationen zu psychischen Krankheiten und was man dagegen tun kann. Weiters sind relevante Adressen von Beratungsstellen für junge Leute angeführt.

Broschüre „Tabak“ (Österreichische Jugendinfos, wienXtra-Jugendinfo)

Infos zum Thema Tabak, Nikotin, gesundheitliche Auswirkungen und Tipps zum Aufhören bzw. weniger Rauchen.

Get the Move Workshops (Österreichische Jugendinfos, Jugendinfo Burgenland)

Zum Thema Gesundheit veranstaltet die Jugendinfo Burgenland vier Tages-Workshops, verteilt über das Burgenland, und ein Sommer-Camp. Bei den Get The Move-Workshops werden die jugendlichen Teilnehmer auf spielerische und kreative Art durch verschiedene Tanzelemente und Ernährungstipps zu einem gesundheitsbewussten Lebensstil und zu einem fitnessstrebenden Leben bewegt. Die Workshops und das Camp werden von Profis geleitet.

Leporello „Selbstverletzendes Verhalten“ (Österreichische Jugendinfos, wienXtra-Jugendinfo)

Informationen für Betroffene und deren Familienangehörige, Freund/innen, Lehrer/innen, Sozial- und Jugendarbeiter/innen.

Leporello „Sucht“ (Österreichische Jugendinfos, wienXtra-Jugendinfo)

Beratungsstellen rund um das Thema Sucht auf einen Blick - von Essstörungen über Online-Sucht bis zur Medikamentenabhängigkeit.

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Partizipative Entwicklung von Angeboten im Gesundheitsbereich (Österreichische Jugendinfos, Jugendinfo Vorarlberg aha)

Die aha Jugendinfo Vorarlberg unterstützt Gesundheitseinrichtungen bei der partizipativen Entwicklung von Angeboten für Jugendliche.

Das Angebot läuft in Projektform seit drei Jahren.

Kooperationspartner/innen: verschiedene Einrichtungen im Gesundheits-/Sportbereich in Vorarlberg

The Filter Europe (Österreichische Jugendinfos, Jugendinfo Niederösterreich)

Beim Projekt der Jugendinfo Niederösterreich sollen bis September 2017 gemeinsam mit Jugend- und Sozialeinrichtungen aus Wales, Spanien, Rumänien und Polen neue Methoden, Tools sowie Lehrgänge im Bereich der Raucherprävention bei Jugendlichen entwickelt bzw. umgesetzt werden. Ausgangssituation/ Bedarf: Jede/r Jugendliche kommt mit dem Thema Rauchen bzw. Konsum von Suchtmitteln in Berührung. Laut einschlägigen Studien (OECD) greifen 25% der 15jährigen Burschen und 29% der 15jährigen Mädchen mindestens einmal pro Woche zur Zigarette. Strategie: Internationaler Austausch gesundheitsförderliche und präventive Ansätze und Methoden. Während der gesamt Projektlaufzeit werden 10 Jugendarbeiter/innen sowie 10 Jugendliche aus ganz Niederösterreich geschult und zu Peers ausgebildet.

Ziele/Outputs:

- Bedarfs- und bedürfnisorientierte Lehrgänge
- Methodensammlung mit praxisnahen Beispielen sowie Erfahrungswerten
- Microwebsite mit hilfreichen Inputs und jugendgerechten Inhalten
- Lehr- und Lernmaterialien für Jugendarbeiter/innen, Multiplikator/innen und Jugendliche
- Jugendrelevante Broschüre zum Thema Raucher/innenprävention
- Begleitende Studie
- Das Erlernte soll danach in Form von regionalen Workshops umgesetzt werden.

Kooperationspartner/innen: Strategische Partnerschaft im Rahmen des EU Programms Erasmus+: Jugend in Aktion

XUND und DU – Steirische Jugendgesundheitskonferenzen (Österreichische Jugendinfos, Jugendinfo Steiermark)

Ziel von XUND und DU ist es, die Gesundheitskompetenz und Chancengerechtigkeit steirischer Jugendlicher zu fördern. Finanziert von Vorsorgemitteln der Bundesgesundheitsagentur und mit dem Gesundheitsfonds Steiermark als Projekträger zeichnen sich die beiden Organisationen LOGO Jugendmanagement und beteiligung.st für die Umsetzung verantwortlich. Der Projektzeitraum umfasst die Jahre 2015 und 2016. Folgende Projektbausteine werden umgesetzt:

- Mikroprojektunterstützungen: Projekte von Organisationen aus der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit zur Förderung der Gesundheitskompetenz von jungen Menschen werden mit bis zu €300,- unterstützt.
- Jugendgesundheitskonferenzen: In jeder Region findet als Abschluss eine Jugendgesundheitskonferenz statt. Bei diesem „Projekt-Marktplatz“ stellen sich die unterstützten Aktivitäten einem breiten, jugendlichen Publikum vor.
- Vernetzung: Durch die Etablierung regionaler Netzwerke mit Organisationen aus dem Gesundheits- und Jugendbereich wird das Thema „Gesundheitskompetenz“ implementiert.
- Jugendredaktionsteams: Regionale Peers streuen das Thema „Gesundheitskompetenz“ in jugendgerechter Sprache und über ihre bevorzugten Kanäle.

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

Im vergangenen Jahr wurden das Projekt in der Obersteiermark (Bezirke Liezen, Bruck-Mürzzuschlag, Leoben, Murau und Murtal) umgesetzt, 2016 macht XUND und DU in den übrigen vier steirischen Regionen Station.

Kooperationspartner/innen: Bundesgesundheitsagentur, Gesundheitsfonds Steiermark, beteiligung.st

www.xundundu.st

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

STRATEGISCHES ZIEL NACHHALTIGKEIT

Erster Jugend-Konsum-Gipfel (BJV)

Der erste österreichweite (JuKoGi) fand im Februar 2015 in Linz statt und wurde von Südwind OÖ mit zahlreichen Partner/innen, darunter die BJV, veranstaltet. Insgesamt diskutierten 94 Teilnehmer/innen der verbandlichen und offenen Jugendarbeit sowie Südwind-Aktivist/innen einen Tag lang über Alternativen zum Konsumwahn, holten sich neue Erkenntnisse und übten sich in veganem Kochen und Upcycling. Im Juni 2015 fand dann auch noch der European Youth Summit for Ethical Consumption in Bonn statt, an dem u.a. die damalige UN-Jugenddelegierte und eine EU Youth Delegate aus Österreich teilnahmen.

Kooperationen von BJV und Jugend-Umwelt-Plattform (BJV)

Die Jugend-Umwelt-Plattform (JUMP) organisiert laufend Bildungs- und Jugendbeteiligungsprojekte im Bereich Nachhaltigkeit, bei denen sie die BJV oftmals als Kooperationspartnerin unterstützt. Konkrete Beispiele dafür sind das Jugendforum Rio+20 (2012), das Jugend-Klima-Forum (2013) und das Projekt "UN-Klimareporter/in". Der rege Zulauf, den diese Projekte erfahren, zeigt, dass Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema für junge Menschen ist.

Positionspapier und Aktionsplan der BJV zum Thema Nachhaltigkeit (BJV)

Der Themenkomplex Nachhaltigkeit betrifft wie kein anderer die Lebensgrundlagen von Kindern und Jugendlichen. Neben ökologischen Fragen stellt die BJV in ihrem Positionspapier (2013) und in ihrer Arbeit vor allem auch die sozialen Aspekte des Themas in den Vordergrund. Relevante Handlungsbereiche, wie etwa Klimaschutz, Umgang mit natürlichen Ressourcen sowie Mobilität oder Konsumverhalten, erfordern neben ökologischen auch gesellschafts- und wirtschaftspolitische Maßnahmen. Eine Kernforderung der BJV hinsichtlich nachhaltiger Entwicklung ist jene nach Kinder- und Jugendbeteiligung.

Die BJV sieht sich in einer Vorbildfunktion und hat einen "Aktionsplan für mehr Nachhaltigkeit in der BJV" (2013) beschlossen, der jährlich evaluiert wird und dessen Umsetzung einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung, wie sie die BJV fordert, leisten soll.

Projekt „Our World“ (BJV)

Im Jahr 2016 liegt der Fokus bei der Austrian Development Agency (www.entwicklung.at) auf dem Bereich "Jugend und Ehrenamt". Dies gab der BJV die Gelegenheit, ein Projekt zur Förderung einzureichen, durch das ein Trainingsangebot für Multiplikator/innen aus der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit ermöglicht wird. Von Herbst 2016 - Herbst 2017 finden im Rahmen des Projekts Trainings zu Schwerpunktthemen des Globalen Lernens bzw. der Bildung für nachhaltige Entwicklung statt. Sie werden Multiplikator/innen dabei unterstützen, junge Menschen zum Engagement in Sachen Nachhaltigkeit zu motivieren. Alle Informationen zum Projekt und zu den Trainingsterminen finden sich auf der BJV-Website (www.bjv.at/activities/our-world-global-denken-lokal-handeln/).

aha Info-Folder „Alles Öko“ (Österreichische Jugendinfos, Jugendinfo Vorarlberg aha)

Der Info-Folder der aha Jugendinfo Vorarlberg beinhaltet Linktipps die Facts und Neues rund um den Bereich Umwelt liefern, sowie Tipps und Infos zu bewusstem, nachhaltigem "Konsumieren".

www.aha.or.at/leben-a-z/umwelt

MASSNAHMEN BJV UND BUNDESNETZWERKE – LEBENSQUALITÄT UND MITEINANDER

aha Umweltwoche (Österreichische Jugendinfos, Jugendinfo Vorarlberg aha)

Die aha Jugendinfo Vorarlberg beteiligt sich jährlich an der Umweltwoche mit jeweils angepasstem Programm bzw. Aktionen für und mit Jugendlichen.

Kooperationspartner/innen: Vorarlberger Umweltverband